DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

160 | 15. JAHRGANG Januar '98 | 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

KOMM GESCHLOSSEN

Das vertragliche Ende der Selbstverwaltung im Nürnberger KOMM war zum 31.12.97 festgesetzt. CONTRASTE sprach aus diesem Grund Mitte Dezember mit Robert Teßnow vom Selbstverwaltungssekretariat des KOMM. Während der Abschiedsveranstaltung am 20.12.97 kam es zu Auseinandersetzungen der Polizei mit KOMM-BesucherInnen, die Stadt verbot die Fortsetzung der Veranstaltung »Rock gegen Rechts« und kündigte den noch laufenden Vertrag fristlos. Zu den Vorfällen äußerten sich die VeranstalterInnen in einem Interview mit dem Nürberger Radio Z. Seite 3

LOKALE AGENDA

Für den neuen Modetrend wenden immer mehr UmweltakivistInnen viel Zeit und Kraft auf. Andere Projekte und Aktionen stellen sie zurück, vor allem solche, die Konfliktstoff bergen. Lohnt sich das? Unser Autor Jörg Bergstedt formuliert die Kritik der Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen an den Aktivitäten der Gruppen vor Ort und fordert: »Selber Maßstäbe setzen!« auf Seite 4.

TAXI-PROZESS

Taxifahrer Bernd Ludwig aus Zittau muß in den Knast. Auch die Berufungsverhandlung gegen ihn wegen »Einschleusen von Ausländern« endete mit der Verhängung einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten. Er ist der erste von zahlreichen verdächtigten Kollegen in der ostdeutschen Grenzregion, gegen den ein Berufungsverfahren eröffnet wurde. Die Hamburger Genossenschaft »das taxi« verfaßte eine Resolution und unterstützten ihren Kollegen zusammen mit der Kreuzberger Taxigenossenschaft mit einem Fahrzeugkonvoi. Seite 5

ENERGIESTEUERN

Von den GRÜNEN und Umweltschützern als Wundermittel hochgelobt, um das Unmögliche möglich zu machen. Tatsächlich aber kennt das totalisierte System von Ware und Geld seine eigenen unerbittlichen Gesetzmäßigkeiten. Seite 10

DIE FOLGEN DES EURO

Als nächster Schritt der Weiterentwicklung der EU kommt die gemeinsame Währung, der Euro. Erich Jungnickel vom Arbeitskreis Lokale Ökonomie Hamburg zu den Thesen der Befürworter. Seite 11

GENOSSENSCHAFTEN

In einer internationalen Studie werden anhand von über 50 Einzelfallstudien aus verschiedenen Branchen die engen Zusammenhänge von Ökologie und Partizipation anschaulich herausgearbeitet. Burghard Flieger stellt die Studie vor auf Seite 13.

SAALFELD, THÜRINGEN:

Nur wer sich nicht wehrt, wird nicht eingesperrt

Foto: Bernd Hecker

Am 11.10.97 wurde in Saalfeld das Grundgesetz umgedeutet: »Nur wer sich nicht wehrt, wird nicht eingesperrt« scheint die Haltung des aktuellen Zeitgeistes zu sein. Mit dem Saalfelder Polizeieinsatz wurde noch schlimmeres praktiziert: Noch nicht einmal der, der sich nicht wehrte, konnte sicher sein, dem Sondergefängnis in Unterwellenborn zu entgehen. Gegen Nazis und rechten Konsens demonstrieren zu wollen, genügte, um eingesperrt zu werden.

Von Angelo Lucifero, Erfurt ● Zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 11. Oktober im thüringischen Saalfeld eine antifaschistische Demonstration verboten worden, die von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien und antifaschistischen Gruppen initiiert und vorbereitet wurde. Das Verbot stand de facto am Tag der Anmeldung fest. Als formale Begründung diente eine 16seitige Verbotsverfügung, deren Inhalte aus der Klamottenkiste des Verfassungsschutzes stammen und an den Haaren herbeigezogen sind.

Damit demokratische Grundrechte nicht noch einmal gebeugt werden, hat der DGB-Kreisvorstand Ostthüringen beschlossen, *daß im Frühjahr 1998 »gemeinsam mit allen interessierten Menschen, Initiativen und Organisationen«* eine machtvolle und friedliche Demonstration in Saalfeld stattfinden soll.

Saalfelder Modell

Einerseits ist das Verbot und die Reaktionen der Honorationen sowie Teile der Medien Ausdruck einer allgemeinen und extremen Rechtsentwicklung in der der organisierte Neofaschismus, weil die bürgerlichen Parteien ihre Inhalte teilweise aufsaugen, auf die Rolle des Rechtsverstärkers reduziert wird und viele BürgerInnen rassistische Denkmuster verinnerlicht und die Achtung der Menschenrechte in ihrem Bewußtsein kaum eine Rolle spielt. Andererseits hat sich die Sozialdemokratie offensiv auf die Seite des rechten Konsens geschlagen und öffentlich dokumentiert, daß sie Garant für law and order sein kann und damit ihre Regierungsfähigkeit bewiesen. Die Deregulierer können sich gewiß sein, daß die SPD bereit ist, die Folgen sozialer und politischer Umwälzungen, die zu Lasten der »kleinen Leute« gehen, bereit ist mit polizeilichen Mittel einzudämmen.

Saalfeld kann auch zum Modell der Kräfte des law and order werden: Antifas melden eine Demo an, die Faschisten kündigen Gegenaktionen an, die Stadt und Medien reagieren mit Hetze gegen die AntifaschistInnen, der Verfassungsschutz liefert genügend, wenn auch an den Haaren beigezogenes, Material zur Kriminalisierung und prompt ist das Klima geschaffen um ein Verbot gesellschaftlich und juristisch durchzusetzen.

Wie weiter?

Am 8.12. führte das Bündnis in Saalfeld mit dem Journalisten Burkhard Schröder eine Veranstaltung zum Thema »Ostdeutsche Städte im Griff der Rechten« durch. Mehr als 100 Menschen nahmen an der Diskussion teil. Wer gänzlich fehlte waren die Honorationen der Stadt, die in den Wochen vorher den Dialog eingeklagt hatten. Ganz so ernst war es wohl mit dem Dialog nicht!?

Zur Zeit wird im Saalfelder Bündnis darüber diskutiert am 14.3.1998 den ersten »Saalfelder Antirassismus-Tag« mit einer Demonstration gegen den rechten Konsens und einer Abendveranstaltung zum Thema »Aus Nachbarn werden Fremde – das Fremde wird gemacht!« durchzuführen.

Auch wenn es absehbar ist, daß die Honorationen der Stadt, die Lokalpostille »Ostthüringer Tageszeitung« und die Ordnungskräfte wie am 11.10. reagieren werden, darf das Saalfelder Modell nicht Schule machen und daher muß die Demonstration stattfinden.

Wer ja sagt zu Rechtsentwicklung und Rassismus, sagt auch ja zu Arbeitslosigkeit, Armut und Gewalt!●

Schwerpunktthema Seite 6 bis 9

D 8008

KASSEL: PROZESS GEGEN FAHRENDES HANDWERK

Reisegewerbe, die Alternative zur Handwerksordnung

Mit einem Bußgeld in Höhe von 5.000 DM wurde der selbständige Steinmetzgeselle Uwe Bächt wegen »unerlaubter Handwerksausübung« vom Amtsgericht Kassel belegt. Uwe Bächt repariert Fundamente und saniert Fassaden. Er arbeitet mit einem Architekturbüro zusammen, fragt dort nach Aufträgen, manchmal telefonisch. Manchmal läßt er etwas Zeit verstreichen, bevor er bei einem Kunden anfängt. Und genau das ist ein Problem. Thomas Bogie vom Bundesverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker e.V. (BUH e.V.) beleuchtet die Hintergründe.

Der Unsinn der Meisterpflicht erregt schon seit Jahrhunderten die Gemüter. Umfangreiche Gesetzesvorschriften versuchen zu regeln, was nicht zu regeln ist. In Paragraph 1 der Handwerksordnung heißt es: Wer sich im Handwerk selbständig machen will, braucht zur Eintragung in die Handwerksrolle den Meistertitel. Wer darauf hoffte, daß der Meisterzwang im gemeinsamen Europäischen Markt fallen würde, wurde enttäuscht. Auch die neue Vorlage zur Novellierung der Handwerksordnung stellt eindeutig klar, wo der Hammer hängt. Deshalb bleibt denen, die sich den Meistertitel nicht leisten können oder wollen, nach wie vor nur die eher unbefriedigende und einschränkende Umgehung des Meisterzwangs. Es geht nicht wenigen so, denn während die Zahl der vollhandwerklichen Gewerbe eher abnimmt, steigt die Zahl der handwerksähnlichen Gewerbe stetig.

In die Anlage B der Handwerksrolle, genügt z.B. als Eintrittskarte, die glaubhafte Erklärung, nur Tätigkeiten anzubieten, die mittleren Schwierigkeitsgrad der handwerklichen Fähigkeiten voraussetzt. Beliebte Schlupflöcher für HandwerkerInnen ohne Meisterbrief sind in Anlage B z.B. der »Holz und Bautenschutz« oder »der Einbau von genormten Baufertigteilen«. Weitere Möglichkeiten bietet das Minderhandwerk, der unerhebliche Nebenbetrieb oder Titel wie »Künstler« oder »Designer«.

Reisegewerbe nach Paragraph 55 der Gewerbeordnung als Möglichkeit, ein Vollhandwerk ohne Meisterbrief ordnungsgemäß anzumelden, ist nur wenigen bekannt und natürlich nicht unumstritten.

Handwerkskammer Hand in Hand mit Ordnungsamt

Handwerkskammer, Ordnungsamt und sogar manche Berufsgenossenschaften sind die umherziehenden HandwerkerInnen, die laut Gewerbeordnung auch Lager und Werkstatt haben dürfen, schon lange ein großer Dorn im Auge. Da nicht sein darf, was nicht sein kann, versucht die Handwerkskammer Hand in Hand mit Ordnungsamt und den Gerichten, die Möglichkeiten des Reisegewerbes klammheimlich, mit entsprechenden Gerichtsurteilen, in möglichst enge Schranken zu weisen.

Nur ein kleines Berufsverbändchen unerschrockener Handwerkerinnen und Handwerker (BUH) e.V. leistet noch Widerstand. Eines ihrer Mitglieder, Steinmetz Uwe Bächt aus dem Landkreis Kassel hat es am 19.12.97 mit 5.000 DM Bußgeld, erwischt. Seine Mitstreiter vom BUH haben ihm in seiner schweren Stunde mit Transparenten, Joch und Pranger vor dem Amtsgericht Kassel beigestanden (siehe Foto Seite 2). Der Richter bezeichnete das Urteil als mild, hätte er doch bis 100.000 DM, nach dem Schwarzarbeitergesetz festsetzen können.

Fortsetzung auf Seite 2

EDITORIAL

Ein neuer, trauriger Rekord von brutaler Alltagsgewalt: Zwischen Januar und September 1997 wurden über 5.000 rechtsradikale und ausländerfeindliche Vorfälle registriert. Insbesondere in Ostdeutschland kommt es schon seit Jahren immer wieder zu Mißhandlungen von AusländerInnen, die nicht selten ein Leben lang an den seelischen und gesundheitlichen Folgen der Brutalität leiden müssen. Hier einige Beispiele aus der jüngsten Zeit:

Ende November prügelten fünf 17- und 18jährige in einem Regionalzug von Berlin-Wannsee nach Belzig in Brandenburg auf einen 28jährigen ghanaischen Asylbewerber ein. Bereits 1994 hatten Skinheads den Mann unweit von Oranienburg im Norden Berlins aus einem fahrenden S-Bahnzug geworfen. Dem Schwerverletzten mußte ein Unterschenkel amputiert werden.

In Frankfurt/Oder hetzte ein 21jähriger Mitte November seine beiden Hunde auf zwei 17 und 23 Jahre alten Aussiedler aus Rußland, die Bißwunden an Armen und Beinen erlitten. Die Aussiedler hatten dem 21jährigen an einer Straßenbahnhaltestelle eine Flasche Bier angeboten, was dieser mit den Worten ablehnte, er nehme von Ausländern kein Bier an.

Anfang November fielen ebenfalls in Frankfurt/Oder drei Schläger über einen Asylbewerber aus China her. Wenige Tage zuvor waren zwei polnische Studenten der Frankfurter Europa-Universität Viadrina von Rechtsradikalen zusammengeschlagen worden. In Bernau bei Berlin schlugen zwei Jugendliche und ein 26jähriger einen 42jährigen Russen und traten mit stahlkappenbesetzten Springerstiefeln auf ihn ein. Der Russe war zuvor nach einer Einladung aus der Wohnung des 26jährigen geflüchtet, als das Trio angefangen hatte, Nazilieder und »Sieg Heil« zu grölen.

Ende Oktober beschimpften und verprügelten zwei 18- und 25jährige im brandenburgischen Eberswalde einen Asylbewerber aus Angola. Zudem hetzten sie ihre Kampfhunde auf den Afrikaner. Einer der Pitbullterrier biß zu. In Eberswalde hatten Skinheads vor sieben Jahren den Angolaner Antonio Amadeus zu Tode getreten.

Diese Aufzählung läßt sich endlos fortsetzen, fast täglich meldet unsere Tagespresse neue rechte Gewaltätigkeiten, die Öffentlichkeit fängt an, sich an diese Nachrichten zu gewöhnen. Nach wie vor scheint der Staat auf dem rechten Auge blind und kriminalisiert jene, die protestierend auf die Straße gehen.

Ein Beispiel dieser staatlichen Repression gegen AntifachistInnen ist in dieser Ausgabe als Schwerpunktthema zu finden: Das Thüringer Verbot der Demonstration gegen rechte Gewalt und rechten Konsens am 11. Oktober 1997 in Saalfeld. Wir danken der Erfurter »Karussel«-Redaktion für das Zustandekommen dieses Schwerpunktthemas.

Stand der CONTRASTE-Unterstützung

Zwei kleinere Einzelspenden, drei neue Fördermitgliedschaften im CONTRASTE e.V. und 12 neue Abos (bereinigt) konnten wir im Monat Dezember verzeichnen und die Heidelberger Redaktion konnte so einen etwas vergnüglicheren Start ins neue Jahr feiern. Wir hoffen, daß das kein Strohfeuer ist und es kontinuierlich aufwärts geht. Zur Erinnerung: CONTRASTE benötigt jetzt noch mindestens 288 neue Abos, damit neue Schulden vermieden werden. Für das Erreichen unseres Zieles müssen wir Eure Hilfe in Anspruch nehmen. Bitte spendet auf unser Spendenkonto (Volksbank Bergstraße, BLZ 509 614 12, Kto.-Nr. 64076), werbt Schnupperabos (3-monatiges Probeabo ohne besondere Kündigung für 10 DM gegen Vorkasse) oder verweist auf die Neuauflage der BUNTEN SEITEN 1997/98 (siehe Anzeige). Geholfen werden kann CONTRASTE auch mit dem Eintritt in den CONTRASTE e.V. (mindestens 120 DM Beitrag jährlich, juristische Personen 300 DM). Firmen und Institutionen bekommen für diesen Jahresbeitrag bis zu 10 Exemplare für ihre Betriebsmitglieder.●

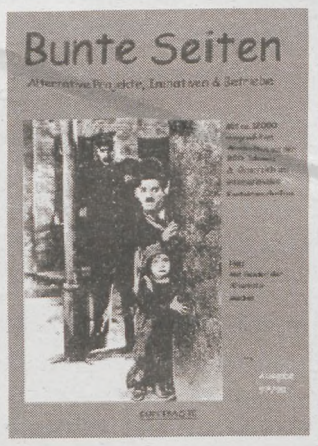
BUNTE SEITEN 1997/98

Das einzige Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen

Mit 12.000 Anschriften vorwiegend selbstorganisierter Projekte, Initiativen und Betriebe aus der BRD, CH & A und internationalen Kontaktadressen, ausgewählt von AktivistInnen aus den einzelnen Bewegungen

und neu im Buch:

Reader der Alternativ-Medien



Mit 1033 Titeln (hiervon 830 aus dem deutschsprachigen Raum) mit zahlreichen Hinweisen auf Verbreitungsgrad, Erscheinungsweise, Seitenzahl, Preisen und Schwerpunktthemen bzw. Ansprüche. Ein Überblick über Video- & Filmgruppen sowie über Freie Radios ergänzen diesen Reader.

262 Seiten, Buchformat 23 x 29,7 cm, Preis: 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, ISBN 3-9240085-04-8
Erhältlich über: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D - 69035 Heidelberg

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Reisegewerbe, die Alternative zur Handwerksordnung

Uwe Bächt sitzt zur Zeit in der Meisterschule und hat im Februar Prüfung. Dies war für den Richter ein Grund, Milde walten zu lassen. Hoffen wir für Uwe, das seine Meisterprüfer auch milde sind, denn manchmal bekommt Mensch den Eindruck, daß bei Meisterprüfungen nicht nur die Leistung zählt, sondern auch Vergangenheit, Herkunft und Konjunkturlage. Zentrale Bedeutung bei dem Richterspruch gegen den Reisegewerbler Bächt hat nicht die Höhe des Bußgeldes, sondern die damit verbundene Begründung des Richter.

In dieser schloß er sich einem Urteil vom 25. Februar 1995 des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) an, bei dem einem Malergesellen die Reisegewerbekarte für Malerarbeiten verweigert wurde. Mit der Begründung, es sei im Maler-, Maurer- und Zimmererhandwerk unmöglich, unverzüglich wesentliche Teilleistungen zu erbringen, fiel hier der Hammer.

Damit bezog sich der Mannheimer Richter auf die »sofortige Leistungsbereitschaft«, die auch gerne von den Handwerkskammern als wesentliches Merkmal des Reisegewerbes angesehen wird, Im VGH-Urteil übersah der Richter, daß zum Beispiel das Aufmaß nicht nur sofort möglich, sondern für jede Arbeit am Bau zwingend erforderlich ist.

Viele Ordnungsämter aus anderen Bundesländern beziehen sich inzwischen auch auf dieses Urteil, obwohl es nur in Baden-Württemberg rechtlich anwendbar ist.

Der Richter im nordhessischen Kassel ging mit seinem Urteil nicht ganz so weit, er machte schon am Anfang der Verhandlung klar, daß er nicht den Betrieb des Steinmetz schließen wolle. Seine Urteilsbegründung kann aber in Zukunft von Bedeutung sein. Er entwickelte den völlig neuen Gedanken, daß im Reisegewerbe nur Geschäfte von geringem Volumen vorgesehen seien. Aufträge im Wert von ca. 20.000 DM erschienen ihm zu groß.

»Da würden sich bestimmt die Betreiber von Achterbahnen freuen, wenn sie keine Millionenumsätze mehr machen dürften«, vermutet die Tischlergesellin und Bildungsreferentin des BUH e.V. Nina Knostermann. Für sie stellt sich die Frage nach der Bedeutung des Reisegewerbes in der deutschen Gewerbelandschaft. Aus eigener Erfahrung weiß sie zu berichten, daß Reisegewerbe für sie und viele andere der Einstieg in die kleine Selbständigkeit gewesen ist, den sie noch lange vor sich hergeschoben oder nie getätigt hätten, wenn es nur noch die Variante MeisterIn gäbe.

Sogar einigen PolitikerInnen aus SPD und FDP geht langsam auf, daß Beschwörungen allein keine GründerInnenwelle erzeugen. Hier müssen Existenzgründungsmöglichkeiten geschaffen werden, die mit einem geringem finanziellen Aufwand möglich werden. Dazu müßte im Handwerk allerdings die Meisterpflicht fallen, aber dieses heiße Eisen packen auch die PolitikerInnen beider Parteien vor den Bundestagswahlen 1998 gewiß nicht an und so werden sie auch bei der anstehenden Novellierung der Handwerksordnung – vermutlich im Februar 1998 – dieser zustimmen.●

Vor dem Amtsgericht Kassel: BUH will Handwerksordnung an den Pranger stellen — Foto: Gunnar Westphal

Wer näheres zum Thema wissen will, kann sich an den BUH wenden: BUH e.V., Ziegeleistraße 9, D-29497 Wolterdorf, Tel. 05841/5995 Fax 05841/5909

HINTERGRUNDINFO:

Die neuste Novellierung der Handwerksordnung wurde am 11.12 97 dem Bundestag in der ersten Lesung vorgestellt. Nach dem Entwurf von CDU/CSU, SPD und FDP soll nun auch der Gerüstbauer meisterpflichtig werden. Als Erfolg sieht der BUH an, daß der Meisterzwang in der Computer-, Offsetdruck und Kosmetikbranche vom Tisch ist. Da ist wohl die Internetseite von dem zuständigen Parlamentarischen Staatssekretär H. Leonard Kolb F.D.P. aus dem Wirtschaftsministerium heiß gelaufen, vermutet Tischlergeselle Thomas Bogie.

Innerhalb des Handwerks soll durch Zusammenlegung verschiedener Gewerke strukturelle Verbesserungen entstehen. Der Tischler darf dann auch Stahltüren einsetzen, der Dachdecker ein Dach bauen und der Zimmerer ein Dach decken. Doch die Brötchen, die es inzwischen an jeder Tankstelle gibt, darf der Konditor immer noch nicht selber herstellen, dafür hat sich der Vorsitzende des Parlamentarischen Arbeitskreises Bäckermeister Ernst Hinsken CSU (MdB) eingesetzt.

Bündnis 90 / Die Grünen ging diese Mininovellierung nicht weit genug. Sie brachten einen eigenen Gesetzentwurf ein, der im wesentlichen die Lockerungen der Zugangsvoraussetzungen fordert. Demnach sollen sich künftig auch HandwerksgesellInnen mit drei Jahren Berufserfahrungen in die Handwerksrolle eintragen lassen können.●

HUNGERSTREIK

Hüseyn Dogan, AKTION 3.WELT Saar ● Seit dem 2.1.98, 8 Uhr befinden sich fünzig KurdInnen in der Saarbrücker Johanniskirche im Hungerstreik. Der Hungerstreik der mehrheitlich von Abschiebung in die Türkei bedrohten Kurden ist für 10 Tage geplant. Mit dem Hungerstreik protestieren sie gegen Abschiebungen und Waffenlieferungen in die Türkei.

Auch die kurdische Flüchtlingskatastrophe vor der italienischen Küste zeigt die Notwendigkeit einer politischen Lösung und dokumentiert den auf Abschottung zielenden Grundgedanken des Schengener Abkommens. Während im inneren Europas Grenzen verschwinden, wird Europa an den Außengrenzen zu einer Festung ausgebaut.

Nach Auffassung der AKTION 3.WELT Saar, die den Hungerstreik unterstützt, kann es nur zu einer politischen Lösung im Kurdistankonflikt kommen, wenn sich alle Kriegsparteien – türkische Regierung und PKK – an einen Tisch setzen und miteinander verhandeln. Die Aufrechterhaltung des PKK-Verbotes in der Bundesrepublik Deutschland und die fortgesetzten Manöver der »Saarlandbrigade« der Bundeswehr in der Türkei und in Kurdistan sind das falsche Signal. Sie unterstützten damit die Türkei bei der militärischen Lösung des Kurdistankonflikts.●

SCHNUPPERABO

Ein dreimonatiges Schnupperabo der CONTRASTE kostet 10 DM und kann formlos unter Beilage des Betrages in Briefmarken, als Schein oder V-Scheck bestellt werden über CONTRASTE e.V.,
Postfach 10 45 20,
D-69035 Heidelberg.
Das Schnupperabo endet ohne gesonderte Kündigung.

REPRESSION:

Umweltbundesamt lädt Graswurzelrevolution aus!

Das Umweltbundesamt (UBA) als einer der Hauptgeldgeber des über Sylvester in Münster stattfindenden Jugendumweltkongresses (Jukß) hat die VeranstalterInnen gezwungen, zwei MitarbeiterInnen der Graswurzelrevolution, die Workshops zu Ziviler Ungehorsam bzw. Agenda 21 anbieten wollten, wieder auszuladen. Damit hat das UBA zum ersten Mal offen die Inhalte des Jukß beeinflußt.

(GWR-Presseeklärung) ● In einem Auflagenbescheid des Umweltbundesamtes vom 2.12.1997 an die VeranstalterInnen heißt es zum von den VeranstalterInnen vorzulegenden Arbeitskreisprogramm: »Zwei der angebotenen Arbeitskreise sollen von Mitgliedern der Redaktion *Graswurzelrevolution*, Oldenburg geleitet werden. Dies sind der AK I 5. 'Was ist ziviler Ungehorsam?' und der AK II 1.9. 'Agenda 21 - Kritik und Alternativen'. Wir fügen in Kopie die Seite 85 des Verfassungsschutzberichtes (des Bundes) 1996 bei, wo die 'Graswurzelrevolution' als Publikation der linksextremistisch/anarchistisch eingeschätzten 'Graswurzelbewegung' explizit aufgeführt ist.

In Ergänzung unseres Bescheides vom 20.06.1997 erteilen wir folgende Auflage: Eine direkte oder indirekte Förderung extremistischer Gruppierungen, wie sie im Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung oder der Länder erwähnt werden, ist ausgeschlossen. Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich im Rahmen der geförderten Maßnahmen zu entsprechenden Prüfungen und zur Einhaltung dieses Grundsatzes.«

Beanstandet werden vom UBA nicht die Inhalte der Arbeitskreise, sondern lediglich die formale Tatsache, daß diese von MitarbeiterInnen der Graswurzelrevolution geleitet werden. Problematisch daran ist, daß ein rechtlich vollkommen unverbindliches Dokument wie der Verfassungsschutzbericht hier zur Grundlage einer politischen Einflußnahme gemacht wird. Empörend ist, daß sich das UBA zur Umsetzung der eigenen politischen Vorgaben dabei anderer – der Jukß-VeranstalterInnen – bedient, die damit zu Erfüllungsgehilfinnen staatlicher Politik degradiert werden.●

NATURBAUSTOFFLAGER ERÖFFNET

Ein Naturbaustofflager eröffnet ab Anfang 1998 in Anröchte, Westfalen, die Tore. Das Projekt des Baubiologen, Antonius Grotenhermen, besteht aus einem Großlager aus dem Naturbaustoffhändler beliefert werden. Das Lager soll keine konventionelle Händler, Handwerker und Endverbraucher beliefern und somit kein Mitbewerber für den ökologischen Baustoffhandel sein.

»Zur Zeit sterben die kleinen und mittelgroßen Läden«, betont der erfahrene Naturbaustoffhändler. »Diese werden von den dominierenden großen Handlungen verdrängt und konventionelle Baustoffhändler nehmen ökologische Produkte ins Programm. Ferner haben sie Probleme bei der Beschaffung und Lagerung des immer größer werdenden Angebotes an ökologischen Baustoffen. Wenn es so weiter geht, müssen die Bauinteressenten in einigen Jahren weit fahren, um fundierte und ehrliche Beratung zum ökologischen Bauen und Renovieren zu bekommen. Darum sollten sich die kleinen und mittleren Naturbaustoffhändler organisieren und ihre Handelsstruktur ändern«.

Neben dem preiswerten Einkauf im Naturbaustofflager – dafür müssen sich die Händler an den laufenden Kosten beteiligen – soll daher Schulung, Marketing und andere gemeinsame Aktivitäten entwickelt werden. Die Erlöse bei den teilnehmenden Händlern sollen sich verbessern und ihnen sich damit Perspektiven für die Zukunft bieten. Auch Existenzgründungen sollen mit dem Lager möglich sein.●

ub

Kontakt:
Das Naturbaustofflager, Postf.1133, D-59603 Anröchte, Tel: 02947-92092 / Fax: 02947-92090 E-mail: nbh@oekohome.de

SELBSTVERWALTES KOMUNIKATIONSZENTRUM »KOMM« VORZEITIG GESCHLOSSEN

Schlag gegen linke Politik

Elf Tage vor der regulären Beendigung des Vertrages wurde das KOMM nach Auseinandersetzungen der Polizei mit KOMM-BesucherInnen geschlossen. Nach Anweisung der Stadt Nürnberg bleibt das Zentrum bis zum 10. Januar geschlossen und wird danach, wie geplant, unter alleiniger Regie der Stadt fortgeführt.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● In der Nacht zum 21.12.97 umstellten nach einem Brandanschlag auf ein dem KOMM gegenüberliegenden Verwaltungsgebäude starke Polizeikräfte das KOMM und riegelten es ab. Im KOMM fand zu dieser Zeit die letzte Veranstaltung unter Regie des selbstverwalteten KOMM-Vereins unter dem Titel »Unser Rhythmus gegen das System« statt. Konzertbesucher, die das Gebäude verließen, wurden unter Schlagstockeinsatz zur Personalienfeststellung abgeführt. Nach Polizeiangaben wurden die Einsatzkräfte im Laufe einer mehrstündigen Auseinandersetzung mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern angegriffen und durch Barrikaden am Vorrücken gehindert. Gegen 4.30 Uhr verließen die restlichen der über 500 KonzertbesucherInnen das KOMM. Die knapp 200 Personen wurden vor dem KOMM von den Polizei-Sondereinsatzkräften etwa eineinhalb Stunden eingekesselt, 37 Personen wurden willkürlich teilweise unter Einsatz körperlicher Gewalt, aus der Menschenmenge herausgezogen und verhaftet, von 169 Personen wurden die Personalien festgestellt.

Der Auffassung der Nürnberger Polizei, der Brandanschlag stehe in »unmittelbaren Zusammenhang« mit den Veranstaltungsbesuchern, widerspricht der Nürnberger Rechtsanwalt Ingo Schmitt-Reinholtz, der den Veranstalter, das »Infobüro für die Solidarität mit den politischen Gefangenen international« vertritt. »Keiner der Festgenommenen wurde dem Haftrichter vorgeführt, also können die Verdachtsmomente wegen besonders schwerer Brandstiftung nich so groß sein«, betont er. Der Veranstalter beschuldigt die Polizei, »Vorgänge außerhalb des KOMM zum Anlaß genommen« zu haben, um »willkürlich Festnahmen vorzunehmen«. Das »Infobüro« wertet den Vorfall als »weiteren Schritt der schon lange betriebenen Stimmungsmache und politischen Hetze gegen selbstverwaltete Strukturen und linke Politik in Nürnberg«.

Für das »Infobüro«, daß den Reinerlös politischen Gefangenen, wie z.B. den in den USA von der Hinrichtung bedrohten schwarzen Journalisten Mumia Abu Jamal, zur Verfügung stellen wollte, entstanden durch das von der Stadt verhängte Veranstaltungsverbot, erhebliche Verluste durch die entgangenen Eintrittsgelder.

Um das Veranstaltungsverbot durchzusetzen hatten am 21.12.97 starke Polizeieinheiten alle Zugänge zum KOMM abgeriegelt.●

Veranstaltungsflugblatt

NÜRNBERGER RADIO Z: GESPRÄCH MIT ZWEI VERTRETERINNEN VOM INFOBÜRO:

»Polizei hat die Ereignisse eskaliert«

Anmoderation

Über die Ereignisse am Wochenende: Das Benefiz-Spektakel »Rock gegen rechts und für die Freiheit der politischen Gefangenen international« war im vollen Gange als es am Samstagabend plötzlich im gegenüberliegenden Baumeisterhaus brannte. Schnell war die Rede von Molotow-Cocktails, die Polizei riegelte das KOMM großräumig ab, was KonzertbesucherInnen provozierte. Es flogen Flaschen und Steine. Daraufhin war es gar nicht mehr möglich, das KOMM zu verlassen ohne seine Personalien angeben zu müssen. Wer bei uns noch nicht zu Wort kam, waren die VeranstalterInnen des Festes vom Infobüro für die Solidarität mit den politischen Gefangenen international. Nach den letzten hektischen Tagen, die mit Aufräumarbeiten, Schadensbegrenzung, Absagen der eingeladenen Bands und ReferentInnen vergingen, sprach Claudia Schuller heute mit zwei VertreterInnen des Infobüros über ihre Sicht der Ereignisse.

Radio Z: *Was war die Intention Eures Benefizfestes? Wo seht Ihr die Verbindung vom KOMM als ehemals selbstverwaltetem Jugendzentrum und den politischen Gefangenen?*

Die Verknüpfung des KOMM ergab sich für uns daraus, daß 1989 ein Hungerstreik der politischen Gefangenen in der BRD stattgefunden hat, wir dringend ein Büro gebraucht haben, wir das in ganz Nürnberg nirgendwo bekommen haben und dann 1989 die Räume der Jusos im KOMM besetzt wurden von uns. Auf der Vollversammlung wurde dann abgestimmt, daß wir ein Büro im KOMM kriegen. Und so ist die Verknüpfung von uns zum KOMM auch da.

Zum ersten Teil der Frage: Die Intention war jetzt, weil der Selbstverwaltung und den politischen Gruppen bis Ende des Jahres durch die Stadt gekündigt wurde und wir dieses Wochenende natürlich auch als Möglichkeit verstanden haben, mit unserer politischen Arbeit möglichst viele Menschen noch mal zu erreichen und auch gegen diesen Rausschmiß zu protestieren. Wir denken nicht, daß in Zukunft Veranstaltungen dieser Art im neu gestylten Künstlerhaus noch mal stattfinden können.

Wie wart Ihr mit dem Verlauf des Festes bis zu den Ereignissen am Samstag zufrieden, weil ja schon vorher jede Menge stattgefunden hat?

Wir fanden's einfach toll! Es war sehr lebendig, es war absolut gut besucht. Wir hatten gar nicht damit gerechnet, daß so viele Menschen kommen. Es war ein großes Interesse auch für die Veranstaltungen da, es war ja nicht nur ein Konsumteil, und das war ja das, was wir eigentlich haben wollten, was eigentlich auch unsere Intention war. Politische Sachen rüberzubringen und gleichzeitig auch Spaß dabei zu haben.

Zu den Ereignissen Samstagnacht hat die AZ geschrieben, daß »einige Vermummte aus dem KOMM Brandsätze in das benachbarte Baumeisterhaus geworfen hätten«. Was ist dran?

Na ja, dies würde eine physikalische Meisterleistung voraussetzen, da die Brandsätze aus dem KOMM im rechten Winkel hätten fliegen müssen, um diese besagten Fenster im Baumeisterhaus zu treffen.

Könnte es Eurer Meinung nach eine politische Aktion gewesen sein?

Dann gibt es sicherlich bald eine politische Erklärung, die uns natürlich sehr interessieren würde. Aber vielleicht wurde auch nur die Aufforderung des CSU-OB Scholz im Sommer dieses Jahres, »das KOMM auszuräuchern« wörtlich genommen und es fehlten dafür nur die notwendigen Lenksysteme aus dem Hause Diehl – Kriegswaffenhersteller, KZ-Profiteur und seit einigen Wochen Ehrenbürger der Stadt Nürnberg.

Der Stadtrechtsdirektor Frommer hat Samstagnacht spontan die Verträge des KOMM e.V. mit der Stadt gekündigt. Was ist daraus geworden? Liegt mittlerweile was Schriftliches vor? War sein Vorgehen überhaupt rechtens?

Bisher liegt uns nichts schriftlich vor. Die Kündigung wurde uns mündlich durch einen städtischen Mitarbeiter mitgeteilt. Bis Samstagnacht oder Sonntagfrüh drei Uhr war noch nicht klar, ob die Veranstaltung am Sonntag überhaupt fortgesetzt werden konnte. Ob das Vorgehen rechtens ist, müssen wir noch juristisch abklären. Zwischenzeitlich soll die Kündigung ja zurückgenommen worden sein. Sicher ist nur, daß für dieses Jahr alle weiteren Veranstaltungen abgesagt wurden.

Herr Frommer hat gestern auch in einem Interview gesagt, daß es Verhandlungen und Absprachen im Vorfeld mit Euch gegeben hätte. Stimmt das denn?

Nein, es gab am vergangenen Freitag (19.12.97) um 10.15 Uhr eine Begehung mit dem Einsatzleiter der Polizei, dem besagten Herrn Frommer, einem städtischen Mitarbeiter des KOMM und unserem Anwalt. Es gab weder Absprachen noch Verhandlungen, aber unsere politische Intention was wir mit den Veranstaltungen wollten, war in unserem Aufruf nachzulesen und das lag natürlich auch der Stadt vor.

Die Polizei wird ja jetzt in allen Medien hoch gelobt für ihre Besonnenheit. Könnt Ihr das so bestätigen?

Wir sehen das ein Stück weit anders: Vorgänge außerhalb des KOMMs wurden zum Anlaß genommen, BesucherInnen zu kontrollieren, teilweise zu registrieren und willkürlich Festnahmen vorzunehmen. Wir sehen das auch in dem Zusammenhang, daß von Seiten der Stadt und der Polizei die schon lange betriebene Stimmungsmache und politische Hetze gegen selbstverwaltete Strukturen und linke Politik in Nürnberg hier umgesetzt wurde.

Außerdem muß man dazu sagen: die Polizei hat die Ereignisse auch eskaliert durch das Abriegeln des KOMMs und ihre massive Präsenz nach dem Brand im Baumeisterhaus. Die Straßenschlacht, über die in allen Medien berichtet wurde, begann ja erst dann, nachdem die Bullen so massiv aufgezogen sind, und bis nachts um halb zwei tanzten über 500 BesucherInnen zur Musik und hatten die Geschichten auf den Straßen eigentlich gar nicht mitbekommen.

Konnte eigentlich überhaupt Geld für die politischen Gefangenen, speziell für Mumia Abu Jamal gesammelt werden? Ihr habt Euch ja immerhin lang vorbereitet und viel Arbeit gehabt. Kam jetzt finanziell überhaupt was raus?

Tja, je nachdem, welche Kosten auf uns zukommen, z.B. für den für Sonntag abgesagten Bands oder anderen. Aber wie es aussieht, bleiben wir nicht auf unseren Unkosten sitzen. Sicherlich wäre mehr Geld für die politischen Gefangenen hereingekommen, wenn der dritte Tag des Wochenendes wie geplant hätte stattfinden können. Denn allein die Prozeßkosten Mumia Abu Jamal belaufen sich auf über eine Million Dollar, auch die politischen Gefangenen in der BRD, in Peru und anderen Ländern brauchen dringend Geld. Deshalb würde ich gerne hiermit an alle appellieren, die schon 15 DM für den Sonntag auf die Seite gelegt haben, diese doch zu spenden.

Am Ende der Veranstaltung hätte auch noch eine Resolution für die sofortige Freilassung der verurteilten Abgeordneten von Herri Batasuna und für die Verlegung der ETA-Gefangenen ins Baskenland verabschiedet werden sollen.

Abmoderation:

Soweit also die VertreterInnen des Infobüros zu den Ereignissen am vergangenen Wochenende. Wer dem Spendenaufruf folgen möchte und die politischen Gefangenen unterstützen möchte, der/die kann das auf folgendem Konto tun:
Das Angehörigenkonto, Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto 54 54 194.
Und wer speziell für den afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu Jamal unterstützen möchte, das ist das Konto: Sonderkonto »Kampagne« / Archiv '92, Bfg Bank Bremen, BLZ 290 101 11, Konto 100 873 8702.●

»KOMMpromiß« geplatzt

Das Nürnberger KOMM geht

Bereits wiederholt berichtete CONTRASTE vom Streit ums Nürnberger KOMM. Nach einem erfolgreichen Bürgerbegehren hatte die Kulturverwaltung einen Kompromiß zur Rettung des KOMM propagiert. Jetzt ist das KOMM hingegen endgültig am Ende. Seit Jahresbeginn existiert es nicht mehr. CONTRASTE sprach mit Robert Teßnow vom ehemaligen Selbstverwaltungssekretariat und hatte folgende Fragen zum KOMM:

Am 31.12. endete der Vertrag mit dem Selbstverwaltungsverein. Einige politische Gruppen und Projekte sollen gehen. Was bleibt übrig?

Robert: Vorerst geduldet werden Bildungsbereich, verschiedene Werkstätten, Altenarbeit und einige Kulturangebote. In erster Linie jene, die das »Kompromiß« genannte Diktat der Stadt mitverantworten, dann Gruppen, die es zumindest mehrheitlich mittragen und schließlich solche, die sich ihm aus unterschiedlichen Gründen beugten. Wobei von den letzteren, schon nicht mehr alle, zu den vorerst noch Geduldeten gehören. Geduldet wird von der CSU, ein K4 genanntes städtisches Zentrum, mittlerweile so zurechtgestutzt, daß es nicht einmal mehr an den sogenannten Kompromiß erinnert. Innerhalb des Hauses wird den verbliebenen Gruppen ein Vorschlagsrecht eingeräumt, Entscheidungen fällen die städtischen Verantwortlichen, sprich der Dienststellenleiter, nach Rücksprache mit Kulturreferat-Verwaltung und Politik. Nur folgerichtig werden bereits heute, über die Köpfe der betroffenen Gruppen hinweg, Konzepte für deren Arbeit von städtischer Leitung und Kulturreferat entwickelt und beschlossen.

Übrig bleibt also vorerst ein städtisches Bürgerzentrum am Eingang zur Nürnberger Innenstadt. Ein Laden der sich als Publikum gut situierte Mittelschichten, politisch integrierte '68er und sorglose, kulturell interessierte junge Menschen wünscht. Ein Zentrum in dem billig Altenarbeit gemacht wird und unangepaßte Jugendliche in Werkstätten den Sinn des Lebens kennenlernen sollen. Unabhängig davon ob in diesem Haus, bis auf weiteres, vereinzelte Veranstaltungen von außerparlamentarischen Linken geduldet oder durchgesetzt werden, oder Kultur von unten sich noch äußern kann, bleibt festzuhalten mit dem KOMM und seiner Selbstverwaltung hat dieses Projekt nichts mehr zu tun.

Nach den neuesten Entscheidungen der Stadt wird der KOMM-Eingangsbereich vollständig abgerissen und neu konstruiert, um »das Erscheinungsbild der Stadt angemessen zu gestalten«. Hochkultur statt Soziokultur – Bratwurstmief statt politischem Engagement: wohin werden die soziale Wirklichkeit und darin angelegte Konflikte denn dann verlagert?

Zu dieser Entscheidung muß zu allererst gesagt werden, daß sie ohne Absprachen mit dem Kulturreferenten, anderen Parteien, oder gar den K4 Verantwortlichen gefällt wurde. Interessant ist dies vor dem Hintergrund, daß einige Tage vorher diese Koalition einem Raumbelegungsplan für das sogenannte K4 zustimmte, der die Räume im vorderen Teil des Gebäudes einschloß. Es wird also deutlich, daß die CSU-Stadtregierung, nun wo sie das selbstverwaltete KOMM für erledigt hält, auch auf ihre Verbündeten und deren Wünsche keine Rücksicht mehr nimmt.

Zurück zur eigentlichen Frage. Unangepaßte Kultur – von den kapitalistischen Verhältnissen hervorgebrachten Probleme – und jeder Form des Widerstandes gegen diese Verhältnisse wird heute kaum mehr mit dem Versuch der Integration begegnet. Nürnberg war da sozialdemokratisch-grün regiert keine Ausnahme und ist es heute unter CSU Herrschaft natürlich erst recht nicht. Die Schließung des KOMM und der Umgang mit anderen Projekten in dieser Stadt zeigen wohin die Reise geht. Die Abwicklung eines Großteils städtischer Sozial- und Kulturpolitik steht heute auf der Tagesordnung. Der Versuch die Straßen der Innenstadt mit Polizeigewalt, von unliebsamen Personen, zu säubern, der bereits ein polizeiliches Todesopfer gekostet hat, verdeutlicht zusätzlich, daß die politisch Verantwortlichen heute einzig auf Verdrängung und Ausgrenzung setzen. Es ist klar, daß sich die soziale Wirklichkeit durch all diese Maßnahmen nicht verändert, erst recht nicht verbessert. Die gesellschaftlich vorhandenen Konflikte werden sich verschärfen, alles was denen da oben, am Königstor komprimiert, bisher so viel Kopfzerbrechen bereitete, wird nun in verschiedenen anderen Zentren, Winkeln und Ecken dieser Stadt anzutreffen sein. Ganz nebenbei bemerkt, ist es allerdings ja auch noch nicht heraus, wie weitgehend ihnen die Vertreibung aus der Innenstadt überhaupt gelingt. KOMMlerInnen sind hartnäckig!

Da gab es doch noch vor zwei Jahren eine »große Koalition« zur Rettung des KOMM und das erfolgreiche Bürgerbegehren wurde von sehr unterschiedlichen Partnern unterstützt. Auch heute – anläßlich des ins Auge gefaßten Abrisses des Eingangsbereichs – beklagt die Lokalpresse wieder den »Abschied von der Soziokultur« (Nürnberger Nachrichten«). Wie konnte es zu dem faulen »KOMMpromiß« kommen? Wäre heute, nach dem das Scheitern des Kompromisses mit der CSU offen eingestanden wird, eine Neuauflage der damaligen Bündnisse denkbar?

Aus heutiger Sicht mußte es fast zwangsläufig zum »Kompromiß«-Versuch kommen. Sozialdemokraten und Grünen ging es natürlich nie darum, das selbstverwaltete KOMM wie sie es kannten, zu verteidigen. Diese sogenannten Reformer hatten schließlich selbst oft genug mit Hilfe von städtischen KOMM-Bediensteten, Polizei und Kündigungsdrohungen versucht, das KOMM endlich zu disziplinieren, es schrittweise zu verändern und waren damit gescheitert. Das KOMM und seine Selbstverwaltung war ihnen längst nur noch Dorn im Auge, den sie über Jahre nicht herausziehen konnten. Mit dem im Bürgerentscheid aufgebauten Druck sahen sie nun für sich eine Gelegenheit heranreifen. Ein Kompromiß genannter Deal mit der CSU, für die das Risiko eines Bürgerentscheides nicht kalkulierbar war, sollte ihnen eine Machtbeteiligung im Stadtrat sichern – die Selbstverwaltung aushebeln das unregierbare Haus zum Vorzeigeprojekt machen. Doch dieser Plan ging kläglich in die Hose. Nach gescheiterten Verhandlungen mit der CSU, gelang es Sozialdemokraten und Grünen erstmal den Bürgerentscheid zu kippen. Die Umsetzung des hinter dem Rücken der KOMM-Selbstverwaltung, von CSU, SPD, Grünen und anderen Ex-Reformern, ausgehandelten »Kompromisses«, lehnte diese jedoch mit großer Mehrheit ab. Die Selbstverwaltung weigerte sich, ein Todesurteil auf Raten zu unterzeichnen, der Einstieg in den Ausstieg war mit uns nicht zu machen. Verkündigt hat das Todesurteil schließlich eine große Koalition im Nürnberger Rathaus, CSU-FDP-SPD-FW-Grüne und Rep sprachen in trauter Eintracht die Kündigung aus.

Heute wo es offensichtlich ist, daß für die CSU eine Machtbeteiligung von SPD-Grünen im Rathaus nicht in Frage kommt, wo ein weiteres mal bewiesen wurde, daß der Rechtsschwenk, die Anpassung nicht belohnt wird, zeichnet sich statt grundsätzlichem Umdenken lediglich ein taktischer Schwenk ab. Es wird nun von rosa-grünen Ex-Reformern ein großes Gejammer darüber angestimmt, daß die CSU sich nicht an die Absprachen des Kompromisses hält und auch in anderen Bereichen kein Interesse an Zusammenarbeit sprich Machtbeteiligung zeigt. Unterstützt wird sie dabei von Teilen der lokalen Nürnberger Presse, die nun plötzlich und praktisch über Nacht das Ende der Soziokultur am Königstor gekommen sieht.

Eine Neuauflage des Bündnisses aus der Zeit des Bürgerbegehrens, wird es zumindest für ein KOMM in Selbstverwaltung am Königstor mit Sicherheit trotzdem nicht geben!

Was ist die Zukunft der im K4 ausgeschlossenen politischen Initiativen? Wird es ein »neues KOMM« geben?

Wir, die aus dem KOMM Ausgeschlossenen sind ja keine homogene Gruppe. Einige Gruppen werden sich wohl auflösen, manche KOMMlerInnen sind bereits heute in anderen Zentren und Projekten aktiv oder beteiligen sich gerade an dem Studentenstreik. Was die politischen Gruppen und Initiativen betrifft, sind wir zuversichtlich, Antifas treffen sich heute in von der Stadt unabhängigem Projekten wie dem »Internationalen Kulturhaus« oder im Stadtteilladen »Schwarze Katze« in Gostenhof. Das »Metroproletan Archiv und Bibliothek« (bisher) im KOMM, wird in Gostenhof neue Räume beziehen und auch das »Infobüro für Solidarität mit politischen Gefangenen« wird in Gostenhof weiter machen und die Autonomen, ja die haben sich, was Mensch so hört, vorgenommen, überall zu sein natürlich auch im K4 !!!

So kommen wir eigentlich erst mal einigermaßen zu recht. Da jedoch nicht zu erwarten ist, daß die Zeit stehen bleibt, sich bereits heute abzeichnet, daß die Kürzungs- und Schließungspolitik weitergeht und auch vor den übriggebliebenen städtischen Einrichtungen wie der DESI nicht haltgemacht wird, ist ein Versuch der kollektiven Eroberung eines neuen KOMM natürlich früher oder später wahrscheinlich. Wo Bewegung ist, werden Räume gebraucht, für größere politische Veranstaltungen, Konzerte, Ausstellungen etc., KOMMunikation am Königstor oder anderswo, läßt sich auf Dauer nicht verhindern.●

STEIN DES ANSTOSSES:

Agenda-Fieber statt eigener Perspektiven?

Die Umweltbewegung hat sich gewandelt: Wo die Arbeitsschwerpunkte noch vor wenigen Jahren Verkehr, Müll, Energie oder Klima hießen, steht heute die Vor- und Nachbereitung internationaler Konferenzen auf der Tagesordnung, dreht sich alles um »Nachhaltigkeit« und »Agenda 21«.

Von Jörg Bergstedt ● Auch vor Ort geben sich Umweltgruppen nachhaltig und dialogbereit: Sie initiieren lokale Agendaprozesse (mit). Für den neuen Modetrend wenden immer mehr Umweltaktive viel Zeit und Kraft auf. Andere Projekte und Aktionen stellen sie zurück, vor allem solche, die Konflikte bringen (könnten). Lohnt sich das? Wen und vor allem was wollen Umweltgruppen heute erreichen? Ganz normale Menschen mögen bei dem kuriosen Begriff *»Agenda«* erst einmal an ein neuartiges Waschmittel oder ein Medikament denken. Sie zucken aber meist mit den Schultern, verzichten darauf, nachzufragen oder sich gar für die Inhalte zu begeistern. Vielleicht tun sie gut daran, denn das Engagement der Umweltgruppen für die Agenda ist höchst fragwürdig.

Agenda-Kritik Nr. 1: 90 Prozent Worthülsen und »Blabla«

Umweltorganisationen wissen natürlich, daß es sich bei der Agenda 21 um das Hunderte von Seiten starke Schlußdokument des Welt-Umweltgipfels 1992 in Rio handelt. Darin beschlossen VertreterInnen von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen (NRO, lieber aber NGO in der englischen Variante) sowie WirtschaftsvertreterInnen ihr Verhandlungsergebnis. Erst 1994 übersetzte das deutsche Umweltministerium das Papier vollständig und brachte den Wälzer in Umlauf. Zu verschiedenen Umweltthemen sind Entwicklungsperspektiven aufgeführt. Nur das kürzeste Kapitel der Agenda 21, das 28. von insgesamt 40, widmet sich der Umsetzung vor Ort und wurde zur Aktionsgrundlage für immer mehr Umweltgruppen überall im Land. Doch als *»Lokale Agenda«* agieren sie zwangsweise ohne konkrete Ziele, weil alles, was uns die Agenda 21 sagen will, nicht etwa kurz und deutlich ausgedrückt ist. Ihre VerfasserInnen haben das meiste von vorne bis hinten auf das übelste verklausuliert und garantieren auch so (neben dem Umfang des Werkes und dem Namen), daß kaum ein normaler Mensch sich diese Wortverknotereien zu Gemüte führen wird.

Ein Beispiel gefällig?: *»(...) Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Organisationen, a) ... b) im Rahmen des Londoner Dumping-Übereinkommen (...) darauf hinwirken, daß die Bemühungen um die Beendigung der Untersuchungen über einen Ersatz des freiwilligen Moratoriums über die Einbringung schwachradioaktiver Abfälle ins Meer durch ein Verbot unter Berücksichtigung des Vorsorgegrundsatzes beschleunigt werden, damit eine gut informierte und baldige Entscheidung in dieser Frage getroffen werden kann. (...)«*

Agenda-Kritik Nr. 2: 10 Prozent falsche Ziele

Fast scheint es, als ob die Umweltbewegten, die in Sachen Agenda 21 Bündnisse schmieden, diskutieren und Presseinformationen verfassen, selbst das Buch nicht gelesen hätten. Oder würden sie sonst so viel Kraft in ein Werk stekken, das Gentechnik und Atomenergie befürwortet??? In je einem eigenen Kapitel wird hier herausgearbeitet, daß in der Gentechnik die Zukunft von Medizin und Welternährung liegt, während ebenfalls ausführlich von der Notwendigkeit sicherer Atommülltransporte und -lagerung gesprochen wird (ohne daß auch nur ein Halbsatz zum Thema Ausstieg aus der Atomenergie zu finden ist). Atomkraftwerke sollen weltweit auf den modernsten technischen Standard gebracht werden. Und noch ein Kapitel in der Agenda müßte UmweltschützerInnen die Haare zu Berge stehen lassen: Zur Förderung der Privatwirtschaft sollen Beteiligungsrechte in Umweltdingen eingeschränkt werden. Die Industrie soll bei der politischen Beteiligung bevorzugt werden, nirgends sind die Formulierungen so weitgehend wie in diesem Kapitel. Frauen, Kinder, ArbeitnehmerInnen – ihnen allen ist ein Kapitel mit netten Sprüchen gewidmet, nur bei der Beteiligung der Industrie finden sich konkretere Positionen. Danach sollen Unternehmen zukünftig gleichberechtigt mit PolitikerInnen die Zukunft des Landes bestimmen.

Anzeige

iz3w
► blätter des informationszentrums 3. welt

Aktuelle Themenschwerpunkte:
► Heft 223: Arbeit ► Heft 224: Global Governance ► Heft 225: Biopolitik ► Heft 226: Entwicklungspolitik

iz3w ist die größte unabhängige deutsche Fachzeitschrift zu Nord-Süd Beziehungen. Einzelheft DM 8,– Alle sechs Wochen neu.

iz3w ► blätter des informationszentrums 3. welt · Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
Telefon (0761) 74003 · Telefax (0761) 709866
E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de

Die Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Blicke in die Agenda 21: Im Verkehrsbereich ist das Hauptziel die *»Förderung kosteneffizienter verkehrspolitischer Konzepte«* und nur *»gegebenenfalls Programme zur Begrenzung, Reduzierung oder aber Kontrolle von Schadstoffemmisionen in die Atmosphäre«* Als eine Maßnahme werden auch *»umweltverträgliche Straßennetze«* gefordert.

Kapitel 16 beschreibt die Biotechnologie als ideale Fortschrittstechnolgie. *»Als innovativer, wissensintensiver Forschungsbereich bietet sie eine Vielzahl nützlicher Verfahrenstechnologien für vom Menschen vorgenommene Veränderungen der DNS (Erbgut), oder des genetischen Materials in Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen, deren Ergebnis überaus nützliche Produkte und Technologien sind«*. ... Die Sicherheitsverfahren sollen lediglich *»unter Berücksichtigung ethischer Gesichtspunkte«* festgelegt werden. .... unter anderem wird der internationale Patentschutz auf Leben hervorgehoben...

Müllverbrennung als *»Rückgewinnung der Energie aus Abfällen«* ist ausdrücklich gleichberechtigt zur Wiederverwendung/Recycling. Das Problem der *»kerntechnischen Anlagen«* wird auf die sichere Zwischen- und Endlagerung reduziert. Oder es wird sogar in den verklausulierten Formulierungen folgendes gefordert:

(...) Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Organisationen, a)... b)im Rahmen des Londoner Dumping-Übereinkommen (...) darauf hinwirken, daß die Bemühungen um die Beendigung der Untersuchungen über einen Ersatz des freiwilligen Moratoriums über die Einbringung schwachradioaktiver Abfälle ins Meer durch ein Verbot unter Berücksichtigung des Vorsorgegrundsatzes beschleunigt werden, damit eine gut informierte und baldige Entscheidung in dieser Frage getroffen werden kann. (...) Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Institutionen, den Entwicklungsländern helfen, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen benötigte Infrastruktur aufzubauen und/oder zu verstärken; dazu gehören ... Einrichtungen für die Behandlung, Konditionierung sowie Zwischen- und Endlagerung (...).

In Kapitel 30 wird die *»zentrale Rolle« der Privatwirtschaft* einschließlich transnationaler Unternehmen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes betont. Die privaten Unternehmen sollen *»gleichberechtigte Partner bei der Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen ... der Agenda 21 sein«*(...).

Hierbei fällt die sehr weit gehende Formulierung *»gleichberechtigte Partner«* (...) auf. Kapitel 24 spricht von der *»aktiven Einbeziehung der Frau«*. In Kapitel 25 wird gefordert, die Jugendlichen aktiv an Entscheidungsprozessen zu »beteiligen«. ... Die indigenen Bevölkerungsgruppen (Kapitel 26) sollen »gefördert und gestärkt werden«. Mit den NGOs soll es nach Kapitel 27 »eine möglichst intensive Kommunikation und Zusammenarbeit geben« und die Arbeitnehmer (Kapitel 29) sollen »umfassend ... beteiligt werden«. Bei keiner Bevölkerungsgruppe gehen die Formulierungen so weit wie bei der Definition der Einbeziehung der Privatwirtschaft.

Agenda-Kritik Nr. 3: Lokale Bürgerbeteiligung ist gar nicht gewünscht

Daß in der Agenda ein Aufruf zu einer »Lokalen Agenda« enthalten sei, bei deren Bearbeitung die BürgerInnen gleichberechtigt mitreden sollen, ist schlicht erfunden. Tatsächlich sind die Kommunen nur aufgerufen, mit den BürgerInnen (und der Wirtschaft, das wird gleich mit benannt!) zu reden, um deren Wissen für die eigene Arbeit verfügbar zu machen. Zitat: Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine »kommunale Agenda 21« beschließen.

Agenda-Kritik Nr. 4: Wir verlieren unser klares Profil

Bundesatom und -umweltministerin Angela Merkel weiß, was sie an der Agenda hat. Wenn sie (wie im Dezember 1996) einlädt, bundesweite Agenda-Arbeitskreise zu gründen, kommen illustre Gäste aus Wirtschaft (Chemie-/Auto-), Wissenschaft, Ministerien und Verbänden (BUND, Grüne Liga, Beamtenbund...). Dort, wo die Lokale Agenda vor Ort zum Thema wird, kommen am »Runden Tisch« ebenfalls Vertreter aus Parteien, Wirtschaft, Kirchen, Verbänden usw. zusammen. Muß das nicht stutzig machen? Die Vertreter der härtesten, umweltzerstörenden Industrie brauchen vom Agenda 21-Prozeß nichts zu fürchten. Überall geht dort der Dialog vor. Es gibt tatsächlich keine Passage im Rio-Dokument, die die Großindustrie grundsätzlich in Frage stellt oder auch nur kritisiert. Der Schutz der Menschenrechte angesichts eines liberalisierten Welthandels gerät z.B. vollständig unter die Räder, kommt in der Agenda nicht vor. Dafür läuft die Expo 2000 in Hannover als Agenda-Projekt – das ist doch was zum Aufschauen für die kleinen UmweltschützerInnen, die ein solch großes Umweltprojekt, für das so viel gebaut und umgekrempelt wird, niemals hinkriegen würden. Ein weltweites Happening mit dem Agenda Banner – »Das, was zu tun ist.« (Übersetzung des Wortes »Agenda«).

Agenda-Kritik Nr. 5: UmweltschützerInnen werden beschäftigt

Die Agenda 21 enthält viele Seiten mit vielen Kapiteln mit vielen, vielen Worten. Die Agenda-Bündnisse zeichnen sich ebenfalls vor allem durch viele Worte aus. Das merken immer mehr Menschen und Medien, ohne daß die Agenda-Begeisterung bisher merklich abgenommen hätte: *»Einen Aufstand muß man machen, und nicht nur von ihm reden. Bisher wurde viel geredet, unglaublich wenig gemacht, obwohl es unzählige Menschen gibt, die sich für nachhaltige Politiken und Projekte einsetzen«*. (Politische Ökologie 5/96)

Frankfurter Rundschau vom 24.10.95: *»Die einst agilen, spontanen und die Massen mobilisierenden Umweltverbände und -initiativen drohen immer mehr zu Bürohengsten zu verkommen. Der Kleinkrieg mit Politik und Administration bindet die Kräfte...«*

Agenda-Kritik Nr. 6: Alle werden verarscht!

Agenda ist ein Mythos geworden. Dafür wurde gelogen, daß sich die Balken biegen. Die Kritik von 1992 wurde ausgeblendet. Selbst die Nachfolgekonferenzen von 1995-97 haben keinen Verdacht geschürt, daß die Sache vielleicht grundsätzlich faul ist. Der Mythos ist Ergebnis einer Darstellung der Agenda zunächst von Seiten der Mächtigen, dann der typischen MitläuferInnen (LobbyistInnen, auch die Umweltverbände) und schließlich einer immer breiteren Szene von Menschen und Institutionen, die mit dem Begriff Agenda inzwischen gutes Geld machen: Verlage, Moderatorinnen, Bildungseinrichtungen. Der Blick in die Hefte, die die Agenda vorstellen, ist offenbar überall vernebelt. Sonst müßte auffallen, daß fast ausnahmslos bei der Vorstellung der Inhalte nicht nur Dinge gesagt werden, die so nicht in der Agenda stehen (z.B. die Beteiligungsrechte von BürgerInnen), sondern vor allem auch die kritischen Texte einfach weggelassen werden. In der Agenda wird der Ausbau der Atom- und der Gentechnologie in zwei umfangreichen Kapiteln gefordert. In den Broschüren und Ausstellungen, die vorgeben, die Inhalte der Agenda zu beschreiben, fehlen diese Kapitel immer.

Agenda-Kritik Nr. 7: Die Falschen waren unterstützt

Industrie und Bundesumweltministerin haben gut lachen: Die meisten Umweltgruppen, vor allem aber die etablierten Verbänden unterstützen die Agendaarbeit und die Nachhaltigkeitsdebatte. Neue Modewörter wie »Nationaler Umweltplan« geistern herum und werden über Jahre alle Kapazitäten binden, ohne das etwas herauskommt. Wer heute Agendaarbeit macht, kann auf gute Presse, Zuschüsse oder vielleicht sogar ein Pöstchen im neu geschaffenen Agendabüro hoffen. Auf Landes-, Bundes- und überregionaler Ebene aber haben ganz andere Kreise die Agendathematik besetzt: Umweltministerin Merkel, die EXPO und andere. Die RWE-Zeitung heißt »Agenda«. Sie können sich auf die vielen hundert (oder gar schon tausend?) Gruppen vor Ort berufen, die mit ihnen einer Meinung sind: Agenda ist die Zukunft. Wer vor Ort die Agenda und ihre Ziele unterstützt, fällt denen in den Rücken, die auf überregionaler Ebene gegen Gen- und Atomtechnik sowie gegen die Deregulierung und zunehmende Macht der Großkonzerne kämpfen. Ist es ein Wunder, daß dieselben Umweltorganisationen, die bundesweit Agenda und Nachhaltigkeitsdiskurs fördern, jetzt bei der EXPO mitmachen wollen oder Ökosteuerreformvorschläge machen, bei denen die Großenergieverbraucher Ausnahmen erhalten sollen?

Da hilft es auch nichts, wenn sich Agenda-Leute vor Ort raus reden, daß die Agenda zwar problematisch sei, aber sie vor Ort ja was Besseres daraus machen. Dadurch, daß sie ein Dokument stützten, in dem Gen- und Atomtechnik befürwortet werden und die Stärkung der Privatwirtschaft zum Ziel aufsteigt, machen sie wirksame Umweltschutzarbeit landes- und bundesweit schwieriger. Sie stehen (mindestens symbolisch) einfach auf der Seite von Merkel, RWE usw.

Agenda-Kritik Nr. 8: Geld als Schmiermittel

Ohne Geld und Pöstchen wäre aus der gescheiterten Rio-Konferenz '92 niemals der Mythos entstanden, den die Agenda jetzt darstellt. Dazu war Geld nötig, sehr viel sogar. Es floß auf unterschiedlichen Ebenen. Zuerst wurden Bundes- und Landesregierungen aktiv (egal, wer dort gerade regierte). Arbeitskreise zum Thema Nachhaltigkeit bzw. Agenda banden die Hauptamtlichen der Umweltverbände. Aber dort wurde auch über Projekte diskutiert, Finanzierungen ausgelotet – das Mitmachen lohnte sich also.

Auf kommunaler Ebene dauerte alles zunächst recht lange. Geld half auch hier. Die Landesregierung stellte 6 Mio. DM zur Verfügung für alle, die Agenda machen wollten. Das half. Ob CDU- oder SPD-regiert, viele Kommunen fingen an. In den Metropolen laufen die Agenda-Prozesse schon länger. Sie sind in der Regel mit einigen hauptamtlichen Stellen verbunden, Projekt-und Öffentlichkeitsmitteln. Und wer kann dazu schon Nein sagen ...

Fazit: Selber Maßstäbe setzen!

Im Zuge der Agenda-Aktivitäten vor Ort werden BürgerInnen eingeladen und häufig kommen etliche Menschen zusammen. Das ist neu, UmweltschützerInnen haben sich lange gar nicht um BürgerInnen-Beteiligung geschert. Sie haben in diesem Bereich sicher »Hausaufgaben« zu machen. Das Ziel einer breit getragenen Gesellschaftsveränderung und echten Umweltschutzes ist sicher nur mit BürgerInnen-Rechten zu erreichen. Das ist aber kein Argument für die Agenda, denn mehr Rechte für die Menschen will sie gar nicht. Anhörungen und runde Diskussions-Tische sind im Rio-Papier aufgeführt. Dann machen die PolitikerInnen den Rest – oder auch nicht. BürgerInnenentscheide z.B. sind Elemente einer echten Mitbestimmung. Es gibt da gute Vorschläge und aktive Gruppen – die Agenda braucht es auch hier nicht.

Bündnisarbeit ist eine gute Sache und wichtig, um Zielen näher zu kommen. Aber immer muß dann die Frage geklärt sein, ob ein Bündnis mit jedem diesem Ziel noch dienlich sein kann. Jede Umweltgruppe, die sich von Merkel für einen Arbeitskreis gewinnen läßt, der nichts erreichen soll, muß sich fragen, ob das wirklich der Weg sein kann. Jede Umweltgruppe, die die Agenda 21 hochhält, muß daran denken, daß sie damit klare Positionen gegen Gentechnik und Atomenergie verrät. Es stehen auch vernünftige Sachen in dem Rio-Papier. Aber das sind Forderungen, auf die die Umweltbewegung vorher schon gekommen ist, die sie auch vertrat, ohne dabei ein Gesamtwerk salonfähig zu machen, das ganz vielen Forderungen der Umweltbewegung total zuwider läuft.

Es ist eben der faule Kompromiß, den alle Regierungs-, Wirtschafts- und NGO-VertreterInnen nach langen Diskussionen unterschreiben konnten. Übrigens: Die in der Agenda angepeilten Prozesse sollten zum Nachfolgegipfel in New York bereits abgeschlossen oder in vollem Gange sein. Der New Yorker Gipfel ist rum, nichts ist passiert. Soweit hat sich die Agenda schon selbst ins Abseits gespielt.

Jeder Teil der Ökologiebewegung könnte jetzt anfangen und endlich die heilige Kuh schlachten: Wo bleiben neue Maßstäbe und wer fordert lautstark Umweltschutz ohne doppelte Moral? Es ist möglich, für eigene Ideen und Konzepte BündnispartnerInnen zu finden und gemeinsam was zu erreichen, ohne daß der Rest der Menschheit abschaltet und samt seiner Umwelt dem Dialog mit der Wirtschaft geopfert wird!●

Dieser Text stammt von Jörg Bergstedt aus dem Institut für Ökologie. Dabei wurden Texte von Jutta Sundermann (damals in der Projektwerkstatt in Reiskirchen-Saasen) und Olaf Nitsch (ebenfalls aus dieser Projektwerkstatt) verwendet.

HINWEIS:

Der Mißbrauch der Agenda zur Ausbremsung und Verfilzung der Umweltschutzarbeit wird in einem im April 1998 erscheinenden Buch »Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz« umfangreicher dargestellt (IKO-Verlag in Frankfurt, 39,80 DM, Subskription bis 1.4.98: 32,- DM). Weitere Themen dieses Buches: Abhängigkeiten der Umweltschutzorganisationen von Wirtschaft und Staat. Esoterische und rechte Positonen in Umweltschutzgruppen und Ökokommunen. Perspektiven aus dem Filz heraus.

TAXI-PROZESS IN SACHSEN:

Beförderungsrecht durch Gerichte eingeschränkt

Mit einer Kundgebung und einem Taxenkonvoi durch die sächsische Stadt Görlitz haben mehr als 50 TaxifahrerInnen aus Hamburg, Berlin und der grenznahen Region versucht, einem Kollegen aus Zittau bei seiner Berufungsverhandlung vor dem Görlitzer Landgericht beizustehen.

Redaktion Heidelberg (taz/jW) ● Jedoch, das Landgericht bestätigte am 19.12.1997 das Urteil aus der ersten Instanz gegen den 46jährigen Taxifahrer Bernd Ludwig. Ein Jahr und vier Monate soll der Taxifahrer »wegen Einschleusens von Ausländern« in drei Fällen in den Knast.

Während der Staatsanwalt dem Taxifahrer gewerbsmäßiges Schleusen unterstellte, hatte der Angeklagte darauf verwiesen, daß er seiner Beförderungspflicht ordnungsgemäß nachgekommen sei und die »Geschleußten«, drei jugoslawische Flüchtlinge, gemäß den Anordnungen des Bundesgrenzschutzes (BGS) faktisch daraufhin abgeklopft hatte, ob es sich bei ihnen um »Illegale« handeln könne.

Bernd Ludwig erläuterte dem Gericht in Görlitz noch einmal ausführlich sein Vorgehen. Er habe die Fahrgäste lediglich vom Marktplatz in Zittau zum Bahnhof nach Bautzen befördern wollen, sich aber die Pässe zeigen lassen: »Man hört ja soviel, auch daß einige ihre Pässe wegschmeißen, um nicht erkannt zu werden.« Die Zeugen des BGS, die den Taxifahrer 1995 gestellt hatten, gingen mit erheblichen Gedächtnislücken in die Verhandlung.

Auch erhärtete sich der Verdacht, daß der Hauptbelastungszeuge Steffen D. informell mit den Grenzschützern zusammenarbeitet. Bei diesem Belastungszeugen handelt es sich um einen Taxikollegen, der selbst mehrfach angeklagt war, als Kronzeuge aber gegen fast alle Taxifahrer in Zittau aussagte und somit selbst nur gering bestraft wurde. Nach eigenem Bekunden war er früher selbst als Schleuser tätig. Der Anwalt des Angeklagten konnte belegen, daß Steffen D. 1995 mindestens zehnmal mit seinem Handy beim BGS angerufen hatte. Um die Aussagen seines Kronzeugen zu retten, führte die Staatsanwaltschaft überraschend

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

den Ermittlungsleiter des BGS, Jens W., als weiteren Zeugen ein.

Eine von diesem vorgelegte 100seitige Expertise über die Schleusertätigkeiten im Grenzgebiet zu Polen und Tschechien kannte die Verteidigung jedoch noch nicht. Aus diesem Grund wurde der am 17.12. stattfindende Prozeß auf den 19.12. vertagt.

Prozeßflut

Anklagen wie gegen Bernd Ludwig stehen in den Grenzkreisen Sachsen, aber auch Brandenburgs auf der Tagesordnung. Der BGS hat bei seinem Einsatz gegen illegale EinwandererInnen auch die TaxifahrerInnen im Visier. Auf sie werde regelrecht »Jagd gemacht«, schildert einer der Chauffeure aus Zittau die Situation. Dazu zählten willkürliche Kontrollen und Festnahmen. So wurde beispielsweise Marco Uhlig, Taxifahrer aus Chemnitz, im August 1996 bei einer Fahrt mit einigen Ausländern nach Berlin kurz vor dem Ziel gestoppt. Unter dem Vorwurf, er hätte seine Fahrgäste illegal über die Grenze geschleust, wurde er mehr als 24 Stunden festgehalten und verhört. Doch die Ausländer waren nach seinen Worten am Chemnitzer Bahnhof eingestiegen und »sahen ganz normal« aus. Was aus ihnen geworden ist, hat Uhlig, dessen Gerichtsverhandlung am 3. Februar beginnen soll, nie erfahren.

Nach Angaben der Berliner Forschungsgesellschaft Flucht und Migration zufolge wird mittlerweile gegen 22 von 73 im Landkreis registrierten TaxifahrerInnen ermittelt.

Handlangerdienste

Eine Informationskampagne des Bundesinnenministeriums degradiert die TaxifahrerInnen zu Handlangern. Auf Flugblättern warnt der BGS davor, sich von Schleuserbanden mißbrauchen zu lassen und »offensichtlich illegal eingereiste Personen« zu befördern. Doch wie das zu erkennen sein soll, ist nicht nur Thomas Frank, Chaffeur aus Zittau, unklar. Auch bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) Dresden und dem Sächsischen Landesverband der Taxi- und Mietwagenunternehmer hieß es auf Anfrage, daß die Unterschiede für den/die TaxifahrerIn schwer auszumachen sind. »Wir haben kein Recht, jemand auszusortieren«, erklärte Wolfgang Sasse, Vorsitzender des Branchenverbandes in Sachsen. Zuvor hatten die beiden Verbände in ihren Zeitschriften die BGS-Forderungen übernommen und Tips gegeben, wie illegale Flüchtlinge erkennbar sein könnten. Die Fahrer sollen zum Beispiel »auf das äußere Erscheinungsbild, Kleidungszustand und andere äußere Auffälligkeiten« achten, ebenso auf Aufnahme und Zielort, und bei einem Verdacht »im eigenen Interesse« BGS oder Polizei über einen Code informieren, schrieb die IHK Dresden.

»Görlitzer Erklärung«

200 TaxifahrerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet haben die »Görlitzer Erklärung« unterzeichnet, in der sie alle Versuche des BGS zurückweisen, ihnen »Kontrollpflichten« gegenüber den Fahrgästen aufzubürden.

Weiter heißt es: »Gegen geltende Gesetze verstößt nicht, wer alle Menschen befördert, sondern wer dazu aufruft, eine bestimmte Gruppe von Menschen von der Beförderung auszuschließen. (...) Wir werden auch in Zukunft Menschen »ausländischen Aussehens« mit schlechten Deutschkenntnissen, viel Gepäck und nasser Kleidung zu den geltenden Beförderungsbedingungen zu ihrem Fahrtziel bringen.« Die Görtlitzer Erklärung greift indirekt auch die scharfen Überwachungsmaßnahmen des Bundesgrenzschutzes an: »Zu viele Flüchtlinge haben bereits, gerade an der östlichen Grenze Deutschlands ihr Leben verloren: durch Ertrinken, Erfrieren, Ersticken.«●

RESOLUTION DER HAMBURGER TAXI FUNK & SERVICE E.G.:

Keine Instrumentalisierung von TaxifahrerInnen

Am 2.11.97 verabschiedete die Generalversammlung der Hamburger »das taxi e.G.« eine Resolution zur Verurteilung zweier Taxifahrer in Sachsen, denen »Einschleusung von Ausländern« vorgeworfen wurde und zu dem Versuch von Bundesgrenzschutz und sächsischer Behörden, TaxifahrerInnen für ihre rassistische Politik zu instrumentalisieren. Nachfolgend dokumentieren wir die Presseerklärung vom 3.12.97 der Genossenschaft.

Im März 97 wurden zwei Taxifahrer aus der sächsischen Grenzstadt Zittau vom örtlichen Amtsgericht zu Haftstrafen von jeweils mehr als einem Jahr verurteilt. Ohne daß ihnen eine konkrete Straftat nachgewiesen wird, lautet der Vorwurf des Gerichts, sie hätten »Ausländer eingeschleust«, weil sie – wissentlich oder nicht, das sei dahingestellt – sogenannte »illegal Eingereiste« befördert hätten. Obwohl die betreffenden Fahrten ohne Grenzüberschreitung vonstatten gingen, sei von den Taxifahrern zu erwarten, daß sie GrenzgängerInnen an ihrem Aussehen erkennen. Im Landkreis anzutreffende »Ausländer« verfügten nicht über das Einkommen, sich eine Taxifahrt leisten zu können.

In diesem Zusammenhang versucht der Bundesgrenzschutz das Taxengewerbe in seine Tätigkeiten einzubinden. Im »Taxi-Jornal« (8/97) für die Region Halle-Leipzig wird gefordert: »Nehmen Sie keine offensichtlich illegal eingereiste Personen im Taxi mit.« Den örtlichen TaxifahrerInnen wird ein spezielles Codewort zu Verfügung gestellt, mit dem sie sich im Zweifel bemerkbar machen sollen, um die Identität »fraglicher Personen« überprüfen zu lassen. Für den Fall einer Ordnungswidrigkeitsanzeige eines abgelehnten Fahrgastes verspricht das zuständige Landratsamt, beschwere sich jemand, der zu »unrecht« nicht befördert worden sei, werde man die Situation »entsprechend einordnen und entlastend betrachten.«

Durch dieses skandalöse Vorgehen verlieren Menschen im Raum Zittau mit vermeintlich nicht »deutschem Aussehen« ihr uneingeschränktes Recht auf Beförderung. EinwanderInnen laufen Gefahr aus einem Taxi heraus im nächsten Abschiebeknast zu verschwinden, um dann mittels unerträglicher Prozeduren des Landes verwiesen zu werden. TaxifahrerInnen in der Region werden unter Androhung von Haftstrafen genötigt, Fahrgäste mit »fremdländischem Erscheinungsbild« bei deutschen Behörden zu denunzieren. Damit wird das Taxengewerbe als fester Bestandteil der menschenverachtenden Abschiebepraxis instrumentalisiert.

»Wir lassen uns nicht zwingen, an der Ausgrenzung, Kriminalisierung und Verfolgung unserer Mitmenschen teilzunehmen.« So läßt sich die Meinung der Hamburger Generalversammlung von *das taxi* wiedergeben. Die GenossInnen des Taxirufs verabschiedeten einstimmig eine Resolution, in der sie ihre Solidarität mit den betroffenen Fahrgästen und den sächsischen Kollegen ausdrükken. Im Text heißt es: »Wir weigern uns ausdrücklich zur Denunziation illegalisierter Menschen beizutragen. Wir lassen uns nicht zu Handlangern einer rassistischen Politik machen.« Zu den Vorgängen in Zittau erklären Mario Menzerolf und Jo Ferschen vom Vorstand der *das taxi e.G.*: »Jeder Fahrgast hat ein Recht auf Anonymität. Auf bundesweiter Ebene sind jetzt alle Taxenverbände gefordert. Das geltende allgemeine Beförderungsrecht darf nicht durch die sächsische Gerichtsbarkeit gebrochen werden. Polizeiliche Tätigkeiten gehören zurecht nicht in den Aufgabenbereich des Taxengewerbes. Es gilt zu verhindern, daß das Unrecht von Zittau als neue bundesdeutsche Rechtsauffassung etabliert wird. Die Genossenschaft *das taxi* wird sich weder durch die Androhung von Haftstrafen noch durch anderweitige staatliche Schikane zur Hilfsexekutive umgestalten lassen. Gemäß unserem allgemeinen Beförderungsauftrag werden wir weiterhin jede Tour ausführen, und zwar unabhängig davon, ob der betreffende Fahrgast sich legal oder illegal in Hamburg aufhält.«

Am 16. Dezember findet im Landgericht Görlitz das erste Berufungsverfahren zu den Zittauer Urteilen statt. Aus diesem Grunde ruft *das taxi* gemeinsam mit der *»Kreuzberger Taxigenossenschaft«* für diesen Tag zu einem Taxenkonvoi nach Görlitz auf. Das Motto wird heißen: »Kein Mensch ist illegal! Offene Grenzen, Bleiberecht für alle!«●

das taxi Funk & Service eG, Humboldtstr.75, D-22083 Hamburg, Geschäftsleitung: Tel: (0 40) 22 11 21, Fax: 22 42 48, e-mail: das_taxi@compuserve.com

5 JAHRE SCHALKER GEGEN RASSISMUS:

Mit Witz, Humor und Spaß am Fußball für Völkerverständigung

»Der Arbeitgeber verpflichtet sich, den Arbeitnehmer rechtzeitig vor Spielen des FC Schalke 04 (national und international) freizustellen, so daß eine rechtzeitige Anreise zu Spielbeginn erfolgen kann«, heißt es in Paragraph acht des Arbeitsvertrages, den Fußballfan Frank P. aus dem Siegerland mit seinem Arbeitgeber ausgehandelt hat. Dokumentiert wird der Vertrag in der neusten Ausgabe von »Schalke Unser«, dem Organ der Schalker Fan-Initiative gegen Rassismus.

Kai Böhne, Redaktion Göttingen ● Die Initiative entstand im Herbst 1992 in Gelsenkirchen aus Mitgliedern und Fans des FC Schalke 04. »Wir wollen mit Menschen, die aufgrund von Folter, Armut oder Krieg zu uns geflüchtet sind und bei uns Schutz suchen, zusammenleben können. Fußball und den Sport überhaupt verstehen wir auch als Mittel der Völkerverständigung«, hieß es in einer ersten Stellungnahme der Gruppe.

Weil sie sich von tumben rassistischen Gesängen auf den Rängen abgrenzen wollten und auch nicht wollten, daß ihr Fußball von Sponsoren und Privatsendern vereinnahmt wird, gründeten sie im April 1994 ihr Sprachrohr *Schalke Unser* mit einer 2.000er Startauflage. Schon ein Jahr später mußte die Auflage auf 5.000 Exemplare erhöht werden, da ihnen im Stadion jede neue Ausgabe erwartungsvoll aus den Händen gerissen wurde. Heute beträgt die Auflage bereits 8.000 Hefte.

Ein Reisebericht der aktuellen Ausgabe schildert den Ausflug einer Gruppe Schalke-Fans mit Spieler Yves Eigenrauch im Rahmen eines Fanprojektes zum polnischen Erstligisten Lech Posen. Beklagt wird die Gewalttätigkeit in der polnischen Liga. In diesem Jahr seien vier Personen bei Schlägereien zu Tode gekommen, im vergangen Jahr sogar mehr. Es sei nicht Aufgabe der Schalker, die polnischen Fußballfans mit erhobenem Zeigefinger zu belehren, dennoch habe man versucht, ihnen ein anderes Bild von Fan-Kultur zu präsentieren.

»Füllt einfach den Abo-Coupon aus«, wird Göttinger Postbeamten, die in der Vergangenheit mehrfach Sendungen wegen formaler Mängel aufgehalten hatten, geraten – »und Ihr bekommt das neue *Schalke Unser* zugeschickt ... falls Ihr eine Ausgabe nicht während Eurer Dienstzeit durchackern könnt.« Mit Witz und Humor und vielen Sticheleien gegen Lokalrivalen Borussia Dortmund – von dem man nur indirekt als dem Verein aus der Nähe von Lüdenscheid spricht - berichtet *Schalke Unser* über sämtliche Kleinigkeiten und Kuriositäten rund um den Club Schalke 04.

»Bei Schnee sprühe ich jeden Schuh kurz vor Anpfiff mit einer Petroleumspritze ein«, verrät Zeugwart Flori Simon in einem Interview; der Schnee bleibe dann längere Zeit nicht unter dem Schuh kleben. Diesen Geheimtip habe bereits Fußballikone Ernst Kuzorra befolgt.●

Schalke Unser, Fan-Zeitung, Nr. 16, 68 Seiten, 1,50 DM plus Porto. Kontakt über Schalker Fan-Initiative e. V., Postfach 10 24 11, 45824 Gelsenkirchen.

SAALFELD: WIE ES BEGANN

Antifaschismus

Antifaschistische Mobilisierung und Reaktionen

Auf Initiative lokaler Gruppen fand sich Mitte Juli ein thüringenweites Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien und antifaschistischen Gruppen zusammen, um auf die unhaltbare Situation in Saalfeld aufmerksam zu machen und der rechten Bedrohung auch auf der Straße mit einer Demonstration entgegenzutreten. Ziel war es, eine entschlossene und gewaltlose Veranstaltung durchzuführen, die Möglichkeiten für eine verstärkte antirassistische und antifaschistische Arbeit in der Stadt eröffnen sollte. Auch die weit verbreitete Normalität des Wegsehens sollte zum Thema gemacht werden.

Foto: Bernd Hecker

Doch schon kurz nach der ersten Ankündigung des Vorhabens, eine solche Demonstration unter dem Motto *»Gegen den rechten Konsens«* durchführen zu wollen, formierte sich in der Stadt breiter Widerstand dagegen. Dem folgte wenig später eine Anmeldung einer Demonstration der NPD für den selben Tag und den selben Ort. Bereits mehr als zwei Monate vor dem eigentlichen Demo-Termin hatte sich damit eine faktische Interessenkoalition gebildet, deren gemeinsamer Nenner im Verhindern der Antifa-Demo bestand und die damit schließlich auch erfolgreich war. Den **Startschuß** in der Saalfelder Öffentlichkeit gab dabei das Regionalblatt *»Ostthüringer Zeitung«* (OTZ). Am 7. August, noch bevor überhaupt eine Anmeldung neonazistischer Kreise vorlag, orakelte ihr Kommentator bereits über die Planungen der *»Gegenseite, die dem geplanten Aufmarsch nicht tatenlos zusehen wird«* um folgendermaßen zu enden: *»Selbst wenn ein Großaufgebot von Polizei eine Eskalation verhindern würde, das Etikett, das sich eine Stadt mit solchen Auftritten verschaffen kann, klebt auch noch dann, wenn der 'schwarze Block' und die echten Nazis längst wieder abgereist sind. Rudolstadt kann davon ein Lied singen.«*

Nicht lumpen ließ sich auch der aus Bayern importierte Polizeichef Saalfelds, Günther Kick, der, ebenfalls in der OTZ, dem Oktobertermin bereits Anfang August mit *»gemischten Gefühlen«* entgegensah, um dann gänzlich ungemischt festzustellen: *»Im Augenblick machen uns die sogenannten Rechten weniger Sorgen«*. Diese Aussage hat er dann in den folgenden Wochen nicht nur ständig wiederholt, sondern auch in seinem Sinne konkretisiert, wie die Thüringer Landeszeitung am 10. September nach einem Interview berichten konnte. Hier sprach Kick »von 'weitgehender Ruhe' in der Region«.

Der Polizeichef scheint die eigenen Zahlen entweder nicht zu kennen oder nicht kennen zu wollen: Für 1996 weist die Saalfelder Statistik immerhin 231 rechte und demgegenüber ganze 9 linke Straftaten aus.

Am 10. September folgte auf Initiative des Bürgermeisters der große Schlag. Auf einer eiligst einberufenen Sonderstadtratssitzung wurde ein *»Offener Brief«* präsentiert, in dem die *»Aufrufer zur Demonstration«* unmißverständlich aufgefordert wurden, »die für den 11. Oktober geplante Demonstration abzusagen, um noch größeren Schaden von der Stadt Saalfeld und der Öffentlichkeit abzuwenden.« Gemeint war damit aber nicht etwa die NPD, die inzwischen eine Gegendemonstration angemeldet hatte und dabei offiziell von militanten Neonazistrukturen wie dem Thüringer Heimatschutz unterstützt wurde, sondern ausschließlich der UnterstützerInnenkreis der Demonstration »Gegen rechten Konsens«.

Die Forderung, die *rechte* Demo abzusagen oder gar zu verbieten, findet sich mit keinem Wort. Weitere Textpassagen belegen, warum: »Der Aufruf zu der Demonstration am 11. Oktober hat – wie bekannt ist – eine Gegendemonstration der rechten Szene am gleichen Tage provoziert. Auch diese Gegendemonstration ist inzwischen bundesweit propagiert worden. Damit ist die Gefahr von politisch motivierten gewalttätigen Ausschreitungen beträchtlich gewachsen. Es muß mit großer Sorge und Betroffenheit konstatiert werden, daß mit dem Aufruf zur Demonstration am 11. Oktober der Stadt Saalfeld und ihrer Region bereits im Vorfeld der Demonstration ein beträchtlicher, nicht wieder gut zu machender öffentlicher, politischer, sozialer und damit nicht zuletzt auch wirtschaftlicher Schaden zugefügt wurde.«

Der Brief wurde von der Mehrheit der herbeigeeilten StadträtInnen unterzeichnet. Die Marschrichtung stand längst fest: Ein Verbot muß her!

Das Verbot und der Tag der Demonstration

Obwohl bereits Wochen vor dem 11. Oktober mit einem Verbot zu rechnen war, erreichte die Verbotsverfügung des Landratsamtes die Anmelder der Antifa-Demo erst am 8.11. . Bis zu diesem Zeitpunkt war das Klima in Saalfeld kontinuierlich weiter angeheizt worden, wurde seitens der Verantwortlichen und der örtlichen Presse eine Stimmungsmache betrieben, die offenkundig auf Konfrontation mit den VeranstalterInnen und ein Verbot hinauslaufen sollte.

Im gleichen Zeitraum nahm aber auch die von einer solchen Stimmungslage beflügelte rechte Gegenmobilisierung stark zu. Schließlich riefen bundesweit mehrere Nationale Info-Telefone und neonazistische Homepages dazu auf, nach Saalfeld zu kommen, wobei sich der Schwerpunkt der Mobilisierung zunehmend von der NPD hin zu militanten Kameradschaftsstrukturen verschob. Mitte September verteilte die NPD Flugblätter, in denen sie folgendes Angebot unterbreitete: »Um aber der Stadt Saalfeld ein »kleines« in Schutt und Asche zu ersparen, ein Zeichen der fairen Kooperation zu setzen, werden wir auf unser Recht der Demonstration verzichten, wenn sich der politische Gegner auch zu dieser, zweifelsfrei ehrenvollen, Reaktion herabläßt«. Die eigentlichen Motive für dieses schrittweise Zurückziehen blieben selbstverständlich unerwähnt. Nämlich erstens die Befürchtung, daß ihr die Mobilisierung und in Folge dessen auch das Demogeschehen entgleitet und zweitens, daß im Vergleich zur Antifa-Demonstration die rechte Gegendemo allzu mickerig daherkommen würde.

Fadenscheinig und verleumderisch!

Den UnterstützerInnenkreis der Demonstration »Gegen rechte Gewalt« erreichte die Verbotsverfügung des Landratsamtes drei Tage vor dem Termin der Veranstaltung. Auf 16 Seiten wurden hier alle Klischees, Verleumdungen und persönlichen Diffamierungen bemüht, die brauchbar erschienen, um das zuvor selbst hervorgerufene Klima zu bestätigen. So wurden etwa alternative und linke Jugendliche aus Saalfeld und ihre Jugendeinrichtungen bzw. ihr Wohnprojekt pauschal diffamiert, indem es hieß: »Als Ausgangspunkte von schweren Sicherheitsstörungen sind nach dienstlichen Erkenntnissen die Besucher des Jugendclubhauses der Stadt Saalfeld (dazu gehört ein großer Teil der Jugendlichen der Stadt, d.V.) und die Bewohner des Wohnhauses Schloßberg 01 in Saalfeld anzusehen. Dort werden gezielt Straftaten verabredet und Straftäter erhalten nach begangenen Taten Anonymität und Schutz vor strafrechtlichen Verfolgungs- und polizeilichen Zugriffsmaßnahmen«. Oder aber es wurde dem UnterstützerInnenkreis Konspiration vorgeworfen:

»Der konspirative Charakter der Demonstrationsvorbereitung wird auch dadurch nachgewiesen, daß bei einer in dieser Einladung angegebenen Telefonnummer ausdrücklich hingewiesen wird, daß dieses Telefon abgehört wird«. Und natürlich durften weder die Hinweise auf alle möglichen Ereignisse der letzten Wochen, Monate und Jahre quer durch das gesamte Bundesgebiet fehlen noch die haltlose Unterstellung, AntifaschistInnen würden bei ihrem Vorgehen gegen Rechte auch deren Tötung billigend in Kauf nehmen. Mangels Beweisen mußte für diese Frechheit eine aus dem Zusammenhang gerissene Textpassage aus der Zeitung »Swing« des Jahres 1993 herhalten.

Aber neben der hier nur ausschnitthaft wiedergegebenen bewußten Diskreditierung der OrganisatorInnen spielte ein weiteres Moment eine in der Folgewirkung nicht zu unterschätzende Rolle:

Die rechte Gegenanmeldung und die dafür prognostizierte Gefahr von Auseinandersetzungen wurde zum Anlaß genommen, die Antifa-Demo zu einer Gefahr für Sicherheit und Ordnung zu erklären und zu verbieten. Eine Entscheidung, die zur Zeit noch Bestand hat, weil sich auch das Verwaltungsgericht Gera im Zusammenhang mit einer von den Anmeldern beantragten Einstweiligen Verfügung dem Votum des Landratsamtes angeschlossen hat. Das Verwaltungsgericht wird nun entscheiden müssen, ob diese Praxis Normalität zu werden droht.

Polizeiarmada gegen friedliche Jugendliche

Der 11. Oktober selbst verlief dann, wie nach der Vorgeschichte nicht anders zu erwarten war. Ein riesiges Polizeiaufgebot aus mehreren Bundesländern, herbeigerufen um, wie Innenminister Dewes (SPD) bekanntgab, »Chaostage in Thüringen« zu unterbinden, riegelte die Region Saalfeld-Rudolstadt weiträumig ab und nahm im Laufe des Tages über 400 überwiegend jugendliche AntifaschistInnen fest. In den frühen Morgenstunden war bereits ein alternatives Wohnprojekt von Sondereinheiten gestürmt worden, wobei vierzehn Menschen festgenommen wurden, darunter mehrere Journalisten, die sich im Haus aufgehalten hatten.

Alle Festgenommenen wurden in ein ehemaliges Gefängnis in Unterwellenborn bei Saalfeld gebracht und zumeist bis Sonntagabend gefangen gehalten. Dort fehlte es an Betten, Decken, die Verpflegung war völlig unzureichend und die Heizkörper trotz der Kälte nicht funktionsfähig. Darüber hinaus wurde den Gefangenen das Telefonieren mit AnwältInnen, den Angehörigen oder dem Ermittlungsausschuß verweigert, einige wurden massiv bedroht und sogar geschlagen. Und um der skandalösen Situation im nachhinein auch noch die Krone aufzusetzen, läßt Dewes inzwischen auch noch alle Möglichkeiten prüfen, um den Gefangenen die Kosten für den Polizeieinsatz und die Unterbringung aufzubürden.●

(laf)

EINE REPLIK:

Wer hat die Weimarer Republik demoliert?

Der deutsche Bildungspolitiker weiß: Die »Radikalen« von »links« und »rechts« haben die Weimarer Republik demoliert. Er kann sich dabei auf kongruente Bilder berufen: Ein martialischer Aufmarsch des Rot-Front-Kämpfer-Bundes im paramilitärischen Habitus hie, eine SA-Formation mit Fahnenwehen und gewaltbereiter Physiognomie da. Kaum ein Geschichtslehrbuch, das auf diese Gegenüberstellung verzichtet.

Prof. Dr. Siegfried Wolf, Erfurt ● Diese zweipolige Deutung des Zusammenbruchs der Weimarer Demokratie ist in der veröffentlichten Meinung weitgehend konsent, sie gilt nachgerade offiziös und als grundsätzlicher Zuverlässigkeitsnachweis.

Wie einladend diese These in mehrerer Hinsicht! Sie bietet eine einleuchtende Erklärung für eine verzwickte Geschichte. Dazu weiter unten. Sie ist jedoch auch von einer gewissen mentalen Anziehungskraft. Man ist natürlich nicht »extrem« – weder »links« noch »rechts«. »Links« schon gar nicht. Da sei der Zeitgeist vor. Der eigene Platz ist die Mitte. Dort ist das Maß. Dort ist die Mehrheit. Da ist die Kraft. Wer möchte dem schon entsagen?

Doch zurück zu den Tatsachen. Sie stoßen sich hart im Raum. Sie sind kompliziert und entziehen sich ideologischen Zurichtungen. Durch wen auch immer. Mehr noch: Nicht genau das Gegenteil von dem ist oft wahr, was der politische Gegner oder Konkurrent behauptet. So einfach liegen die Dinge nicht. Natürlich war die Weimarer Republik auch undemokratischem Druck von »links« ausgesetzt.

Die weltrevolutionäre Strategie der Komintern und die zeitweilige Option der KPD für ein Rätedeutschland, die lokalen Aufstandsversuche linkssektirerischer Kräfte waren selbstverständlich verfassungsfeindlich. Das ist unstreitig. Aber: *Wie verfassungstreu waren eigentlich die Verfassungsorgane der Republik?* Anders: Mit welcher Entschlossenheit haben die Demokraten die Demokratie verteidigt – etwa die Preußische Regierung (von 1918 bis zum Juli 1932 mit maßgeblichem Anteil der Sozialdemokraten), die am 20. Juli 1932 vom konservativen Reichskanzler Papen verfassungswidrig amtsenthoben wurde? Dem preußischen Kabinett Otto Braun stand die mächtige preußische Polizei zur Hand; diese wußte die Regierung ansonsten drastisch einzusetzen. Eigentlich banal, daran erinnern zu müssen.

Die Verteidigung der Republik lag in den Händen ihrer Feinde. Der Kaiser war gegangen, die monarchistischen Generale, die Bluthunde und Verlierer des I. Weltkrieges, waren geblieben. Es war zumindest ein tragischer, letztendlich tödlicher Irrtum, anzunehmen, die Liquidierung der Spartakusrevolutionäre durch das antirepublikanische Offizierskorps und durch rechtsextremistische Freikorpsbanditen hätte die Republik gerettet. Es kam dann, wie es kommen mußte: Die Reichsexekutive zerstiefelte wohl mit kräftigem Tritt linkssektirerische Angriffe auf die Regierungen, sie kam aber der Republik nicht zur Hilfe, wenn sie von rechts bedroht wurde. Wie denn auch? Hätte sie doch dabei gegen ihre eigenen »ungezogenen Verwandten« vorgehen müssen. So wurde der lebensgefährliche Anschlag der Kapp-Verschwörer auf die Verfassung und die Einheit des Reiches nur durch eine parteiübergreifende Aktion der Arbeiterparteien »auf der Straße« abgewehrt - unter wesentlicher Initiative der »Extremisten« der KPD. Die Reichswehr hingegen – »schießt nicht auf Reichswehr«.

Eben. Wer waren hier die Verfassungsfeinde, wer war der Verfassungsschutz? Zwei Beispiele aus dem regionalen Bereich Süd- und Mitteldeutschlands:

Der nach der Ermordung Kurt Eisners in der Nacht vom 21. zum 22. Februar 1919 gebildete Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Münchens proklamierte am 7. April die Räterepublik Bayern. Sie stand unter dem Einfluß von Führern der USPD, des Bayerischen Bauernbundes und der Anarchisten. Zu nennen sind die Schriftsteller Ernst Toller (USPD), Ernst Niekisch (SPD) sowie die anarchistischen Dichter Gustav Landauer und Erich Mühsam. Die radikaldemokratische Bayerische Räterepublik griff die grundsätzlichen Machtverhältnisse in Bayern nicht an, was ihr den Vorwurf der KPD einbrachte, sie sei eine »Schein-Räte-Republik«.

Nun allerdings führten die Angriffe der lokalen rechtsextremen Militärs auf die Räterepublik zu ihrer Radikalisierung und zur Bildung einer Roten Armee mit dem roten Matrosen Rudolf Egelhofer an der Spitze.

Nun reagiert die Berliner Regierung mit Entschlossenheit. Nun wird Reichswehr eingesetzt, die sich im Waffenbündnis mit ... rechtsextremen Freikorps in München und im Umland auszutoben begann. Hunderte Arbeiter und Soldaten fielen dem Terror zum Opfer – unter ihnen Landauer und Egelhofer.

Nicht wenige der künftigen Naziaktivisten dagegen begründeten in der »Hauptstadt der Bewegung« ihre politische Karriere mit dem Massaker an eben jenen »Radikalen von Links«.

Sollte der Impetus der »demokratischen Mitte« wirklich gewesen sein, die Republik durch dieses blutige Zweckbündnis mit der antikommunistischen Rechten zu retten, so dürfte auch dem Letzten der tragische Irrtum aufgegangen sein, als er im KZ Dachau in seinen Peinigern nicht wenigen der weißen Terroristen vom Frühjahr 1919 wiederbegegnete.

Fortsetzung nächste Seite

Gedanken zur Pressefreiheit

Antifaschismus

Die Ostthüringer Zeitung und die »Demonstration gegen rechte Gewalt«

Am 17. Oktober meldete sich Ulrich Erzigkeit, Chefredakteur der Ostthüringer Zeitung (OTZ), in seinem Blatt entrüstet zu Wort: Am frühen Morgen des Vortages hatten Unbekannte mehrere Stapel der Lokalausgabe Rudolstadt entwendet und anschließend in die Saale geworfen, die Mitarbeiter der Lokalredaktionen Saalfeld und Rudolstadt waren von anonymen Anrufern und Briefeschreibern bedroht worden. Auch die Täter wußte der hellsichtige Erzigkeit sofort zu benennen: Es waren »extreme linke Kräfte« und der Grund für ihr Tun lag in der »unabhängigen und unparteiischen Berichterstattung« der OTZ über die Ereignisse um die verbotene Demonstration »Gegen rechte Gewalt« in Saalfeld. Erzigkeit wähnte die Pressefreiheit in Gefahr.

Stefan Wogawa ● Nun sind Gewalt gegen Dinge und Drohungen gegen Journalisten tatsächlich kein Spaß und in jedem Fall zu verurteilen, die Pressefreiheit ein hohes Gut, in Deutschland von Generationen von Demokraten gegen den Obrigkeitsstaat erkämpft.

Die OTZ und vor allem ihr verantwortlicher Redakteur der Lokalausgabe Saalfeld/Rudolstadt, Thomas Spanier, müssen sich indes fragen lassen, inwiefern ihre überhaupt nicht »unabhängige und unparteiische«, sondern vielmehr hysterisch-polarisierende, oft demagogische Berichterstattung zu einem Klima beigetragen haben, zu dessen Auswüchsen die Vorfälle am Morgen des 16. Oktober gehören.

Schon in seinem ersten Kommentar zur geplanten Demonstration in Saalfeld warnte Spanier Anfang August vor »Eskalation«, vor drohender Gewalt zwischen »einem schwarzen Block« und »echten Nazis«; Rudolstadt könne »davon ein Lied singen« (7.8.). Bereits in dieser ersten Stellungnahme arbeitete er mit ganz speziellen »journalistischen Stilelementen«, mit Vorurteilen, Mutmaßungen, fragwürdigen Verallgemeinerungen und unsinnigen historischen Vergleichen. Im August 1992 waren es eben nicht die von Spanier beschworenen Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und Autonomen, die Rudolstadt mit großem Medienecho bekannt machten, sondern das ungehinderte Stattfinden eines der größten Nazi-Aufmärsche seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

»Das Etikett klebt lange«, titelte Spanier warnend – und »Etikette«, der »gute Name« von Saalfeld, schienen ihm von Beginn an wichtiger zu sein als eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Anliegen der Demonstration.

Nachdem rechte Gegenaktionen angekündigt waren, sprach die OTZ nur noch von »den Demonstrationen«, ohne zu differenzieren, ohne Ursachen und Wirkungen zu unterscheiden. Thomas Spanier ließ kaum eine Gelegenheit aus, die Initiatoren und Befürworter der Demonstration »Gegen rechte Gewalt« selbstgefällig und mit großem agitatorischen Eifer zu diskreditieren: die geplante Demonstration avancierte so zum »Podium für Gewerkschaftsfunktionäre« (30.9.), die Befürworter zu »Möchtegern-Demonstranten« (11.10.). Dabei wußte Spanier das in den gegenwärtigen Umbruchzeiten mit ihren starken sozialen und ökonomischen Spannungen – der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt hat eine Arbeitslosenquote von 20 Prozent – weit verbreitete Gefühl der Verunsicherung der Menschen weidlich für seine Propaganda zu nutzen. »Bleibt die Frage, wem die Rechnung für einen der vermutlich größten Polizeieinsätze in Thüringen anschließend zugestellt werden soll?«, fragte er hetzerisch nach dem Demonstrationsverbot (9.10.) – als könne man die Anmelder einer Demonstration in »Sippenhaft« nehmen und ihnen, ohne daß sie irgendwelche Straftaten begangen haben, Kosten kollektiv auferlegen. Noch am 11.10. warnte er fast schon neurotisch vor der anrükkenden »Vorhut eines größeren Aufgebotes« gewaltbereiter Demonstranten, um am 13.10. dann zu melden: »Die Angst ging um, menschenleer waren die Straßen in Saalfeld, verängstigte Bürger am Sorgentelefon der Polizei« – die Psychologie nennt so etwas eine »selbsterfüllte Prophezeiung«.

Auch ein weiteres Merkmal war für Spaniers Umgang mit dem Thema charakteristisch: Er selbst betrieb die redaktionelle Bearbeitung nahezu allein, schrieb sowohl Nachrichten wie die entsprechenden Kommentare und reagierte nicht auf kritische Leserbriefe. Macht – auch publizistische Macht! – korrumpiert, wie diese Verabsolutierung der eigenen Meinung anschaulich zeigt.

Einen unangenehmen Beigeschmack bekam das Thema »Pressefreiheit« zudem durch einen Vorfall, der der OTZ, da er nicht in deren eindimensionale Interpretationslinie passte, keine Meldung wert war. Drei Journalisten aus Köln, die an einer Reportage zum Thema »Rechtsradikalismus in Deutschland« arbeiteten und sich am Morgen des 10. Oktober in einem linken Wohnprojekt in Saalfeld aufhielten, erlebten dabei eine sehr spezielle Art eben dieser Pressefreiheit. Das Haus wurde von der Polizei gestürmt, die Journalisten trotz Vorlage von Personal- und Presseausweisen verhaftet und nach Unterwellenborn gebracht. Ihre Handys, zusammen mit einem Reizgasspray und einem Messer im Haus gefunden, brachten den Saalfelder Polizeichef Günther Kick dazu, angesichts der in einer Nazi-Kneipe im benachbarten Heilsberg sichergestellten 70 Dolche und Messer, 52 Schlagstöcke, neun Seitengewehre, acht Äxte, vier Schreckschußwaffen, Stacheldraht, Gasmasken, Stahlhelme und Funkscanner zum Abhören der Polizeifrequenzen von einer »Waffengleichheit« zu sprechen. »Die ersten beiden Stunden verbrachten wir«, so der Bildjournalist H., »gefesselt, in leichter Bekleidung in einem zugigen Gefängnisflur zwischen feixenden Beamten stehend. Zur Belustigung hatte man mir meine ca. acht Kilogramm schwere Fototasche um den Hals gelegt«. Dazu mußten die Journalisten noch als Beweis dafür herhalten, daß, wie ein Polizeisprecher am Nachmittag des 10. Oktober auf einer Pressekonferenz in Saalfeld erklärte, »Autonome aus NRW« angereist seien, um das Demonstrationsverbot zu durchbrechen.

Eine der letzten und zugleich beschämendsten Veröffentlichungen in der lokalen OTZ-Ausgabe war am 28.10. der Abdruck zweier Leserbriefe, die quasi das Stammtisch-Pendant zu Spaniers redaktionellen Beiträgen bildeten. Leserbriefschreiber Jens Wolfer meinte in völliger Unkenntnis des Grundgesetzes, »daß ähnliche Aktionen auch in Zukunft verboten werden sollten, weil es weit und breit nicht die Spur einer Basis in der Bevölkerung gibt« und da somit auch keine demokratischen Grundrechte berührt seien. Nach Ansicht von Leserbriefschreiber Frank Vicha sollen die »Rädelsführer solcher Vereine« für die Kosten des Polizeieinsatzes zur Verantwortung gezogen werden, der Mitinitiator der Demonstration Angelo Lucifero gehöre »woanders hin«. Selbst für diese undemokratischen und menschenverachtenden Tiraden (wohin gehört Lucifero nach Vichas Ansicht: in die Psychatrie, in ein Lager oder gleich an die Wand gestellt?; für alle drei Varianten des Umganges mit Andersdenkenden gibt es Beispiele in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts) bot die OTZ kommentarlos ein Podium.

Auch das sächsische Wurzen ist eine rechte Hochburg: Antifa-Demo am 16.11.1996 Foto: Andreas Hampel

Die Pressefreiheit, das sei nochmals betont, ist ein wertvolles Gut; sie schließt aber auch eine Verantwortung der Journalisten ein.

Sie verfügen, im Gegensatz zu den meisten anderen Menschen, über die Möglichkeit, Öffentlichkeit herzustellen, können mittels Nachrichtenauswahl und Kommentierung eine »gefilterte Wirklichkeit« konstruieren: Was nicht berichtet wird, existiert nicht. Das gilt in besonderem Maße für die OTZ, die im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt die einzige regionale Tageszeitung ist und damit stark meinungsbildend wirkt. Nicht umsonst wird die zunehmende Medienkonzentration als die gegenwärtig größte Gefahr für die Pressefreiheit in Deutschland eingeschätzt. Die eigene politische Meinung von OTZ-Journalisten, in der ein Engagement gegen neonazistische Gewalt wohl keinen Platz hat, ja als völlig abwegig angesehen wird, ist die eine Seite – die Berichterstattung über ein solch sensibles Thema eine ganz andere. Dieser Verantwortung sind die OTZ und ihr Lokalredakteur Thomas Spanier nicht gerecht geworden.●

FORTSETZUNG VON SEITE 6

Ein anderes Beispiel:

Die aus den Thüringer Landtagswahlen 1921 hervorgegangene Landesregierung August Frölich (SPD) versuchte eine linke Mitte »zwischen Reaktion und Revolution« zu halten, die er auch dadurch zu stabilisieren trachtete, daß er im Herbst 1923 eine Koalition mit der KPD einging.

Dies nahm die Reichsregierung zum Anlaß, die Reichswehr in Thüringen einmarschieren zu lassen, was zum Regierungsaustritt der KPD, zum Rücktritt des Kabinetts Frölich und zur Auflösung des Landtages führte.

Die nachfolgenden Landtagswahlen im Februar 1924 – noch unter dem Ausnahmerecht der Reichsexekutive – brachte nicht nur einen Wahlsieg der im Thüringer Ordnungsbund zusammengeschlossenen konservativen Kräfte, sondern auch einen beträchtlichen Wahlerfolg rechtsextremer, »völkischer« Gruppierungen.

Die nun einsetzende reaktionäre Gegenoffensive war u.a. durch die Einbeziehung des völkischen Lagers in die Regierungsverantwortung gekennzeichnet – was eine komplexe Beeinträchtigung der demokratischen politischen Kultur bedeutete (etwa die thüringentypische Exponierung der antisemitischen Eliten in Schule und evangelischer Kirche). Daß sich Thüringen schließlich zu einer Hochburg der NSDAP, zu einem »Mustergau des Führers« entwickelte, dürfte nicht zuletzt auf die verhängnisvolle Fehlentscheidung der Berliner Regierung bei der »Abwicklung« der Thüringer Linkskoalition zurückzuführen sein. Das war zehn Jahre vor dem Ende der Republik von Weimar und bevor Thüringer Demokraten im KZ Sulza ihren einstigen Verbündeten der frühen Jahre in der SA-Uniform wiederbegegneten.

Zurück zu dem aktuellen Anlaß der Replik: *Wer auch immer seine demokratische Legitimation der Mitte durch die bipolare Konstruktion einer gleichgewichtigen Feindlage von »links« und »rechts« nachzuweisen sucht, mag dafür politische Motive haben. Auf die »Lehren der Geschichte« sollte er sich indes nicht berufen.*●

RECHTE ORGANISATIONEN IN THÜRINGEN

In Thüringen sind seit 1989 eine Vielzahl rechter Parteien und Gruppen aktiv. Derzeit von Relevanz sind auf der einen Seite die klassischen und bundesweit agierenden rechtsextremen Parteien NPD, DVU und REP mit einem aktuellen Mitgliederstand von insgesamt 400 Mitgliedern.

Sie bedienen, in unterschiedlicher Ausprägung, sowohl den eher bürgerlich orientierten Stammtisch-Rechtsextremismus als auch, und hier nutzen sie die infrastrukturellen Möglichkeiten bundesweiter Organisationen, die Braunzone hin zum gewalttätigen Neonazispektrum, indem sie Großveranstaltungen organisieren oder Propagandamaterial in hoher Auflage bereitstellen.

Auf der anderen Seite gibt es mit einer Ortsgruppe der »Nationalen« in Gera und der »Anti-Antifa Ostthüringen« (siehe Kasten Seite 8) in Thüringen eine ausgeprägte Struktur im militanten Neonazibereich. Zusammen mit rechten Skinheads und weiteren gewalttätigen Rechtsextremisten werden diesem Spektrum etwa 600 Personen zugerechnet. Zusammen beläuft sich damit das mehr oder weniger organisierte rechtsextremistische Potential in Thüringen auf rund 1.000 Personen.

Rechtsextreme Aktionen

Die rechte Szene hat in den letzten Jahren in Thüringen eine ganze Reihe öffentlicher Veranstaltungen durchgeführt. Besonders spektakulär waren dabei im August 1992 der Neonazi-Aufmarsch zum 5. Todestag des Hitlerstellvertreters Rudolf Heß mit weit über 2.000 TeilnehmerInnen in Rudolstadt und eine NPD-Demonstration im Oktober desselben Jahres mit ca. 1.000 TeilnehmerInnen in Arnstadt. Aber auch im letzten und in diesem Jahr ist es mehrfach zu größeren Aktionen gekommen:

- **4. Mai 1996, Neuhaus,** REP-Demonstration mit mehr als 250 Personen, zumeist zwischen 18 und 25 Jahren; darunter auch zahlreiche Anhänger der Anti-Antifa-Ostthüringen. Als Redner traten der stellv. REP-Landesvorsitzende Lutz Diener und der stellv. REP-Bundesvorsitzende Otmar Wallner auf. 12 Personen wurden im Zusammenhang mit der Veranstaltung festgenommen.
- **1. Juni 1996, Gera,** Rechtsextremes Skinhead-Konzert mit den Bands Oidoxy, Proissenheads und Volkstroie. An dem Konzert nahmen etwa 250 Personen teil.
- **9. November 1996, Greiz,** Rechtsextremes Skinhead-Konzert mit den Bands Foierstoß, No remose (GB) und Legion Ost aus Gera. An dem Konzert nahmen etwa 200 Personen der rechten Szene teil.
- **9. März 1997, Sonneberg,** NPD-Demonstration unter dem Motto: »Der deutschen Jugend eine Zukunft« mit etwa 100 TeilnehmerInnen. Als Redner traten u.a. der Bundesvorsitzende der »Jungen Nationaldemokraten« (JN), Holger Apfel, der ehemalige Vorsitzende der verbotenen »Wiking-Jugend«, Wolfgang Nahrath und Lutz Diener auf.
- **10. Mai 1997, Neuhaus,** NPD-Demonstration mit knapp 300, zumeist jungen TeilnehmerInnen aus der rechten Szene.

Fortsetzung Seite 8

Die zwei Gesichter des R. Dewes:

Antifaschismus

Von Erfurt nach Saalfeld

Erfurt, Anfang Oktober 1997: Richard Dewes, Innenminister des Landes Thüringen und Vorsitzender der SPD im Freistaat, unterzeichnet die »Erfurter Erklärung«. Damit schließt er sich auch jener Passage an, die die Bevölkerung zu demokratischem Handeln und zum Eingreifen in die politischen Entwicklungen aufruft: »Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung. Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustreten. Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung.«

Foto: Bernd Hecker

Michael Ebenau ● **Saalfeld, 11. Oktober 1997:** Richard Dewes, Innenminister des Landes Thüringen und Vorsitzender der SPD im Freistaat demonstriert, wie er mit seiner Unterschrift unter die »Erfurter Erklärung« offensichtlich nicht verstanden werden will. Der Versuch von AntifaschistInnen, aus der Zuschauerrolle herauszutreten und in Saalfeld gegen rechte Gewalt zu demonstrieren, wird mit einem massiven Polizeiaufgebot unterbunden.

Als Begründung reicht, daß nicht nur die Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus/Antifaschismus und der DGB-Kreis Ostthüringen für diesen Tag eine Demonstration angemeldet haben, sondern die Rechten postwendend eine Gegenveranstaltung anzeigten. Vom Landesvorsitzenden der SPD wird zumindest öffentlich nicht erwogen, die rechte Demonstration zu verbieten und die linke stattfinden zu lassen. (Diese Variante spielt auch in der öffentlichen Debatte keine große Rolle.) Beide Veranstaltungen werden verboten, die Exekution des Verbotes trifft am 11. Oktober in Saalfeld hauptsächlich AntifaschistInnen: Neunzig Prozent der Verhafteten sind Linke.

Vermittelte die Entwicklung im August/September 1997 bei aller Schärfe bisweilen den Eindruck einer Provinzposse, weil viele dem Bürgermeister und dem Landrat, die um den »guten Ruf« ihres vermeintlichen Hoheitsgebietes kämpften, noch fehlende Kenntnisse und Erfahrungen zugute hielten, so ist die Entwicklung anders zu bewerten, seit bekannt ist, daß es Richard Dewes war, der schon Wochen vor dem 11. Oktober alles tat, um die AntifaschistInnen in die Schranken zu weisen. Blieb des Ministers Versuch noch erfolglos, über den DGB-Landesbezirksvorsitzenden Frank Spieth die DGB-Gewerkschaften aus dem linken Bündnis herauszubrechen, so erfolgte dann »das Verbotsverfahren der Saalfelder Links-Demo in engem Kontakt mit dem Innenministerium.« (Freies Wort, 9. Oktober 1997)

Dewes exekutierte also am 11. Oktober ein Verbot, das er selbst maßgeblich mitbetrieben hatte. Für sein Verhalten gibt es sicherlich ein ganzes Bündel an Motiven. Die politisch weitreichendsten seien genannt, da sich eine antifaschistische (und auch gewerkschaftliche) Politik in Thüringen damit auch künftig wird auseinandersetzen müssen:

1. Dewes gehört zu jenen SPD-Politikern, die aus der **Geschichte nichts gelernt** haben. »Der Aufruf antifaschistischer und antirassistischer Initiativen erinnere ihn an die Auseinandersetzungen gegen Ende der zwanziger Jahre«, wird zitiert. (Ostthüringer Zeitung, 10. Oktober 1997) So mobilisiert der SPD-Landesvorsitzende die alte Legende der Geschichtsschreibung, daß die Weimarer Republik zwischen Rechts und Links zerrieben worden sei, die »Demokraten der Mitte« keine Chance zur Rettung der Republik gehabt hätten. Keine Erinnerung daran, daß es in den zwanziger Jahren zumindest Teile der bürgerlichen Eliten aus Wirtschaft, Politik und Militär waren, die den Nazis Handlungsfreiheit (und mehr) gaben, nicht zuletzt, um die politische Linke, die Arbeiterbewegung und damit auch die SPD zu zerschlagen. Konsequenz einer solchen Sichtweise ist die »wehrhafte Demokratie« (verkörpert z.B. durch den Verfassungsschutz), die der Staat bereitstellen müsse, um Rechts- und Linksradikalismus frühzeitig in die Schranken weisen zu können. (Darauf wird an anderer Stelle noch einmal eingegangen.)

Daß die Gleichsetzung von »Links-« und »Rechtsextremen« an einer wirklichen Analyse der Situation völlig vorbeigeht, sollten eigentlich schon die historischen Tatsachen lehren: Die deutschen Faschisten (und niemand anders) haben große Teile der Welt in Schutt und Asche gelegt, sie (und niemand anders) haben die industrielle Vernichtung von Menschen entwickelt und praktiziert, sie (und niemand anders) haben systematisch den Zweiten Weltkrieg diplomatisch vorbereitet, militärisch geführt und damit den Tod von über fünfzig Millionen Menschen verursacht. Als Versuch einer Entlastung Deutschlands von dieser historischen Verantwortung soll die beschriebene Gleichsetzung von Linken und Rechten dienen -kann sie da als ernstzunehmende Ursachenanalyse und dadurch dann gar als Leitlinie für politisches Handeln benutzt werden?

2. Dewes gibt sich auf dem rechten Auge blind, wenn er das, was in Saalfeld (und anderswo) geschieht, als »**Jugendproblem**« interpretiert. Die politische Konsequenz ist einfach: abwarten, bis die irregeleiteten Jugendlichen älter geworden sind, dann werden sie sich schon wieder in die Gesellschaft einpassen. Eine solche Sichtweise ist nicht nur falsch, sondern auch fahrlässig. Kurzfristig werden diejenigen zum Opfer, die von rechter Gewalt angegriffen und/oder bedroht werden. Mittel- und langfristig wird die Demokratie dadurch Schaden nehmen, daß sich rechtsextreme Parteien und Organisationen immer stärker etablieren, die unter politischen Bedingungen wie in Saalfeld ohne Bedrängnis Jugendliche für sich rekrutieren können.

Eine unverdächtige Quelle der vom Innenministerium scheinbar nicht wahrgenommenen rechten Gefahr ist der thüringische Verfassungsschutzbericht: *Er weist für den Freistaat 1996 einen Anstieg rechter Straftaten um 29 Prozent auf 939 und eine Steigerung rechter Gewaltakte gar um 68 Prozent aus.* Ein Beispiel unter vielen, auffällig nur durch räumliche und zeitliche Nähe zum 11. Oktober in Saalfeld: Inmitten der Diskussionen um die Antifa-Demo wird in Weimar ein Vietnamese Opfer des angeblichen »Jugendproblems«, als er von jungen Neonazis mit Messern angegriffen und lebensgefährlich verletzt wird. Dies spielt in den Überlegungen und Äußerungen des Richard Dewes ebensowenig eine Rolle wie die Morddrohungen gegen Gewerkschaftsfunktionäre im Umfeld des 11. Oktober. Der Innenminister weist auch den Präsidenten des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, Helmut Roewer, nicht in die Schranken, als der (in bemerkenswert lockerem) Sprachstil dazu bemerkt: »Allerdings seien Drohanrufe üblich in der rechten und linken Szene – und das wechselseitig. *Ansonsten gelte für alle, die sich politisch aus dem Fenster hängen würden, daß sie mit Anrufen von Spinnern rechnen müßten.*« (MDR Radio Thüringen, 21. August 1997.) Schon die Aufsichtspflicht des Innenministers gegenüber dem Landesamt für Verfassungsschutz müßte eigentlich als Begründung dafür ausreichen, eine solche Rede- und Handlungsweise zu unterbinden – um wieviel mehr sollte dies nicht für einen Sozialdemokraten gelten? Immerhin handelt es sich bei den genannten Anrufen um eindeutige Mordankündigungen, zudem mit eindeutig politischem Hintergrund. Statt dessen veröffentlichen Beamte, die auch dem Innenminister unterstellt sind, am 11. Oktober 1997 die Adresse eines bereits mehrfach Bedrohten, indem sie sie in hoher Auflage an alle verteilen, die sich in der Gegend des Saalfelder Bahnhofs aufhalten – auch an Rechte. (Eine persönliche Entschuldigung, sei sie nun mündlich oder schriftlich ausgesprochen, des SPD-Landesvorsitzenden gegenüber dem Betroffenen hat es im übrigen bis heute nicht gegeben.)

3. Perfide werden Verhalten und Rolle des Innenministers in dem Moment, da seine **eigene Politik der Ausgrenzung**, gepaart mit einem gehörigen Maß an Populismus, deutlich wird. Welches Vorurteil wird in folgenden Passagen nicht bedient:

»Wir werden verhindern, daß sich im wesentlichen westdeutsche Chaoten der linken und rechten Szene in Thüringen austoben können.« (Ostthüringer Zeitung, 13. Oktober 1997) »Barrikaden, brennende Autos und Verletzte, wie zwei Wochen vorher in Berlin, hätten aber unbedingt verhindert werden sollen.« (Ostthüringer Zeitung, 14. November 1997) Und: »Nicht diejenigen können für sich in Anspruch nehmen, Antifaschisten zu sein, die am lautesten darüber reden.« (ebenda)

Schuldig bleibt Dewes eine Antwort auf die (selten gestellte) Frage, welche konkreten Anzeichen es denn für ein angebliches linkes Gewaltpotential gegeben habe. Die Durchsuchung des linken Wohnprojekts in Saalfeld am Morgen des 11. Oktober (nach gewaltsamer Erstürmung des Hauses und Festsetzung der vierzehn hier Angetroffenen) ergab keine Waffenfunde, ebensowenig die Durchsuchung der Busse, die durch Polizeieinheiten auf der A 9 bei Eisenberg blockiert und schließlich direkt ins Gefängnis nach Unterwellenborn verbracht worden sind. Waffenfunde gab es ausschließlich im rechten Treff-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 7:

● 22./25. Mai 1997, Jena, bundesweiter Burschentag, an dem etwa 600 Burschenschaftler teilnehmen. Im Rahmen der Veranstaltung zogen die Teilnehmer auch zum Burschenschaftsdenkmal vor dem Universitätshauptgebäude, wo der Vorsitzende der Wiener »Olympia«, Helge Dvorak, sprach. »Das Deutschlandlied in allen drei Strophen beendete die Zeremonie – die Degen der Korporierten blieben während des Gesanges wie zum Gruß erhoben. Mit einem sechshundertstimmigen »Heil Deutschland« löste sich der Zug auf.« (TLZ, 26.5.1997)

● 30. August 1997, Gera, bundesweit mobilisiert ein regionales Bündnis mehrerer rechtsextremistischer Organisationen, darunter die NPD, »Die Nationalen« und die »Anti-Antifa-Ostthüringen«, zu einer Kundgebung gegen das Friedensfest der PDS in Gera. In dem auch über das Internet verbreiteten Aufruf heißt es »Schluß mit dem roten Spuk!« und »befördern wir die Genossen mit gezieltem 'Tritt' auf den Müllhaufen der Geschichte«. Die Gegenveranstaltung wird verboten und während des Tages eine größere Zahl Neonazis festgenommen.

● 30. August 1997, Kirchheim/Ilmkreis, Landeswahlparteitag der NPD zur Nominierung der Bundestagskandidaten. Am anschließenden sogenannten Kameradschaftsabend nehmen nach Angaben der NPD über 100 zumeist junge Neonazis teil.

● 6. September 1997, Triptis, die Polizei verbietet ein rechtsextremistisches Konzert und nimmt insgesamt 175 Personen fest, die sich auf der Anreise befinden.

Darüber hinaus waren neonazistische Organisationen aus Thüringen an allen rechten Großveranstaltungen mit bundesweiter Bedeutung beteiligt. So reisten mindestens 100 Personen zur NPD-Demonstration gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« nach München, an der insgesamt 3.000 Rechtsextremisten teilnahmen. Auch für die schließlich verbotene NPD-Demonstration am 1. Mai 1997 in Leipzig wurde in Thüringen massiv geworben. Zudem waren 1997, wie auch in den Jahren zuvor, Thüringer Neonazis an der Vorbereitung und Durchführung der flächendeckend verbotenen Aktivitäten zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß beteiligt. Über 80 Personen wurden in diesem Zusammenhang von der Polizei festgenommen.

Rechte Aktionen in Saalfeld-Rudolstadt

Saalfeld-Rudolstadt ist auch nach Aussagen des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz seit Jahren eine Hochburg rechter Aktivitäten. Gerade der Aufbau informeller, aber dennoch handlungsfähiger Strukturen der militanten Neonazi-Szene ist in dieser Region seit längerem zu beobachten und bereits relativ weit fortgeschritten. Sie haben ihr Konzept der »befreiten Zonen« – ganze Regionen von Ausländern, Linken und antifaschistischen Widerstand zu befreien, rechte Meinungsführerschaft – in dieser Region weitgehend durchgesetzt. Zu nennen sind hier vor allem die »Anti-Antifa-Ostthüringen« und der »Thüringer Heimatschutz«, die von der Mitgliederstruktur her allerdings weitgehend identisch sind. Aber auch die Aktivitäten der in Gera ansässigen »Nationalen« und ihrer Jugendorganisation »Jung-Nationale« wirken inzwischen bis in die Region, wie die gemeinsame Mobilisierung gegen das PDS-Friedensfest in Gera gezeigt hat. Insgesamt ist somit inzwischen allein in Saalfeld von etwa 120 Personen auszugehen, die der rechten Szene zuzuordnen sind. In Folge dieser Entwicklung ist in den letzten Jahren die Zahl rechter Straf- und Gewalttaten, die aus diesem Spektrum herausbegangen wurden, stark angestiegen. Vermeldete die Saalfelder Polizei für 1995 noch 189 rechte Straftaten, so hat sich deren Zahl 1996 bereits auf 231 erhöht.

Und auch für 1997 ist nicht mit einem Rückgang rechter Taten in der Region zu rechnen, wie folgende Beispiele belegen: Januar – Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Februar – Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten, März – Körperverletzung, Bedrohung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, ebenfalls ein Raub, April – Beleidigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Mai – gefährliche Körperverletzung, August – eine Nebelbombe wird unter ein Auto geworfen, das vor einem alternativen Jugendclub abgestellt war.

Die Region scheint derzeit eine Schlüsselposition im rechten Lager innezuhaben, wie auch die recht hektischen Reaktionen (Gegendemo, Drohanrufe mit Morddrohungen) auf die Anmeldung der Demo »Gegen rechte Gewalt« belegen. Um so unverständlicher ist es, daß sich ein großer Teil des Stadtrates von der antifaschistischen Demonstration distanziert hat und statt dessen deren Verbot forderte. Gleiches gilt für den Chef der Saalfelder Polizei, der trotz eigener Zahlen und den Erkenntnissen des Thüringer Verfassungsschutzes weiterhin behauptet, in der Region seien eher »die Linken« das Problem und nicht die rechte Szene. Eine derart offensichtliche Umkehrung der Tatsachen, daß man geneigt sein könnte, diesen Aussagen politische Präferenzen zugrunde zu legen.

Nicht weggucken und auch nicht das untern Teppich kehren der derzeitigen Situation werden jedoch zur unbedingt notwendigen Veränderung der Situation beitragen. Im Ggenteil:

Nur wenn sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger Saalfelds und der region offen gegen die rechte Gefahr aussprechen und ein deutliches Zeichen setzen, dann werden weitere Wege eröffnet, um dem rechten Treiben Grenzen aufzuzeigen und es gesellschaftlich zurückzudrängen.●

Carsten Hübner

ANTI-ANTIFA-OSTTHÜRINGEN

Im Oktober 1994 erstmals bekannt geworden. Sie führt seit Mai 1995 regelmäßig wöchentliche Treffen durch. Die Zahl der beteiligten hat sich von anfangs 20 auf ca. 80 erhöht. Sie nennt sich auch »Thüringer Heimatschutz« (THS) und ist ein ausgewiesenes Sammelbecken für Neonazis. Die Miglieder stammen hauptsächlich aus dem Raum Saalfeld-Rudolstadt, Gera, Jena, Sonneberg, Weimar, Ilmenau, Gotha, Kahla und Nordbayern, die Angehörigen aus Jena bezeichnen sich selbst als »Kameradschaft Jena«. Sie verfügt zudem über Verbindungen zu bundesweiten »Größen« des Rechtsextremismus. Die rechtsextremistische »Neue Thüringer Zeitung – Stimme der nationalen Erneuerung« entstand in enger Zusammenarbeit von Frank Schwerdt (Die Nationalen) und Tino Brandt (Führungsmitglied der Anti-Antifa-Ostthüringen/THS). Schwerdt wird im Impressum als Herausgeber benannt. Christian Wendt als leitender Redakteur. Brandt, der auch den Lokalteil übernimmt, ist Wendts Stellvertreter. Die Zeitung erscheint zweimonatlich (1996) in einer Auflage von etwa 5.000 Exemplaren.

Aktionen aus dem Jahr 1996

● **27. Januar 1996:** 20 bis 25 Angehörige der rechten Szene, die zum großen Teil der Anti-Antifa-Ostthüringen angehören, greifen gegen 1 Uhr Gäste einer Tanzveranstaltung im Schützenhaus Gräfenthal (Kreis Saalfeld/Rudolstadt) an. Zwei Personen werden schwer verletzt, 14 Tatverdächtige im Alter zwischen 13 und 22 Jahren werden kurz darauf festgenommen. Schreckschußpistolen und Tränengasdosen werden sicher gestellt.

● **3. März 1996:** Lichte (Kreis Saalfeld/Rudolstadt). In einer Gaststätte kommt es zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen BesucherInnen und etwa 25 bis 30 Angehörigen der rechten Szene, zu denen auch Mitglieder der »Anti-Antifa-Ostthüringen« gehören. 20 Tatverdächtige werden von der Polizei gestellt, es entsteht ein Sachschaden von 1.500 DM.

● **17. August 1996 (9. Heß-Todestag):** Aktionstag wurde geplant, die vom »Aktionskomitee Rudolf Heß« geplante Veranstaltung in Thüringen fand aber nicht statt. Deshalb orientierten sich ca. 50 Personen der »Anti-Antifa-Ostthüringen« auf eventuelle Veranstaltungen im Bundesgebiet: Worms (250 TeilnehmerInnen), 174 Festnahmen, darunter 25 Thüringer.

● Merseburg/Sachsen-Anhalt (ca. 100 TeilnehmerInnen): Bei Polizeikontrollen wurden in Thüringen 56 Personen in Gewahrsam genommen und Messer und Schreckschußwaffen beschlagnahmt.

Quelle: VS-Bericht Thüringen 1996)

ZU DEN EREIGNISSEN

Antifaschismus

Gedächtnisprotokolle

Zeugnis: Hacky H., Köln

Aus Anlaß der verbotenen Demonstrationen antifaschistischer Bündnisse gegen nationalsozialistisch orientierte »Kameradschaften« in Thüringen befand ich mich in meiner Funktion als Bildjournalist am Morgen des 10.10.97 im Haus Am Schlossberg 1 in Saalfeld/Thüringen. Da ich seit längerer Zeit an einer Reportage zum Thema Rechtsradikalismus in Deutschland arbeite, wollte ich hier mehrere junge Menschen begleiten, die seit längerer Zeit regelmäßig Überfällen rechtsradikaler Schlägergruppen ausgesetzt sind.

Da es Hinweise gab, daß die Polizei dieses Haus am Tag der verbotenen Demonstrationen durchsuchen würde, habe ich hier mit zwei Kollegen aus Köln, bzw. Bonn die Nacht verbracht.

Um 6.05 wurden wir durch Explosionsgeräusche, Kettensägenlärm und einschlagende Äxte geweckt. Eine Sondereinheit der bayerischen Polizei, das USK, hatte das Haus gestürmt. Obwohl wir uns durch Vorlage unserer Personal- und Presseausweise als Journalisten zu erkennen gaben, wurden wir, ebenso wie die Eigentümer des Hauses, von hektischen, pöbelnden Polizeibeamten gefilmt und fotografiert.

Den Bewohnern des Hauses wurden die Hände am Rükken mit Plastikhandschellen verbunden. Dies geschah, obwohl niemand Widerstand leistete oder etwa versuchte, zu flüchten. Eher ist es dem ruhigen, äußerst besonnenen Verhalten der jungen Bewohner zu verdanken, daß die Situation nicht eskalierte. Uns Journalisten war es zu keiner Zeit möglich, zu fotografieren oder sonstwie journalistisch zu arbeiten. Nach einer ausführlichen Personalienfestellung wurden auch unsere Hände am Rücken schmerzvoll gefesselt.

In kleinen, abgedunkelten Zellen eines Gefangenentransporters erlebten wir, immer noch gefesselt, eine rasante Fahrt mit Blaulichtbegleitung, dessen Ziel uns unbekannt war. Man hatte uns in einen Gefängnisbau in Unterwellenborn verbracht, der nach der »Wende« nicht mehr genutzt wurde und lediglich für Festnahmen an diesem Wochenende provisorisch bereitgehalten wurde. Die ersten beiden Stunden verbrachten wir hier, gefesselt, in leichter Bekleidung in einem zugigen Gefängnisflur zwischen feixenden Beamten stehend. Zur Belustigung hatte man mir meine ca. 8 kg schwere Fototasche um den Hals gelegt.

8.11.97, Erfurt. »Der Opfer der Reichsprogrome gedenken – Antisemitismus und Rassismus ächten!« Mehr als 300 TeilnehmerInnen (meist die Jugendlichen, die in Saalfeld unerwünscht waren) beteiligten sich an der friedlichen Demonstration

Nachdem die Plastikhandschellen durchschnitten wurden, hat man unsere komplette Ausrüstung »sichergestellt«. Kameras, Filme, Handys, die wir auch vorher nicht benutzen durften, Kugelschreiber, Gürtel, Zigaretten, Schmuck, Schnürsenkel, alles wurde uns abgenommen. Ich durfte dann einen Anwalt benachrichtigen, der auch versuchen sollte, endlich den Grund dieser polizeilichen Maßnahme in Erfahrung zu bringen. Diesem teilte man bei der Polizeiinspektion Saalfeld telefonisch mit, daß ihnen unsere Festnahme nicht bekannt sei. Nachdem wir ca. eine halbe Stunde in einer kalten Gefängniszelle gemeinsam mit rechtsradikalen Skinheads und anderen Festgenommenen verbracht hatten, wurde ich in einem Verhör befragt, warum ich Kontakt zu »diesen Leuten« hätte, welche Personen ich kenne und welche Informationen ich über die linke Szene in Saalfeld habe. Der Grund meiner Festnahme ließ sich aber auch hier nicht in Erfahrung bringen. Gegen 11 Uhr durften wir das Gefängnis verlassen.

Auf einer Pressekonferenz in Saalfeld ließ ein Polizeisprecher am Nachmittag verlautbaren, daß auch die Anreise der »Autonomen aus NRW« ein Beweis für die Bereitschaft der »linken Szene« sei, das Demonstrationsverbot zu durchbrechen.

Zeugnis: R., Saalfeld

Seitdem 1990 die ersten Anhänger faschistischer Ideologien öffentlich in Saalfeld und Umgebung auftraten, nehmen wir erschreckend zur Kenntnis, daß ein stetiges Anwachsen der Szene, eine immer besser funktionierende Vernetzung mit anderen Städten oder Gebieten und mit faschistischen Parteien und Organisationen stattfindet.

Dazu nur ein paar Beispiele von 1997.

Am 28.2.1997 kam es vor einem Wohnblock, in dem einige Neonazis wohnen, zu Auseinandersetzungen mit alternativen Jugendlichen. Dabei wurden die Autos der alternativen Jugendlichen zerschlagen und anschließend wurden diese von der Polizei verhaftet.

Im März 1997 kam es am Bahnhof von Rudolstadt zu einem Überfall von Neonazis auf einen Asylbewerber aus Bangladesch, der dabei mißhandelt und anschließend beraubt wurde.

Im April 1997 griffen Neonazis in der Nähe des Saalfelder Marktes einen alternativen Jugendlichen an, traten ihn zusammen, woraufhin er mit einer Platzwunde ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Und an einem ganzen normalen Frühlingssonntag führten Jung- und Altnazis mit Fahnen auf dem Saalfelder Parkplatz eine kurze Kundgebung durch.

Am 2.5.1997 kam es am Nachmittag vor dem Bahnhof Saalfeld zu einem schwerwiegenden Vorfall. Mehrere Neonazis bedrohten einen Jugendlichen, der sich öfters im Saalfelder Klubhaus aufhält, mit einer Schreckschußwaffe, hielten sie an den Kopf und drückten ab. Daraufhin mußte er mit einer schweren Augenverletzung ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Am 7.6.1997 griffen Jugendliche im Stadtteil Gorndorf einen anderen Jugendlichen an und zertrümmerten ihm dabei das Jochbein.

Am 27.7.1997 fand dann schließlich die Ortsgruppengründung der NPD in Saalfeld statt.

Diese ganzen Geschehnisse werden leider von Justiz und Lokalpolitikern totgeschwiegen, ignoriert oder heruntergespielt. Dadurch bleiben diese Naziaktivitäten dem größten Teil der Bevölkerung verborgen.

So z. B. sieht der Landrat des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt, Herr Dr. Thomas, keine Naziübergriffe seit September 1996. Auch der Saalfelder Polizeichef Herr Kick äußerte sich entsprechend: Die Gewalttätigkeiten seien in Saalfeld in letzter Zeit mehr von der linksalternativen Szene ausgegangen. Deshalb werde man die Prävention auch mehr in diese Richtung lenken. Im Augenblick machen uns die sogenannten Rechten weniger Sorgen. Daß die polizeilichen Präventivmaßnahmen gegen linksalternative Jugendliche und Projekte angewendet werden, ist in Saalfeld nicht neu.

Allein in den letzten zwei Jahren wurde das alternative Wohnprojekt Schloßberg 1 fünfmal aus fadenscheinigen Gründen durchsucht, z. B. traten am Ostersonnabend ungefähr 20 bis 30 Polizisten die Haustür ein, stürmten das Haus, ohne erst einmal einen Grund zu nennen, warum das Haus überhaupt durchsucht wurde.

Erst nach lauten verbalen Auseinandersetzungen gab sich der Einsatzleiter zu erkennen. Er erklärte uns, daß im Saalfelder Schlachthof eingebrochen würde und aufgrund von »Gefahr in Verzug« diese Hausdurchsuchung stattfinde. Angeblich würde die Spur, die der Hund verfolgt hatte, zu unserem Haus führen. Die Polizei fand dabei natürlich nichts. (...)

Auch bei allen anderen Hausdurchsuchungen wurden nie Sachen gefunden, die zu irgendwelchen Anklagen ausreichten.

Wir werten dies als Diffamierung, mit dem Ziel, alternative Wohnkulturen zu kriminalisieren, Politisierungen zu unterbinden und uns damit jegliche Glaubwürdigkeit abzusprechen.

Einen der Höhepunkte in diesem Zusammenhang sehen wir in dem massiven Polizeieinsatz am 2. Mai vor dem Saalfelder Jugendklubhaus, wo es zu Auseinandersetzungen zwischen jungen Punkern und der Polizei kam.(...)

Dabei ging die Polizei auch gegen Minderjährige, Unbeteiligte, ja sogar gegen Passanten brutal vor. So forderten einzelne Polizisten mit gezogenen Pistolen Ausweispapiere von den Leuten. Andere Besucher des Klubhauses wurden zu Boden geprügelt und längere Zeit auf der kalten Straße mit gefesselten Händen liegengelassen.

Es kam auch in den Gefangenentransportern zu Prügelszenen und Beleidigungen durch Polizisten. Um auf solche unerträglichen Zustände aufmerksam zu machen, sahen wir eine Demonstration unter dem Motto »Den rechten Konsens durchbrechen« als gegeben.

Mit dieser Demonstration wollten wir ein Zeichen gegen Intoleranz, Unterschätzung faschistoider Tendenzen und auf einen akzeptables Miteinander setzen.

Mit dieser Demonstration verbanden wir die Hoffnung, Denkprozesse und Diskussionen in Gang zu bringen, die Bevölkerung im Umgang mit rechtem Gedankengut zu sensibilisieren und die Gefahren, die von rechten Gedanken ausgehen, bewußter werden zu lassen. Deshalb traten wir an die LAG Antifaschismus/Antirassismus, an die Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und andere Organisationen heran, um gemeinsam eine machtvolle, friedliche Demonstration in Saalfeld durchzuführen.

Aufgrund der Tatsache, daß es mit Bekanntwerden des Demonstrationsplanes zu einem einzigen Verriß durch die Lokalpresse und unserer Meinung nach zu einem völlig ungerechtfertigten Reagieren seitens vieler Lokalpolitiker kam und die NPD sofort zu einer Gegendemonstration aufrief, erlangt der Fall Saalfeld automa-tisch bundesweites Interesse, zumal die Stadt und der Landkreis unentschlossen reagierten und die NPD-Gegendemonstration nicht sofort verboten wurde.

In Stellungnahmen von Politikern und Polizei wird fast immer nur auf die Organisatoren und die geplante antifaschistische Demonstration eingegangen, um deren Sinn in Frage zu stellen und die Organisatoren aufzufordern, die Demo abzusagen. Auf allen Vorbereitungs- und Mobilisierungsveranstaltungen wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß es unser wichtigstes Anliegen ist, eine friedliche Demonstration in Saalfeld durchzuführen.

Alle Unterstützter dieser Demonstration teilten diese Auffassung. Ich will damit sagen, daß alle diese Auffassung vertraten, auch die autonomen Gruppen aus verschiedenen Städten.

Wem sollte es auch nützen, Saalfeld in Schutt und Asche zu legen? Warum wurden uns solche absurden Absichten unterstellt? Ist das die von uns angesprochene Diffamierung? Eindeutig ja, denn die letzte Bestätigung dieser Vermutung sehen wir in dem Demonstrationsverbot, in der Erstürmung des Wohnprojekts Schloßberg 1 und in der Durchsuchung des Saalfelder Klubhauses am 11. 10. 97. Der Beweis für unser friedliches Konzept ist, daß alle Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Demonstrationsverbot am 11. und 12. Oktober friedlich verlaufen sind; in Erfurt, Jena, Dessau, Leipzig, Weimar, Nürnberg und auf der A9 demonstrierten ungefähr 1.300 Menschen friedlich gegen dieses Verbot.

Zeugnis: M., Saalfeld:

»Sieg heil, das Reich kommt wieder«. Diese Äußerung gebrauchte im Gorndorfer Stadtteilzentrum ein Coburger junger Mann vor einer Bürgerversammlung in Anwesenheit des Bürgermeisters, seines Stellvertreters, des Ordnungsamtsleiters und des Vertreters des hier schon mehrfach genannten Herrn Polizeidirektors (...)●

FORTSETZUNG VON SEITE 8

punkt bei Rudolstadt: sechzig Schlagstöcke, 300 Feuerwerkskörper, sechzig Stichwaffen, zehn Wehrmachtshelme, vier Schreckschußpistolen, sechs Äxte, Gasmasken usw.) – wahrlich kein Argument für eine Gleichsetzung rechter und linker Drohpotentiale.

Es gibt keinen Anlaß für die Linken, ob aus dem Spektrum der DGB-Gewerkschaften oder anderer antifaschistischer Organisationen, sich im Zeichen solcher Ausgrenzungsversuche von Teilen des antifaschistischen Bündnisses abzugrenzen. Eine der zentralen Lehren aus der deutschen Geschichte vor 1933 ist die, nicht gegen-, sondern miteinander zu kämpfen gegen rechte Gefahr. Daher darf das populistische Kalkül des Innenministers nicht aufgehen.

Alle sind gefordert, trotz vorhandener Unterschiede jetzt erst recht für gemeinsame Politik und Aktionen einzutreten. Dies gilt im übrigen auch und besonders im Hinblick auf die unverhohlenen Versuche, Einzelpersonen aus den Aktivitäten herauszudrängen. Als »Brandstifter« wird derzeit nicht nur, aber auch vom Innenminister der stellvertretende Landesleiter der Gewerkschaft HBV, Angelo Lucifero »geoutet«. Er habe, so heißt es immer wieder, die Demonstration inszeniert, dafür bundesweit mobilisiert und die Sache dann nicht mehr im Griff gehabt. Wolle man dies für die Zukunft verhindern, so die naheliegende Schlußfolgerung, müsse man andere mit der Organisation beauftragen. Auch dies ist ein Versuch der Ausgrenzung, der nicht hingenommen werden kann. Ungeachtet von einzelnen Personen darf sich die Antifa-Bewegung nicht von außen vorschreiben lassen, wer an welcher Stelle mitarbeitet -weder vom Innenministerium noch von der SPD. Es gilt, das Saalfelder Bündnis zu verbreitern, mehr Menschen zum aktiven Eingreifen zu gewinnen, so wie es die »Erfurter Erklärung« fordert. Eines der aussagekräftigsten Fotos des 11. Oktober 1997 zeigt ein Transparent autonomer Jugendlicher in Leipzig bei einer spontanen Protestdemonstration mit dem Motto: *»1933: Verbot der Gewerkschaften – 1997: Verbot einer antifaschistischen Gewerkschaftsdemo«.*

Zwei Nachsätze seien gestattet:

1. Mittlerweile hat Richard Dewes angekündigt, »die Kosten für den umstrittenen Polizeieinsatz in Saalfeld in Höhe von rund 4,2 Millionen DM den Demonstranten in Rechnung zu stellen.« (Frankfurter Rundschau vom 15. November 1997) Damit hat der SPD-Landesvorsitzende seinen Beitrag dazu geleistet, für künftige antifaschistischen Demonstrationen in Thüringen zu mobilisieren. Niemand wird sich mehr das Argument gefallen lassen müssen, »gewaltbereite Linke« gerufen zu haben – für jede künftige Eskalation hat Dewes durch diese Ankündigung selbst gesorgt. (In diesem Zusammenhang wird noch zu klären sein, ob die Blockade der Autobahn nicht durch jene Polizeieinheiten verursacht wurde, die Busse an der Weiterfahrt hinderten, sie in – scheinbare? – Verhandlungen um das weitere Vorgehen verwickelten und dann nach Eintreffen weiterer Polizeieinheiten zu inhaftieren.)

2. Daß die thüringische Variante der »Law-and-Order«-Politik, für die Dewes steht, der SPD bei Bundes- oder Landtagswahlen 1998/99 rechnerischen Erfolg bringen wird, sollte im Interesse einer demokratischen und zivilen Gesellschaft von niemandem gewünscht werden: Es ist nämlich ein völlig untaugliches Mittel der Politik, unter dem Banner angeblicher »innerer Sicherheit« mit massiven Polizeieinsätzen und -ausrüstungen aufzutreten, wenn demokratische Menschen ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit in Anspruch nehmen wollen. Auffällig ist im übrigen, daß das Thema angeblicher »innerer Sicherheit« in einer politischen Situation aufgegriffen und in Saalfeld in aller Schärfe exekutiert wird, da sich immer mehr Menschen sozial und politisch ins Abseits gedrängt sehen.

Die weitreichende Konsequenz des »Saalfelder Weges« im Hinblick auf das Demonstrationsrecht, immerhin Kernelement einer demokratisch verfaßten Gesellschaft, wurde im übrigen wenige Tage später, am 8. November 1997, deutlich, als in München ein ähnliches Szenario ablief: Rechte Organisationen beantworteten die Anmeldung einer antifaschistischen Demonstration mit der Anmeldung einer rechten Aktion, im Ergebnis wurden beide verboten und mit großem Polizeiaufgebot unterbunden. Da das Anliegen der »Erfurter Erklärung« keinesfalls die Verhinderung linker Demonstrationen ist, müssen ihre Initiatoren jetzt darüber nachdenken, eine eigene Erklärung zur Politik des SPD-Innenminsters in Thüringen abzugeben. Schließlich hat er parallel zu seiner Unterschrift unter die »Erfurter Erklärung« schon das Unterwellenborner Gefängnis für den eigenen Einsatz als »starker Mann« herrichten lassen.●

Anzeige

Das Antifa-Info aus dem Rhein-Neckar-Raum

Neu!

ARNie INFO EXPRESS

Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistische Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
★ mit regionaler Presse-Schau
und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
★ große Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Information-Lücke in der Monatmitte

ARNie gibt es im Abo für 20,- DM / 10 Ausgaben (incl. Porto)

Ich will ARNie haben ❑ im Abo für 30,- DM / 10 Ausgaben ❑ als Probeexemplar für 3,- DM
Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1232, 69239 Neckarsteinach

ENERGIESTEUERN:

Die Tücken eines Wundermittels

Fast könnte es so scheinen, als habe der neuere ökologische Diskurs mit dem Konzept der Energie- oder Entropiesteuer ein Wundermittel entdeckt, um das Unmögliche möglich zu machen: moderne Warenproduktion und Ökologie miteinander zu versöhnen und die Abkehr vom Fossilismus zu erzwingen. Doch so naheliegend es in der Ära des totalen Marktes auch sein mag, die von diesem selbst verursachten lebensbedrohlichen Probleme durch monetäre Steuerung lösen zu wollen, diese Hoffnung muß bitter enttäuscht werden. Sie beruht auf der Illusion, das Geld sei nicht mehr als ein besonders cleveres Mittel gesellschaftlicher Vermittlung, das sich je nach Ambition auf die unterschiedlichste Weise »einsetzen« und »anwenden« lasse. Was man damit anfange, hinge also bloß vom (politischen) Wollen ab. Tatsächlich aber kennt das totalisierte System von Ware und Geld seine eigenen unerbittlichen Gesetzmäßigkeiten, die immanent nicht überlistet oder hintergangen werden können.

Von Norbert Trenkle, Nürnberg ● Sicher klingt der Vorschlag, die fossilen Energieträger durch steuerliche Aufschläge preislich einfach unattraktiv zu machen, zunächst einmal höchst plausibel. Dies um so mehr, als deren Anwendung zweifelsohne eine enorme Fülle an ökologischen und gesellschaftlichen Schäden produziert, die in keiner betrieblichen oder privaten Kostenrechnung auftauchen. Würden diese Schäden über den Umweg der Energiesteuer wieder »internalisiert«, so die Argumentation, würde sich schnell herausstellen, daß fossile Energie keinesfalls »billig« ist. Es macht dabei keinen grundsätzlichen Unterschied, ob man der Illusion anhängt, es ließen sich »ehrliche Preise« (Wolfgang Sachs) finden, was ja die vollständige monetäre Bewertung aller Folgewirkungen voraussetzt, oder wie Hermann Scheer viel pragmatischer argumentiert, die Entropiesteuer müsse eben so hoch angesetzt werden, daß letztlich jeder fossile Energieverbrauch unterbleibe. In beiden Fällen geht es darum, über den Eingriff in die Preisstruktur die Marktteilnehmer dazu zu bewegen, regenerativen Energiequellen quasi von selbst den Vorzug zu geben. Freilich muß schon die scheinbare Eleganz dieses Lösungskonzepts mißtrauisch stimmen.

Erstens wäre dagegen einzuwenden, daß der gegenwärtige relative Preisvorteil der fossilen Energieträger seinen Grund nicht in den Unzulänglichkeiten der Marktpreisbildung hat, sondern sich logisch aus den basalen Gesetzmäßigkeiten der modernen Warenproduktion ergibt. Diese kennt nur einen inneren Zweck, nämlich den der Anhäufung abstrakter Geldeinheiten in der betriebswirtschaftlichen Verwertung. Als Maßstab für den »Wert« der Waren, die von den miteinander konkurrierenden Privatproduzenten auf den Markt geworfen werden, gilt dabei letztlich nur, was an direkter menschlicher Arbeitszeit zu deren Produktion durchschnittlich notwendig ist. Alle übrigen natürlichen und gesellschaftlichen Faktoren (vom Klima bis zum Ausbildungsstand der Bevölkerung) erscheinen dagegen an den einzelnen Waren nicht als »Wert«, auch wenn sie selbstverständlich unabdingbare Voraussetzung für ihre Herstellung sind; denn sie stehen allen Produzenten gleichermaßen zur Verfügung und werden daher im Marktvergleich gewissermaßen herausgekürzt.

Diese brutal abstraktifizierende Reduktion der gesellschaftlichen Gültigkeit eines Produkts auf die verausgabte »Arbeitsmenge«, die sich als systematisch praktizierte Kostenexternalisierung bemerkbar macht, erklärt den relativen Preisvorteil der fossilen Energieträger. Deren »Wert« bestimmt sich nur über den für ihre Extraktion und Aufbereitung notwendigen »Arbeitsaufwand«, wogegen die in Jahrmillionen vollzogene Konzentration von Sonnenenergie vom warenproduzierenden Standpunkt aus als kostenlose Zugabe der Natur erscheint. Umgekehrt sind regenerative Energiequellen in dieser Hinsicht strukturell benachteiligt, denn hier muß der Prozeß der Negentropie erst noch unter Einsatz menschlicher Arbeitskraft geleistet werden, und dies bedeutet betriebswirtschaftlich gesehen im allgemeinen höhere Kosten (außer wenn besonders günstige klimatische und topographische Bedingungen vorliegen). Dabei ist es reichlich naiv, frohlockend festzustellen, so würden eben »neue Arbeitsplätze« geschaffen. Denn diese notwendige Mehrarbeit ist vom Standpunkt der Marktkonkurrenz nicht »gültig«, weil sie über den durchschnittlich notwendigen Aufwand hinausgeht (gemessen an der fossilen Energie), und sie wird daher auch nicht monetär »entlohnt«.

Nun kann natürlich ein Staat in die Preisbildung auf dem Markt eingreifen um bestimmte gesellschaftliche oder ökologische Prioritäten zu erzwingen. In der ein oder anderen Weise ist dies schon immer geschehen; noch nie gab es eine von Staatseingriffen völlig freie Marktwirtschaft und es konnte sie auch nicht geben, denn ohne öffentliches Regulativ hätte sich diese längst schon selbst zerstört. Freilich setzt sich der Staat dabei keinesfalls über die warenförmige Grundlogik

»Schließlich aber kann ein Staat oder Staatenverbund »politische Preise« bestenfalls nur im eigenen Hoheitsbereich durchsetzen und damit zwar regulierend in die innere Konkurrenz eingreifen, nicht aber die Logik des Weltmarkts außer Kraft setzen.«

als solche hinweg. Mit der Festsetzung »politischer Preise« werden nicht die Gesetzmäßigkeiten der »Wertbildung« als solche verändert, diese sollen vielmehr nur oberflächlich in bestimmte Bahnen gelenkt werden. Dies aber öffnet nicht nur den unterschiedlichsten Formen von Manipulation und Betrug Tür und Tor, zugleich werden jede Menge irrationaler Sekundäreffekte produziert, die den angestrebten Ziele zuwiderlaufen (das läßt sich auf allen »regulierten Märkten«, etwa dem EU-Agrarmarkt, zu Genüge beobachten). Schließlich aber kann ein Staat oder Staatenverbund »politische Preise« bestenfalls nur im eigenen Hoheitsbereich durchsetzen und damit zwar regulierend in die innere Konkurrenz eingreifen, nicht aber die Logik des Weltmarkts außer Kraft setzen. Die Grenzen der Marktregulation beginnen also spätestens dort, wo die nationale Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr gerät. Dabei ist der Manövrierspielraum gegenüber den Zwangsgesetzen der Konkurrenz historisch gesehen immer weiter geschrumpft. Solange der größere Teil der Warenproduktion noch auf die Binnenmärkte orientiert war, verzeichneten gesetzliche und fiskalische Maßnahmen noch gewisse Erfolge. Mit der fast völligen Globalisierung der Waren-, Kapital- und Finanzmärkte gehen die Möglichkeiten nationalstaatlicher Regulation aber gegen Null. Die Staaten sind selbst immer mehr zu bloßen Spielbällen der Weltmarktbewegung geworden und müssen permanent um die Attraktivität ihres »Standorts« kämpfen.

Unter diesen Bedingungen käme jeder Alleingang eines Staates oder einer Staatengruppe wie der EU bei der Einführung einer quantitativ relevanten Energie- oder Entropiesteuer dem ökonomischen Selbstmord gleich (1). Mit einem Schlag wären die dort produzierten Waren auf dem Weltmarkt nicht mehr absetzbar (weil »überteuert«), und dies würde eine ungeheure Abwanderung von Unternehmen und »Arbeitsplätzen« provozieren. Alle in diesem Zusammenhang aufgebrachten Vorschläge für eine Kostenkompensation, so unterschiedlich sie auch akzentuiert sein mögen, haben einen gemeinsamen Pferdefuß, der sich nicht hinwegdiskutieren läßt und auf den daher auch die neoliberalen Marktwirtschaftsapostel immer wieder genüßlich hinweisen. Erfolgen nämlich Steuersenkungen an anderer Stelle, ist der Staat fortan in seiner Finanzierung auf die Einnahmen aus der neuen Energiesteuer angewiesen. Das bedeutet aber, daß er aus finanzpolitischen Gründen nun gar kein Interesse mehr an einer Umstellung der energetischen Basis haben darf. Findet diese statt, muß er sofort wieder die Steuerschraube anderweitig anziehen und somit den Kompensationseffekt zunichte machen. Damit würden die Unternehmen nun doch doppelt belastet: erstens durch die erhöhten betriebswirtschaftlichen Aufwendungen bei der Nutzung regenerativer Energiequellen und zweitens durch die nach und nach wieder ansteigende fiskalische Belastung. Die einzige Alternative dazu wäre eine

»Wechselseitig verflochtene Handelsbilanzdefizite, riesige Staatsschulden auf allen Seiten und die völlige Abhängigkeit von den internationalen Finanz- und Devisenmärkten haben die politischen Akteure heute endgültig zu hilflosen Zuschauern des selbstläufigen Marktprozesses gemacht, den sie nicht beherrschen und nicht beherrschen können.«

Anhebung der Staatsverschuldung, doch diese Karte ist bekanntlich längst ausgereizt.

Dieser Einwand gilt unabhängig davon, wie die steuerliche Kompensation im einzelnen aussehen soll, ob also eine Senkung der Lohnnebenkosten, eine generelle Reform des gesamten Steuersystems oder eine Abschaffung der Mehrwertsteuer angestrebt wird, wie es etwa Hermann Scheer vorschlägt. Letzteres brächte ohnehin keine direkte Kostenentlastung für die produzierenden Unternehmen und wäre daher auch keine Kompensation für deren verschlechterte Weltmarktposition.

Dagegen könnte nun argumentiert werden, ein Staatenblock wie die EU sei stark genug, um die Einführung einer Energie- oder Entropiesteuer auf eigene Faust vorzunehmen, und nach und nach die anderen Staaten der Welt zu einem ähnlichen Schritt zu nötigen. Doch erstens wird die EU schon aufgrund der internen regionalen und nationalen Konkurrenz, die immer schärfer wird, nie und nimmer eine solche energiepolitische Wende einleiten können. Viel zu unterschiedlich sind die Entwicklungsniveaus und die Interessenlagen, und die Folgen für die einzelnen Regionen können kaum vorhergesagt werden. Damit ist aber die innere politische Blockade schon vorgezeichnet. Dies gilt in noch weit stärkerem Maße für die anderen beiden Blöcke der Triade, die NAFTA und die ostasiatischen Staaten im japanischen Einflußbereich, die ein weit stärkeres Strukturgefälle aufweisen und außerdem ohnehin keine vergleichbare politische Organisation wie die EU besitzen. Zweitens aber beruht die relative Stärke der EU im Weltmarktsystem ja gerade auf ihrer besonderen Konkurrenzfähigkeit, d.h. auf ihrer hohen Produktivität im Sinne der betriebswirtschaftlichen Verwertungsproduktion. Wollte sie diese durch eine Anhebung der Energiekosten untergraben, so wäre auch die Stärke dahin. Handelspolitische Gegenmaßnahmen wie etwa Strafzölle auf energieintensive Importe verbieten sich dabei von selbst, denn das würde zwangsläufig einen Handelskrieg provozieren, der beim gegebenen weltweiten Verflechtungsgrad zu gewaltigen ökonomischen Einbrüchen auf allen Seiten führen und zum Auslöser einer Weltwirtschaftskrise gigantischen Ausmaßes werden müßte (eine Krise, die sich freilich ohnehin anbahnt). Wechselseitig verflochtene Handelsbilanzdefizite, riesige Staatsschulden auf allen Seiten und die völlige Abhängigkeit von den internationalen Finanz- und Devisenmärkten haben die politischen Akteure heute endgültig zu hilflosen Zuschauern des selbstläufigen Marktprozesses gemacht, den sie nicht beherrschen und nicht beherrschen können. Das allgemeine Nicht-Handeln angesichts der derzeitigen Dollarkrise (Stand 1995, d. Redaktion) wirft ein Schlaglicht hierauf.

Selbst wenn wir aber einmal all diese Sachverhalte vernachlässigen wollten und hypothetisch annähmen, es fände sich tatsächlich ein Weg die weltweite Verteuerung fossiler Energie effektiv durchzusetzen, so würde auch dies keinesfalls die selbstzweckhafte Wachstumsbewegung stoppen und eine Dezentralisierung der Produktions- und Versorgungskreisläufe einleiten, wie verschiedentlich behauptet wird. Der im Wesen des Ware-Geld-Systems angelegte Zwang zur unendlichen Ex-

»Wegen ihrer relativ hohen Energiedichte und der fast vollständigen räumlichen und zeitlichen Unabhängigkeit im Einsatz sind die fossilen Energieträger wie keine anderen dazu geeignet, die verwertungsgerechte Homogenisierung der Welt zu unterstützen. Schon dies erklärt den erbitterten Widerstand der Vertreter von Wirtschaft und Politik gegen jede wirkliche Umstellung der energetischen Basis.«

pansion und zur rücksichtslosen Überwindung aller räumlichen und stofflichen Begrenzungen würde durch die Veränderung der energetischen Rahmenbedingungen vielleicht partiell behindert (etwa wegen der höheren Transportkosten), keinesfalls jedoch ausgeschaltet. Nicht ein friedliches Nebeneinander »nachhaltig« für den Eigenbedarf wirtschaftender Regionen wäre die Folge; im Gegenteil müßte sogar mit einer Verschärfung der regionalen Ungleichgewichte und damit der globalen Standortkonkurrenz gerechnet werden. Die unterschiedliche Verfügbarkeit über regenerative Energiequellen würde zu einem für die »Weltmarktfähigkeit« einer Region entscheidenden »Wettbewerbsfaktor«. Während die energetisch begünstigten Regionen den Großteil der globalen Verwertungstätigkeit und »Arbeitsplätze« an sich ziehen könnten, wären die restlichen Weltgegenden kostenmäßig relativ unattraktiv und würden daher strukturell verelenden.

Dabei dürfte es übrigens vom Standpunkt der betriebswirtschaftlichen Logik aus durchaus rational sein, regenerative Energieträger im großtechnologischen Maßstab zentralisiert anzuwenden auch wenn dies stofflich gesehen unsinnig ist. Denn eine kleinräumige VorOrt-Produktion ist mit den Imperativen der modernen Verwertungsproduktion völlig unvereinbar. Diese erzwingen erstens eine Produktion in relativ großem Maßstab (»economy of scales«), denn nur so kann das riesige Sachkapital ausgelastet werden. Dabei muß zudem ein »attraktiver Standort« auch infrastrukturellen Reserven für eine weitere Expansion bieten. Zweitens erfordert ein optimaler Verwertungsprozeß weitgehend homogene Rahmenbedingungen, denn das Kapital muß möglichst rund um die Uhr »beschäftigt« sein (und dieser Gesichtspunkt wiegt um so schwerer, je größer die angewandten Kapitalsummen sind). Das aber bedeutet, daß der Produktionsfluß nicht abhängig sein darf von jahres- oder tageszeitlichen Schwankungen in der Verfügbarkeit eines so wichtigen Faktors wie der Energie (das gilt natürlich auch für andere Faktoren, wie vor allem die Arbeitskraft); gleichzeitig müssen stets genügend Energiereserven vorhanden sein, um möglichst schnell und flexibel auf die Veränderungen des Marktgeschehens zu reagieren.

Es ist dies auch der Grund (über alle Kostenerwägungen im engeren Sinne hinweg) für den strukturell fossilistischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise. Wegen ihrer relativ hohen Energiedichte und der fast vollständigen räumlichen und zeitlichen Unabhängigkeit im Einsatz sind die fossilen Energieträger wie keine anderen dazu geeignet, die verwertungsgerechte Homogenisierung der Welt zu unterstützen. Schon dies erklärt den erbitterten Widerstand der Vertreter von Wirtschaft und Politik gegen jede wirkliche Umstellung der energetischen Basis.

Wie wir es auch drehen und wenden, das System der modernen Warenproduktion läßt sich durch politische Eingriffe nicht ökologisch domestizieren. Das heißt freilich nicht, sich mit dem selbstläufigen Zerstörungsprozeß abfinden zu müssen; es nötigt uns aber, eine Überwindung der warenförmigen Zwangslogik und die Entwicklung einer neuen Form bewußter Vergesellschaftung jenseits von Geld, Markt und Staat ins Auge zu fassen. Daß dies nicht mit einem Schlag geschehen kann, sondern es einer ganzen Reihe kleiner und großer Vermittlungsschritte bedarf, liegt auf der Hand.

Paradoxerweise könnte dabei die fundamentale ökonomische Strukturkrise, die bereits weite Teile der Welt empfindlich getroffen hat und die immer stärker auch auf die westlichen Industrienationen durchschlägt, entscheidende Impulse geben. In dem Maße nämlich, in dem immer mehr Regionen und soziale Schichten ihre »Marktfähigkeit« verlieren und damit vom gesellschaftlichen Warenreichtum abgeschnitten werden, drängt sich als einzige wirkliche Alternative auf, wachsende Teile der Reproduktion von den Zwängen des Geldes zu entkoppeln und selbstorganisiert zu betreiben. Vor diesem Hintergrund aber könnte eine Dezentralisierung der Landwirtschaft ebenso wie der Energieversorgung und (schrittweise auch) der industriellen Produktion auf Basis moderner naturwissenschaftlicher und ökologischer Erkenntnisse erstmals reale Konturen gewinnen. Denn mit dem (zunächst partiellen) Ausschalten der Marktlogik könnten nun Gesichtspunkte stofflich-sinnlicher Vernunft zum Tragen kommen. Freilich setzt die Entwicklung solcher kommunalen und regionalen Aktivitäten die mehr sein wollen als Selbstverwaltung der Armut voraus, daß sich ihre Träger zu einer gesellschaftlichen Bewegung formieren, die ihre Forderungen und ihre Perspektiven gegenüber den Institutionen und Vertretern des Marktsystems offensiv vertritt. Dazu könnte einerseits gehören, für die Umlenkung stofflicher Ressourcen in die selbstverwalteten Sektoren zu kämpfen (Gebäude, Grund und Boden, notwendige Rohstoffe etc.). Andererseits aber wird es auch notwendig sein, die krisenhaft weiterprozessierende Selbstzweckbewegung des Geldes zu behindern wo und wie immer möglich. Dazu könnten Energiesteuern durchaus ein Mittel unter anderen sein. Diese wären dann allerdings nicht als marktwirtschaftliches Wundermittel zu sehen, sondern vielmehr als flankierende Maßnahme in einer Strategie des Ausstiegs aus der Warenproduktion. ●

»Dazu könnten Energiesteuern durchaus ein Mittel unter anderen sein. Diese wären dann allerdings nicht als marktwirtschaftliches Wundermittel zu sehen, sondern vielmehr als flankierende Maßnahme in einer Strategie des Ausstiegs aus der Warenproduktion.«

Anmerkungen:

1) Die Betonung liegt hier auf quantitativ relevant, denn eine entsprechende Steuer, ohne einschneidenden Umlenkungseffekt wäre sinnlos (das DIW etwa rechnet mit lächerlichen Pfennigbeträgen und kommt dann zu dem Resultat, daß dies der »deutschen Volkswirtschaft« nicht schaden – aber eben auch nichts bewirken würde).

Norbert Trenkle (lebt in Nürnberg, ist Mitherausgeber und Autor der Zeitschrift »KRISIS – Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft«, Horlemann Verlag)

ZU DEN THESEN DER BEFÜRWORTER

Die Folgen des Euro

Als nächster Schritt der Weiterentwicklung der EU kommt die gemeinsame Währung, der EURO. Welche Wirkungen der EURO auf die politische und ökonomische Situation hat, ist nicht nur in Deutschland umstritten. Von den Befürwortern der schnellen Einführung des EURO wird behauptet, die Währungsumstellung sei keine Währungsreform und auch mit der (ebenfalls) überstürzten Einführung der D-Mark in der DDR nicht zu vergleichen. Es wird behauptet: »Das Ganze gleicht der Umrechnung von PS in Kilowatt.« (20 Fragen zum Euro, Aktionsgemeinschaft EURO)

Erich Jungnickel, Hamburg (Arbeitskreis Lokale Ökonomie) ●

Das läßt auf eine Vergleichbarkeit mit der Einführung des neuen Franc in Frankreich in den 50er Jahren schließen. Damals wurde die französische Währung im Verhältnis 100 »alte« Franc gleich 1 »neuer« Franc umgewertet. Dazu wurden die alten Francscheine allmählich durch neue ersetzt. Beim Euro aber wird jetzt ein exakter Zeitplan und ein Katalog von sogenannten KonvergenzKriterien benötigt. Die Befürworter scheinen ihrer eigenen Propaganda nicht zu trauen.

Vielmehr müssen folgende Kriterien erfüllt sein, damit ein Staat am EURO teilnehmen kann:

- Haushaltsdefizit unter 3% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) (1)
- Staatsverschuldung unter 60% des BIP
- Inflationsrate maximal 1,5 Prozentpunkte über den drei am niedrigsten liegenden Ländern
- langfristige Zinssätze maximal 3 Prozentpunkte über den Zinssätzen der 3 Länder mit der niedrigsten Preissteigerungsrate.
- Die Währung muß in den letzten zwei Jahren vor dem Beitritt ohne Abwertungstendenzen am Europäischen Währungssystem (EWS) teilgenommen haben.

Wie kommen die Politiker eigentlich auf diese Kriterien und ihre Grenzwerte? Kein theoretisches Modell kann bisher irgendwelche Kriterien begründen. Wichtiger ist aber zu klären, was als Folge von verschieden festgelegten Kriterien zu erwarten ist.

Funktion von Wechselkursen

Um die Wirkung der Einführung einer Einheitswährung zu verdeutlichen, müssen erst die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Währungen geklärt werden. Die Frage heißt also: Wie erklärt sich der Wechselkurs zwischen Währungen und was bewirkt er?

Die herrschende Theorie erklärt Wechselkurse aus der unterschiedlichen Kaufkraft der Währungen (Kaufkraftparitätstheorie). Man müßte also für umgewechselte 100 DM in jedem Land nicht mehr und nicht weniger bekommen, als für die 100 DM in Deutschland. Wer je im Ausland war, hat dies sicherlich anders erlebt. Auch die marxistische Idee, der Wechselkurs würde die unterschiedlichen Produktivitäten ausgleichen, sie bringt uns hier nicht weiter. Schließlich bestimmen die gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Produktionskosten die Preise. Übersehen wird in beiden Fällen, daß die Preise auf lokalen Märkten nicht in den Wechselkursmechanismus eingehen können, da sie keine Nachfrage nach Devisen auslösen. Die Exportindustrie arbeitet aber in der Regel mit dem Weltmarkt angepaßten Technologien mit höherer Produktivität als die Binnenwirtschaft. Die Preise bzw. die Produktivität des Binnenmarktes fließt nur über die Arbeitskosten in die Exportpreise ein. Die unterschiedlichen Lohnniveaus und die durchsetzbaren Preise auf den anvisierten Märkten spiegeln sich dann im unterschiedlichen Einsatz von Produktionsmitteln wider.

Als weitere Nachfrage nach Devisen treten Tourismus und reine Geldtransfers in Erscheinung. Auch wenn ein Tourist Güter auf den lokalen Märkten mit der nationalen Währung nachfragt, hat dies devisentechnisch den gleichen Effekt wie ein Export, da die Beträge erst aus einer Fremdwährung eingewechselt werden müßten. Für den Devisenkurs ist es dabei unerheblich, wo und wann die Einwechselung erfolgt. Wichtig ist hingegen der Anteil der lokal produzierten Güter an der touristischen Nachfrage. Auch der Arbeitsimmigrant, der zur Unterstützung seiner Familie Geld schickt, erhöht die Nachfrage nach der nationalen Währung des Empfängerlandes und damit den Außenwert des Geldes seines Heimatlandes. Das Gleiche gilt für Steuerflüchtlinge, soweit sie ihr Geld in nationale Währung umtauschen.

Neben diesen Gruppen, die den Devisenkurs als Nebeneffekt ihres normalen Verhaltens beeinflussen, gibt es noch Wirtschaftssubjekte, die bewußt auf den Devisenkurs einwirken. Die Notenbank versucht häufig, die inländische Wirtschaftspolitik durch eine entsprechende Devisenpolitik zu stützen. Zur Exportsteigerung wird z.B. versucht, eine gewisse Unterbewertung zu erhalten. Selbst in Deutschland (West) wurde in den 50er Jahren dieser Weg beschritten. Andererseits kann auch eine Überbewertung sinnvoll sein, z.B. um das inländische Zinsniveau niedrig zu halten.

Immer bedeutender für die Devisenmärkte werden Spekulanten. Sie setzen aus Erfahrungen, Gerüchten, Meinungen usw. auf die Auf- bzw. Abwertung bestimmter Währungen. Ihre Marktmacht auf den Devisenmärkten ist mittlerweile so groß, daß es vorkommt, daß die Spekulation einen Auf- bzw. Abwertungsdruck produziert, ohne daß es ökonomische Gründe dafür gibt.

Euro-Banknote

Festgehalten werden kann, daß auch der Devisenmarkt kein Gleichgewicht mit äquivalenten Preisen produziert, sondern langfristig unter- bzw. überbewertete Währungen kennt.

Wirkungen ungeeigneter Kriterien

Die Wirkungen ungeeigneter Konvergenzkriterien auf die beteiligten ökonomischen Systeme hängt von der relativen Position der Umrechnungskurse zum EURO zum heutigen Wechselkurs ab. In einigen Staaten wird sich die Einführung des EURO wie eine Aufwertung auswirken, in anderen wie eine Abwertung. Die ökonomische Stärke der Exportindustrien der abwertenden Staaten auf dem Weltmarkt und dem EU-Binnenmarkt wird dabei durch sinkende Weltmarktpreise gestärkt. Im Umkehrschluß wird die Exportwirtschaft der aufwertenden Staaten geschwächt. Die Nachfrage und damit die Produktion wird also wahrscheinlich aus den heute exportschwachen Staaten in die bereits heute stark exportierenden Staaten abwandern. Der damit verbundene Arbeitsplatzverlust in den ökonomisch schwachen Staaten wird kaum durch zusätzliche Arbeitsplätze bei den 'Gewinnern' ausgeglichen, da ihre Stärke in einer sehr hohen Produktivität liegt, und neue Arbeitsplätze nur bei sehr starken Nachfragesteigerungen entstehen.

Darüber hinaus werden wahrscheinlich einige Wirtschaftszweige, die heute nur für den nationalen oder regionalen Markt produzieren, ihre Produkte europaweit anbieten. Dadurch wird die Zahl der exportierenden Betriebe weiter erhöht, mit den schon oben geschilderten Folgen. Die Hamburger Sparkasse (HASPA) schreibt dazu: *»Speziell vor diesem Hintergrund dürfte ein großes, einheitliches Währungsgebiet mittel- und langfristig tausende Arbeitsplätze in Deutschland sichern.«* (EURO-Informationsservice, Volkswirtschaftliche Aspekte, 2. Auflage, HASPA, 1997) Von Arbeitsplätzen in anderen EU-Ländern ist nicht die Rede.

Aber hat die HASPA überhaupt recht? Schon jetzt wird im Rahmen des Maastricht II – Abkommens über ein europäisches Beschäftigungsprogramm gesprochen. Keines der verarmenden Länder hätte allein die Möglichkeiten, der wirtschaftlichen Talfahrt ganzer Provinzen entgegenzuwirken. Ein europäisches Beschäftigungsprogramm in irgendeiner Form würde sicher kommen. Finanziert aus Steuergeldern der vom EURO profitierenden Staaten würden Arbeitsplätze in den verlierenden Staaten subventioniert. Wenn diese Politik funktioniert, werden mittelfristig Arbeitsplätze aus den reichen Staaten in die verarmenden verlagert. Das gleiche Ergebnis entsteht ohne Beschäftigungsprogramm durch das dann einsetzende Lohndumping. Mittelfristig gehen also auch in den Staaten, die kurzfristig vom EURO profitieren, Arbeitsplätze verloren.

Banken haben sicherlich andere Probleme. So teilt die HASPA mit: *»Die Aufweichung der Konvergenzkriterien..., hätte ein stärkeres Ansteigen des durchschnittlichen Preisniveaus in der Europäischen Währungsunion zur Folge«*. (Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Gefahr für die Anleger? HASPA, 1996) Das gilt sicherlich auch, wenn die Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft wirksam bekämpft würde.

Wirkung geeigneter Kriterien

Um diese unerwünschten ökonomischen Auswirkungen zu verhindern, müßten Kriterien bestimmt werden, die die tatsächlichen wirtschaftlichen Potentiale und ihre Entwicklung berücksichtigen. Dabei müßte auch der Einfluß der sozialen und ökologischen Problembereiche auf die wirtschaftliche Entwicklung beachtet werden. Auch solche geeigneteren Kriterien in der richtigen Höhe würden keine positiven Impulse für den europäischen Arbeitsmarkt liefern. Die systemimmanenten Tendenzen zur Konzentration und Zentralisation verbunden mit dem Zwang zur Rationalisierung wird das Arbeitsplatzangebot in den alten, ausgereiften Wirtschaftszweigen mittel- bis langfristig auf jeden Fall reduzieren. Aber bereits die notwendigen Anpassungen der beteiligten Volkswirtschaften würden die Unterschiede zwischen Hartwährungsländern und Weichwährungsländern ausgleichen. Dadurch würden die heute weichen Währungen härter und die harten Währungen weicher werden. Eine Anpassung der Währungen auf dem Niveau der DM mit ihren vermeintlichen Vorteilen ist nicht wahrscheinlich. Aber gerade diese Aufweichung der DM gibt der deutschen Exportwirtschaft neue Möglichkeiten auf den internationalen Märkten. Gerade ein EURO oder eine DM, die im Vergleich zu heute weicher ist, schafft bzw. sichert Arbeitsplätze in Deutschland. Allerdings geschieht das auf Kosten von Arbeitsplätzen in den USA oder Fernost. Die europäischen Partnerländer wären nicht betroffen, da auch ihre Volkswirtschaften von den geeigneten Kriterien profitieren würden. Eine Währungsumstellung zum richtigen Zeitpunkt unter den richtigen Bedingungen würde also zumindest die schlimmsten Verwerfungen in Europa vermeiden. Allerdings bleibt völlig unklar, welche Kriterien erfüllt sein müssen und wann der richtige Zeitpunkt sein wird.

Beurteilung der Konvergenz-Kriterien

Sind die vereinbarten Konvergenzkriterien und ihre Höhe nun eher als richtig oder als falsch anzusehen? Bei den Zahlen ist die Beurteilung relativ einfach. Weil es um die Angleichung der ökonomischen Verhältnisse geht, ist die absolute Höhe der Zahlen letztlich gleichgültig. Wichtig ist nur, daß die Daten so ähnlich wie möglich sind. Ob z.B. das Haushaltsdefizit der beteiligten Staaten nun exakt 3% oder exakt 10% beträgt, ist für die Einführung des EURO gleichgültig (aus anderen Überlegungen heraus ist das anders). Eine Streuung zwischen 0% und 3% ist letztendlich schlimmer, als eine Streuung zwischen 9,8% und 10,2%, da es nur um die Angleichung der Werte geht.

Dasselbe gilt auch für die Staatsverschuldung. Empirisch läßt sich ein Zusammenhang zwischen Staatsverschuldung und Währungsstabilität nicht belegen. So ist z.B. Belgien das am höchsten verschuldete Land der EU, hat aber trotzdem eine stabile Währung.

Die Ausgleichsproblematik wird bei der Inflationsrate und den langfristigen Zinssätzen in den Kriterien schon berücksichtigt. Auch der Zusammenhang zwischen Preisstabilität und Zinsniveau ist einsichtig, weil die Notenbanken versuchen, durch die Zinspolitik die Inflationsrate zu beeinflussen. Allerdings steigt nach der sogenannten Phillipskurve die Arbeitslosenquote bei fallender Inflationsrate an. Die Orientierung an den Staaten mit den geringsten Inflationsraten schafft damit automatisch Arbeitsmarktprobleme.

Von der Idee her nicht falsch ist auch die zweijährige Teilnahme am EWS. Möglicherweise ist aber schon die erlaubte Schwankungsbreite im EWS von +/- 15% zu groß, um eine ausreichende Annäherung zu schaffen. Der Zeitraum von zwei Jahren ist für eine Beurteilung der Währungsstabilität sicherlich viel zu kurz. Merkwürdig ist auch, daß zwar Abwertungstendenzen die Konvergenz stören sollen, Aufwertungstendenzen aber nicht. Vermißt werden sowieso Kriterien für soziale, ökologische und selbst technische Standards, ohne deren Vereinheitlichung die EU ein Bund sehr unterschiedlicher Partner bleibt, deren Unterschiede sich bei einer einheitlichen Währung nur um so mehr zeigen werden.

EURO und Krise

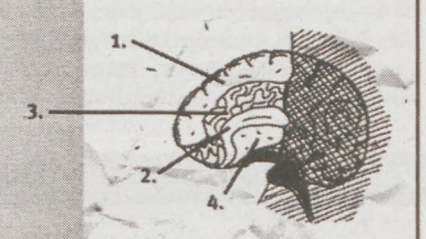
Die übereilte Einführung des EURO mit zweifelhaften Konvergenzkriterien wird die aktuelle Wirtschaftskrise insgesamt verschärfen und dabei die Auswirkungen auf bestimmte Branchen und Regionen besonders konzentrieren. Aber auch die Beschäftigten werden die Folgen des EURO zu spüren bekommen. *»Lohnsteigerungen werden mehr denn je allein vom Produktivitätsfortschritt abhängig sein. Zuweilen holen die Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen mehr heraus, vor allem in Südeuropa. Das ist in einem einheitlichen Währungsraum kaum mehr möglich.«* (EURO-Info-Service, Deutschland auf dem Wege zum Euro, HASPA. 1997)

Zu hoffen ist, daß dabei die heute vorherrschende neoliberale Wirtschaftspolitik, die Ursache und nicht Wirkung der Konvergenzkriterien ist, überwunden wird. Das ginge aber nur durch weitere Machtabgabe der nationalen Regierungen an die EU. Nach der Einführung des EURO wird keine nationale Wirtschaftspolitik mehr greifen und eine neue Euro-Bürokratie für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik müßte geschaffen werden. Jede andere Entwicklung würde, durch die zunehmende ökonomische Auseinanderentwicklung der Regionen, die weitere Entwicklung der EU gefährden. Der Funktions- und Machtzuwachs der demokratisch nicht kontrollierten EU-Behörden führt aber seinerseits zu einer problematischen politischen Entwicklung in der EU.●

(1) Bruttoinlandprodukt ist die Summe aller innerhalb eines Staates produzierten Güter und Dienstleistungen gemessen in ihren Verkaufspreisen.

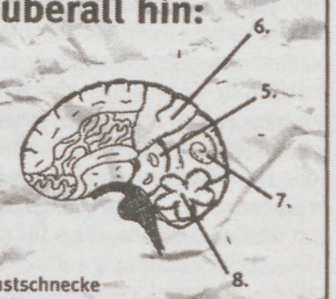
Anzeige

Viele Zeitschriften kommen nur bis hierhin:



1. Frustrationslappen
2. bewegungsmelancholischer Schlund
3. auswegloses Analyseganglion
4. spätpatriarchale Blähzone

Aber alaska kommt überall hin:



5. Lustschnecke
6. Perspektivtrichter
7. feministischer Widerspruchswirbel
8. Zeitgeisttaster

alaska

internationalistisch - feministisch - links - anders.

Probeheft bestellen: alaska, Auf der Kuhlen 22, 28203 Bremen, fon/fax 0421 - 720 34

Heft 216: Postfaschismus
Heft 217: Befreiungstheorien

KONGRESS: NEUORIENTIERUNG IN DER WOHNUNGSLOSENHILFE

»Wege aus dem Ghetto«

Redaktion Heidelberg ● Die Zeiten sind schlecht für Bürger und Bürgerinnen, die schon jetzt mit wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen haben: Die Arbeitslosenrate steigt kontinuierlich, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und Billigjobs nehmen zu, die Zahl der Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt erreicht wieder Rekordhöhen. Ebenso wenig wie die Unternehmensgewinne zu einer sinkenden Zahl von Arbeitslosen führt, wirkt sich die starke Bautätigkeit der letzten Jahre positiv auf das Angebot im unteren Preissegment aus, auf das aber die Menschen angewiesen sind, die in latent schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Vor diesem Hintergrund diskutieren die mehr als 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Sozialrecht, Verbänden, Kommunen, Wissenschaft, Politik und Selbsthilfeinitiativen auf der diesjährigen Bundestagung in Berlin.

Die Wohnungslosenhilfe sieht sich, ähnlich anderen Systemen der sozialen Hilfe, vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits kann die Wohnungslosenhilfe ohne eine Arbeitsmarktpolitik, die auch Wohnungslosen und anderen in prekären Arbeitsverhältnissen einen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht, und ohne ein ausreichendes Angebot preisgünstiger Wohnungen nicht erfolgreich sein; andererseits muß sie in diesen Zeiten, in denen die Hilfe für sozial Ausgegrenzte besonders dringlich ist, mit immer weniger Ressourcen zurecht kommen.

Die BAG verurteilt jeden Versuch, die bedarfsgerechte Hilfe für Menschen in schwierigen, sozialen Lebenslagen auszuhebeln und durch praxisferne, vom Prinzip der größtmöglichen Einsparungspotentiale bestimmte Leistungs-Kataloge zu ersetzen. »Das soziale Hilfesystem Wohnungslosenhilfe ist keine Autowerkstatt, in der in einem genau definierten Zeitraum ein Gefährt wieder fit gemacht wird«, erklärte Heinrich Holtmannspötter, Geschäftsführer der BAG Wohnungslosenhilfe.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Zahl der Wohnungslosen 1997

Für 1997 schätzt die BAG Wohnungslosenhilfe 860.000 Wohnungslose. Die Zahl der Wohnungslosen im Westen leicht rückläufig, im Osten muß aber von einer 25%igen Steigerung ausgegangen werden. Der leichte Rückgang der Wohnungslosenzahlen (-3%) ist ein Erfolg der großen Anstrengungen von Kommunen und freien Trägern bei der Verhinderung von Wohnungsverlusten. So haben freie Träger in der Wohnungslosenhilfe ihr ambulantes Beratungsangebot ausgebaut und zahlreiche Kommunen durch Mietschuldenübernahme den Wohnungsverlust verhindern können. Der Rückgang bei der Gesamtzahl ist aber vor allem auf den Rückgang der Zahl wohnungsloser Aussiedler (-20%) zurückzuführen bedingt durch die rückläufige Zuwanderung von Aussiedlern, aber auch durch deren schnellere Integration in den Wohnungsmarkt.

So positiv dies zumindest im Westen Deutschlands auf den ersten Blick erscheint, so machen doch die Zahlen eines deutlich: Trotz der Rekordzahlen bei der Fertigstellung von Wohnungen, gelingt es kaum, die Wohnungslosigkeit abzubauen, verhindert werden kann bestenfalls in den westlichen Bundesländern ein weiterer Anstieg der Zahlen. »Es besteht die große Gefahr, daß sich Politik und Gesellschaft an eine Sockel-Wohnungslosigkeit ebenso gewöhnen, wie an die Sockel-Arbeitslosigkeit,« warnte der Vorsitzende der BAG Wohnungslosenhilfe, Martin Berthold.

In den ostdeutschen Bundesländern sind die Entwicklungen dramatischer. Die BAG Wohnungslosenhilfe rechnet mit einem Anstieg um 25% auf dann 66.000 Wohnungslose. »Verantwortlich dafür sind der Vollzug angestauter Räumungsklagen, ein noch lückenhaftes Hilfesystem, sowie die besonders schwierige Arbeitsmarktsituation«, erläuterte Johannes Spenn vom Diakonischen Werk in der Kirchenprovinz Sachsen und Vorsitzender des Fachausschusses neue Bundesländer in der BAG W.

Fatale Auswirkungen des Wohnungsbaugesetzes

In dieser Situation sind die Signale, die durch das neue Wohnungsbaugesetz ausgesandt werden fatal. Die verschobene Anpassung des Wohngeldes und die ab 1998 geplante Deckelung der Wohngeldausgaben, werden noch mehr Menschen in die Abhängigkeit von der Sozialhilfe treiben und das Risiko erhöhen, wegen untragbarer Wohnkosten die Wohnung zu verlieren. Die im Wohnungsbaugesetz vorgesehene einkommensorientierte Förderung und Mietpreissteigerung wird einkommensschwachen Haushalten den Zugang zu neu geförderten Sozialwohnungen unmöglich machen. Zum einen werden Bezieher höherer Einkommen als Mieter bevorzugt, zum anderen werden die Bundesländer wegen der Mittelknappheit vorrangig Wohnungen mit kurzen Bindungen und relativ hohen Einstiegsmieten fördern. Der Bund zieht sich mit diesem Gesetz nahezu vollständig aus der Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau zurück und wälzt die Kosten ein weiteres Mal auf Städte und Gemeinden ab. Diesem Kostendruck werden sich die Kommunen dadurch entziehen, daß sie die Übernahme von Wohnkosten bei Sozialhilfeempfängern äußerst zurückhaltend handhaben und daß damit mittelfristig wieder mit einem Anstieg der Haushalte zu rechnen ist, die auf dem Wohnungsmarkt unversorgt bleiben.

Die Stadt gehört allen

Die Konsequenzen dieser schlechten Rahmenbedingungen sind überall greifbar. Arme Wohnungsgebiete werden tendenziell ausgegrenzt. Wenn es um die Verbesserung der Infrastruktur geht oder um die Erhaltung der Bausubstanz bleiben diese Gebiete zunehmend außen vor. Aber heutzutage geht es nicht um die sozialräumliche Segregation von Wohngebieten und Stadtteilen, sondern um die handgreiflichen Versuche, Arme, Wohnungslose, Bettler aus den Einkaufs- und Geschäftsvierteln der Städte zu vertreiben. Suppenküchen, Wärmestuben, Tafeln, die überzählige Nahrung an Bedürftige verteilen, haben Konjunktur, gleichzeitig werden öffentliche Plätze und Bahnhöfe von Wohnungslosen gesäubert, gibt es zahlreiche Interessengemeinschaften der örtlichen Kaufmannschaft, die sich lautstark sorgen, daß Bettler in den Einkaufszonen, den Geschäften schaden könnten.
»Wir brauchen Konzepte gegen Armut, Wohnungslosigkeit und soziale Ausgrenzung, und keine Vertreibung Armer aus dem Gesichtsfeld einer wohlhabenden Gesellschaft«, unterstrich Martin Berthold. Deswegen organisiert die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe zusammen mit anderen Verbänden im September 1998 einen bundesweiten Aktionstag gegen die Diskriminierung und soziale Ausgrenzung Wohnungsloser und Armer unter dem Motto »Die Stadt gehört allen«.●

dp

GRAUE PANTHER, HAMBURG:

Infobörse gemeinschaftliches Wohnen von Alt und Jung

Ulrike Petersen, Redaktion Hamburg ● In Hamburg ist das Interesse am gemeinschaftlichen Wohnen nach wie vor ungebrochen. Und obwohl es gerade in dieser Stadt bereits eine ganze Reihe sehr unterschiedlicher Wohngruppenprojekte gibt, übersteigt die Nachfrage bei weitem das Angebot. Viele sind auf der Suche nach neuen Wohnformen. Und es gründen sich weiterhin Gruppen, die ihre Wohnkonzepte realisieren wollen.

Besonders dann, wenn man neu in das Thema einsteigt, sind Kontakt und Erfahrungsaustausch mit anderen »wohninteressierten« Menschen wichtig. Aber wie bekommt man Anschluß an eine Gruppe? Wo werden noch Mitglieder für ein Mehrgenerationen-Projekt gesucht? Wer möchte in eine Wohngemeinschaft am Stadtrand einsteigen?

Um für diese Fragen in Zukunft passende Antworten zu finden, haben die Grauen Panther Hamburg e.V. die »Infobörse für gemeinschaftliches Wohnen von Alt und Jung« ins Leben gerufen.

Dieses Vorhaben wurde in einem informellen Wohnprojekt-Arbeitskreis vorbesprochen und durch eine Spende der Hamburger Sparkasse gefördert. Die Grauen Panther wollen mit der Börse den Austauschprozeß gemeinschaftlicher Wohnformen in Hamburg und Umgebung vereinfachen. Mit Hilfe einer Datenbank können die Wohngesuche von Einzelpersonen oder Wohninitiativen und die Wohnangebote bestehender bzw. geplanter Wohngruppenprojekte vernetzt werden.

Die Infobörse wurde datenschutzrechtlich geprüft. Die Bearbeitung der Daten, die nur in der Aufbauphase gratis erfolgen kann, wird von den Grauen Panthern Hamburg e.V. im Treffpunkt St. Georg am Hansaplatz übernommen.

Natürlich ist dieses neuartige Projekt auf die Teilnahme möglichst vieler Personen und Gruppen angewiesen.

Um aber gleich jedem Mißverständnis vorzubeugen: Es geht nicht um kurzfristige Wohnraumvermittlung à la Mitwohnzentrale, sondern um die Vernetzung und Förderung selbstorganisierter Wohngruppenprozesse. Diese Initiative soll dazu beitragen, den langwierigen und komplizierten Weg von der Wohnidee zum konkreten Wohnprojekt ein Stück zu verkürzen, um so zur weiteren Vervielfältigung gemeinschaftsorientierter Wohn- und Lebensformen in Hamburg beizutragen.●

aus: FreiHaus, Info für gemeinschaftliches und selbstbestimmtes Wohnen Nr. 1, 9/97

Informationen zur Infobörse: Graue Panther Hamburg e.V., Treffpunkt St.Georg, Zimmerpforte 8, D-20099 Hamburg, Telefon & Fax 040-24 80 96

HAMBURG:

Armutsbekämpfung »vor Ort« in Selbstverwaltung

Erich Jungnickel, Redaktion Hamburg ● Am 6.12.94 beschloß der Hamburger Senat ein Programm für »Zusätzliche Maßnahmen gegen Armut als Bestandteil sozialer Stadtentwicklung«(1). Durch die Bündelung aller Ressourcen sollen in diesem sogenannten Armutsbekämpfungsprogramm auf Quartiersebene wirkungsvolle Beschäftigungseffekte ausgelöst und die Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen verbessert werden. Verantwortlich für die erfolgreiche und fristgerechte Umsetzung sollen unabhängige Organisationen als Projektentwickler sein. Für eine Testphase wurden bis Ende 1997 jährlich 10 Millionen DM für acht Pilotgebiete bereitgestellt. Im Pilotgebiet St.-Pauli-Nord wurde von Bewohnern dieses und der angrenzenden Quartiere sofort Kritik am Zuschnitt des Pilotgebietes und der finanziellen Ausstattung des Armutsbekämpfungsprogrammes geäußert. Dadurch wurde die Akzeptanz des Programmes im Viertel stark beeinträchtigt. Dem eingesetzten Projektentwickler, dem Beschäftigungsträger »Beschäftigung und Bildung e.V.«, gelang es nicht, durch sichtbare Aktivitäten und Erfolge die Kritik zu widerlegen. Nur das Büro des Projektentwicklers wurde als Büro- und Versammlungsraum ohne politische, ethnische oder sonstige Vorverortung von vielen Initiativen des dichtbebauten Wohnviertels angenommen und für ihre Zwecke genutzt.

Aus der berechtigten Befürchtung, daß mit dem Ende der Pilotphase auch dieser Raum wieder verloren gehen würde, wurde von einigen Initiativen und Bewohnern des Viertels der Verein »vor ort e.V.« gegründet, um das Büro in der Wohlwillstraße 11 ab Januar 1998 als Stadtteilladen fortzuführen. Darüber hinaus soll ein Stadteilinfoblatt erstellt, Diskussionsforen, Ausstellungen, Konzerte, Lesungen und Kurse angeboten, Räume vermietet und Anwohner beraten werden. Allerdings sind die finanziellen Möglichkeiten der Gruppen sehr gering. Deshalb geht es noch nicht ganz ohne Staat, und die Initiativen setzen vorerst auf die Unterstützung der Stadtentwicklungsbehörde und des zuständigen Bezirksamtes Hamburg-Mitte. Langfristig soll sich aber »vor ort« durch Patenschaften, Sponsoring usw. selbst finanzieren.●

(1)Bürgerschaftdrucksache 15/2325

Kurzmeldungen aus dem Genossenschaftssektor

Fachgruppe Journalismus:

taz-Genossenschaft soll dem Verlegerverband beitreten

Die Bundesfachgruppenkonferenz Journalismus (dju/SWJV) in der IG Medien hat den Vorstand der taz-Genossenschaft aufgefordert, »endlich und aus aktuellem Anlaß dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) beizutreten.

Mit der Kündigung von zwei Redakteuren in der Lokalredaktion der taz Hamburg, so hieß es zur Begründung, treffe der Vorstand der taz-Genossenschaft (Berlin) seine Entscheidungen wie jeder ganz normale Zeitungsverlag. Und da dies so sei, sei es auch nur logisch, wenn die taz dem BDZV beitrete – mit allen tarifpolitischen Konsequenzen.●

dp

Agrarfachtagung, Finkhof Bildungswerk

Armutsbekämpfung durch Kleinbauerngenossenschaften

Genossenschaften, die den Bauern zu einer Steigerung des Familieneinkommens verhelfen könnten, scheitern oft. Auch werden sie teilweise aufgrund ihrer vielfältigen Probleme von den bäuerlichen Familien gar nicht erst als Chance wahrgenommen. Auf einer zum dritten Mal durchgeführten Internationalen Agrarfachtagung sollen vom 06. bis 20. März 1998 in Arnach die sozialökonomischen, soziokulturellen und agrarökologischen Barrieren diskutiert werden. Ziel ist es, auf diese Weise einen Beitrag zur selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung in Problemregionen Europas und der Dritten Welt zu leisten. Die ReferentInnen kommen wie auf den vorangegangenen Fachtagungen im wesentlichen aus den Reihen der Betroffenen. Ausführliche Informationen zu dem umfangreichen Programm können angefordert werden beim Finkhof Bildungswerk, St.-Ulrich-Str. 1, D-88410 Arnach, Fax: 07564/931712.●

Wohnungsbaugenossenschaft »Heiterblick« e.G., Leipzig

Erfolgreiche Genossenschaftsabspaltung

Die Wohnungsbaugenossenschaft »Kontakt« e.G. in Leipzig verfügte ursprünglich über 13.395 Wohneinheiten. Um die Privatisierungsauflage nach dem Altschuldenhilfe-Gesetz zu erfüllen, wurde erstmals eine eigentumsorientierte Wohnungsbaugenossenschaft von der Bestandsgenossenschaft abgespalten. Die neugegründete Wohnungsbaugenossenschaft »Heiterblick« bewirtschaftet nun 1.935 Wohneinheiten vor allem in Leipzig-Grünau und -Paunsdorf.

Wohnungsbaugenossenschaft Brachvogelweg, Hamburg

Größtes Hamburger Sonnenkraftwerk

In Niedrigenergiehäusern leben rund 60 Menschen: Singles, Familien, und eine WG mit Behinderten. Die Wohungsbaugenossenschaft Brachvogelweg in Hamburg Schnelsen konnte ihr Bauprojekt dieses Jahr erfolgreich abschließen. Schmuckstück der ökologisch ausgerichteten Genossenschaft ist auf einem Dach Hamburgs größtes »Sonnenkraftwerk«. Das Ziel auch autofrei zu wohnen, wurde bisher nicht verwirklicht, weil der Stadtteil nicht ausreichend an das öffentliche Personennahverkehrssystem angeschlossen ist.

FORSCHUNG

Lassen sich die internationalen genossenschaftlichen Grundsätze modernisieren?

Können partizipative Umweltunternehmen eine Vorreiterrolle für moderne genossenschaftliche Grundsätze übernehmen? Mit dieser Fragestellung schließt eine internationale Studie ab, die frisch vom netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation mit Sitz in Frankfurt herausgegeben wurde. Sie arbeitet anhand von 50 Einzelfallstudien aus den Branchen Energie, Ernährung, Verkehr und Bauen die engen Zusammenhänge von Ökologie und Partizipation fundiert und anschaulich heraus. Dabei wird deutlich: Auch die traditionellen Genossenschaften könnten viel von diesen Pionierunternehmen und ihren aktiv umgesetzten Wertvorstellungen lernen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● »Eine Genossenschaft ist eine selbständige Vereinigung von Personen, die sich auf freiwilliger Basis zusammenschließen, um ihre gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen und ihre Vorstellungen in einem Unternehmen zu verwirklichen, das ihnen allen gemeinsam gehört und demokratisch geleitet wird.« Diese aktuelle Definition einer Genossenschaft verabschiedete der Internationale Genossenschaftsbund anläßlich seines Kongresses in Manchester. Sie wird durch sieben genossenschaftliche Grundsätze ergänzt, die sich teilweise mit der Definition überschneiden:

1. Freiwillige und offene Mitgliedschaft;
2. Demokratische Entscheidungsfindung durch die Mitglieder;
3. Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder;
4. Autonomie und Unabhängigkeit;
5. Ausbildung, Fortbildung und Information;
6. Kooperation mit anderen Genossenschaften;
7. Vorsorge für die Gemeinschaft der Genossenschaft.

Kleinster gemeinsamer Nenner

Diese Definition als auch die Grundsätze sollen den Genossenschaften als Richtlinien an der Schwelle zum 21. Jahrhundert dienen. Sie werden ausdrücklich als kleinster gemeinsamer Nenner bezeichnet, der keinesfalls die »perfekte« Genossenschaft beschreiben soll. Trotzdem sind sie keinesfalls unumstritten. Was für die Selbsthilfeökonomien in Ländern der sogenannten Dritten Welt gilt, muß nicht automatisch für die managementgeführten Genossenschaften in den Industrieländern gelten und umgekehrt. Ein Operationalisierungs- und Bewertungsversuch jedes dieser Prinzipien dürfte insofern je nach Land, Werten, Genossenschaftsart und Position des Bewertenden sehr unterschiedlich ausfallen.

Werden sie durchschnittlich streng ausgelegt, können trotzdem etwa einem Drittel der in der netz-Studie befragten Unternehmen nicht als Genossenschaft bezeichnet werden, zumal auch sie selbst sich nicht als solche verstehen. Werden dagegen die ausführlich erläuterten Werte Partizipation, Ökologie und Kooperation sowie ihre Umgangsweise mit Information und Qualifizierung in den Vordergrund gestellt, kann zumindest von genossenschaftsähnlichen Ansätzen gesprochen werden. Denn auch bei vielen der befragten Unternehmen, die sich nicht als Genossenschaften verstehen, lassen sich analoge Elemente herausarbeiten.

Gemeinsamkeiten durch Partizipation

In besonderem Maße existieren diese bei der innerbetrieblichen Partizipation, wenn unter demokratischer Entscheidungsfindung nicht einfach formale Entscheidungsbeteiligung nach dem Prinzip »ein Mensch, eine Stimme« verstanden wird, sondern die intensive Einbindung der Beschäftigten und der Mitglieder in das betriebliche Alltagsgeschehen. Dies kann ein breites Spektrum an Möglichkeiten umfassen von der Information, der Delegation von Verantwortung, dem Anhören von Meinungen, der Entscheidungseinbindung bei wichtigen Investitionsfragen, der gleichberechtigten Beteiligung an der unternehmerischen Geschäftsführung bis hin zu demokratischen Mehrheitsbeschlüssen bei Grundsatzfragen oder wöchentlichen Beschlußfassungen nach dem Konsensprinzip.

Die genannten Beteiligungsformen müssen nicht immer genossenschaftlichen Demokratieansprüchen entsprechen. Sie können aber auch Einflußmöglichkeiten umfassen, die in vielen traditionell geführten Genossenschaften vernachlässigt werden und über die dortige Praxis hinausweisen.

Mehr noch als im Bereich der Partizipation läßt sich der Bereich Kooperation als sechsten Grundsatz mit seiner teilweise innovativen Umsetzung für die Aktualisierung genossenschaftlicher Prinzipien zukunftsweisend nutzen. Bei der Auswertung wurden vor allem die Formen der Kooperation dargestellt, die die Produktqualität Ökologie sichern helfen. Diese Art der Kooperation läßt sich mit dem Anspruch der Ehrlichkeit verknüpfen, der bei der Diskussion der Prinzipien wiederholt betont wurde und dem sich schon die Rochdale-Pioniere besonders verpflichtet fühlten.

Fehlende Identifikation der »Jugend«

Seinen Stellenwert in diesem Zusammenhang bekommt das sechste vor allem mit dem siebten Prinzip »Vorsorge für die Gemeinschaft«. Mit dieser Erweiterung ist erstmals, wenn auch behutsam, die Verantwortung von Genossenschaften angedeutet, sich dauerhaft für den Umweltschutz in ihren Gemeinden einzusetzen. Damit wird angesprochen, »wie die Genossenschaftsbewegung aussehen könnte, wenn sie das Interesse und das Engagement der Jugend für sich gewänne.«

Vor diesem Hintergrund sind die partizipativen Umweltunternehmen eine Chance auf Fortsetzung und Aktualisierung der genossenschaftlichen Bewegungen und ihrer Leistungen, wenn ihre Ideen und Anregungen ausreichend im Genossenschaftssektor diskutiert und zumindest teilweise integriert werden. Das setzt aber voraus, daß die genossenschaftliche Organisationsform als klar erkennbares Orientierungs- und Identifikationsmuster auch in Deutschland und Österreich nutzbar sein müßte. Dort wird im Unterschied zu anderen Ländern bei Neugründungen vergleichsweise selten auf die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft zurückgegriffen.

Hintergrund dafür ist: Die genossenschaftliche Rechtsform stellt dort eine behütete Form dar. Nur wer Mitglied in einem genossenschaftlichen Prüfungsverband wird und die Hürde der Gründungsprüfung übersprungen hat, bekommt die registergerichtliche Eintragung als e.G., als eingetragene Genossenschaft. Erst wenn ein staatlich anerkannter genossenschaftlicher Revisionsverband einem gründungswilligem Zusammenschluß von Personen nach einer Prüfung bescheinigt, daß eine Gefährdung der Belange der Mitglieder und Gläubiger nicht zu erwarten ist, erfolgt diese Eintragung.

Unbeweglichkeit der Prüfungsverbände

Durch die Struktur des Genossenschaftswesens in Deutschland wird ein als »Prüfungsfalle« zu bezeichnender Regelkreis in Gang gesetzt: Die Bestimmungen für die gesetzliche geregelte Prüfung begründen potentielle Haftungsansprüche von Dritten gegenüber den Verbänden, wenn die Prüfung bei potentiellen Risiken diese nicht kritisch beleuchtet und im Prüfungsbericht darauf verweist bzw. bei einem entsprechenden Verdacht das Testat für die Anerkennung verweigert. Auch wenn real Haftungsansprüche gegenüber den Genossenschaftsprüfern bei Fehlern bisher nicht bekannt wurden, bestärkt dies die Genossenschaftsprüfer in ihrem Verhalten, Neugründungen mit hohen Hürden vor Erteilung des Unbedenklichkeitstestats zu konfrontieren.

Hinzu kommt, daß viele Gründungen gerade im Umweltbereich die Prüfer mit neuen Unternehmensideen konfrontieren, die diese nicht beurteilen können. Weder die Branche noch die eigentliche Geschäftsidee liegt in ihrem Kenntnisbereich, sobald sie auf innovativen Überlegungen beruhen. Wie soll ein bisher nur in traditionellen Branchen aktiver Prüfer, die Zukunftschancen einer Photovoltaikfabrik, einer Holzhandelsgenossenschaft mit Holz aus naturnaher Waldbewirtschaftung oder eines ökologischen Garten- und Landschaftsbetriebes beurteilen? Dies sind nur drei Geschäftsfelder von Unternehmen, bei deren Gründung Schwierigkeiten mit Prüfungsverbänden auftraten.

Daß bei solchen Gründungen Risiken vorliegen, läßt sich schon ohne Einblick in die Unterlagen voraussagen. Sie aber angemessen zu beurteilen, überfordert jeden Prüfer. Die Folge: Sie bleiben auf der sicheren Seite und lehnen das Ausstellen eines Unbedenklichkeitstestats ab. In vielen Fällen erfolgt dies nicht direkt, sondern durch Verzögern der Entscheidung, Äußern von Bedenken, Anfordern weiterer Unterlagen etc. Oftmals muß deshalb ein Negativtestat gar nicht erst erstellt werden, weil Gründungswillige nach einem gewissen Zeitraum den Gründungsversuch einer eingetragenen Genossenschaft entnervt abbrechen und auf eine andere Rechtsform ausweichen.

Abschottung von neuen Ideen

Die Chance, die Genossenschaftsbewegung für neue Ideen und soziale Bewegungen zu öffnen, bleibt auf diese Weise vor allem im deutschsprachigem europäischen Raum verbaut. Durch eine entsprechende rechtliche Veränderungen der Rahmenbedingungen, könnten dafür jedoch die notwendige Voraussetzungen geschaffen werden. Nur dann kann gelingen, was MacPherson in seinen Ausführungen über die genossenschaftlichen Grundsätze für das 21 Jahrhundert betont:

»In ganz offensichtlicher aber auch bedeutungsvoller Weise liegt die Zukunft der Genossenschaften in der Jugend. Die reiche und vielseitige Tradition der Bewegung, die Subtilität und das Kraft der Genossenschaftsphilosophie müssen von jeder Generation neu bewertet und aktualisiert werden. Je früher junge Leute an die Genossenschaften herangeführt werden und je eher sie beginnen, sich selbst Gedanken zu machen, wie die Bewegung an zeitgemäße Erfordernisse angepaßt werden kann, desto besser ist das für alle. Der Generationen übergreifende Dialog zwischen Genossenschaftlern ist eine Grundbedingung für bleibenden Erfolg.«●

netz (Hg.): Ökologie und Partizipation. Zwei Gesichter zukunftsfähigen Wirtschaftens, Bonn 1997 DM 20,–. Weitere Informationen und Bestellung der Studie, netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Frau Karin Schröder, Schäfergasse 46, 60313 Frankfurt, Tel.: 069/288716.

BUCHBESPRECHUNGEN

Genossenschaftswissenschaft – kritisch betrachtet

Auf den ersten Blick sehr unterschiedlich sind zwei aktuelle Veröffentlichungen zum Thema Genossenschaften. Als historisch-wissenschaftliche Analysen kritisieren aber beide die deutsche Genossenschaftswissenschaft. Werner Kruck hebt hervor, daß diese nach dem zweiten Weltkrieg eine Beforschungswissenschaft war, in der diese Organisationsform mehr Objekt als Auftraggeber war. Dagegen setzt sich Gero Erdmann vor allem kritisch mit den »Mythen« der ländlichen Genossenschaften auseinander: Sie seien schon in ihren Ursprüngen weder demokratisch, selbsthilfeorientiert noch gegen die Armut ausgerichtet gewesen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Ausgangspunkt der Überlegungen von Kruck ist seine intensiven Auseinandersetzung mit dem Soziologen und Nationalökonom Franz Oppenheimer. Kruck sieht in Oppenheimer einen Wissenschaftler, der für die Soziale Marktwirtschaft und das Genossenschaftswesen zentrale Erkenntnisse vermittelt. Oppenheimer betrachtet ausgehend von der Genossenschaftsfrage die ökonomischen Zusammenhänge und kommt von dort aus wieder zur Genossenschaftsfrage zurück. Sind doch ein Teil der genossenschaftlichen Bewegungen einst angetreten mit dem Anspruch, den kapitalistischen Verhältnissen eine soziale Kraft entgegenzusetzen. Teilweise wollten sie sogar die gesamte Wirtschaft durch Ausbreitung der genossenschaftlichen Organisationsformen umwandeln. Von solchen Zielen ist heute praktisch nichts mehr vorhanden.

Franz Oppenheimer als gesellschaftwissenschaftlicher Querdenker

Eine Ursache hierfür sieht Kruck nicht zuletzt in der Vernachlässigung der Erkenntnisse Oppenheimers. Sie ist, so betont Kruck, eine verpaßte Chance: Eine von allen Vormachtsstellungen freie, auf dem Fundament wirtschaftlich emanzipierter Individuen ruhende Wirtschaft müßte automatisch soziale Resultate ergeben. Oppenheimers engagierter Einsatz für Freiheit und Gleichheit durch genossenschaftliche Selbsthilfe und durch eine emanzipatorisch-politische Konzeption weist, so Kruck, visionär weit in die Zukunft. Um dies zu veranschaulichen, arbeitet er im ersten Kapitel heraus, daß nicht Liberalismus, sondern Macht und Herrschaft das soziale Elend des Kapitalismus erzeugen. Im zweiten Kapitel wird die Theorie Oppenheimers am Gegenstand der »Sozialen Marktwirtschaft« vertieft. Im dritten Hauptteil geht es dann um die verschiedenen Genossenschaftsarten und ihre Teilmärkte.

In Anlehnung an Oppenheimer sieht Kruck den Begriff der Genossenschaft als Gegenbegriff zur Herrschaft: *»Genossenschaft ist die zu Handeln verbündete Gemeinschaft«*. Sie beruht auf der Idee persönlicher Freiheit im Rahmen einer Schutz- und Kooperationsgemeinschaft. Die Genossenschaftswissenschaft der Nachkriegszeit vernachlässigt dies. Sie enthält sich weitgehend einer Analyse des Gesellschaftssystems und der Ableitung von Anforderungen, die eine Verbesserung desselben an die Genossenschaft stellt. Insofern kritisiert Kruck das Meinungskartells der Genossenschaftswissenschaftler nach 1945. Sie betrieben eine »Neuerfindung der Genossenschaftswissenschaft« unter Außerachtlassung liberal-sozialistischer Traditionen. Namen wie Back, Henzler, Ohm, Seraphim und Paulick nennt er als Beispiele.

Krucks Ausführungen sind hochkomplex. Sein Schreibstil wird durch sein wissenschaftliches Selbstverständnis und seine teilweise enge Anlehnung an Oppenheimer geprägt. Wer sich darauf einläßt, kann die seltene Gelegenheit genießen, sich mit dem Thema Genossenschaften aus makroökonomischer Sicht auseinanderzusetzen. Auch bekommt er einen guten Einblick in die vielfältigen innovativen Überlegungen von Oppenheimer, der heute mit seinem engagierte Einsatz für einen liberalen Sozialismus und eine soziale Marktwirtschaft zurecht als »Querdenker« bezeichnet werden würde.●

Werner Kruck: Franz Oppenheimer – Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft und Selbsthilfegesellschaft, Berlin Verlag, Berlin 1997, DM 98,--.

Die Faszination der genossenschaftlichen Organisationsform liegt zweifellos im demokratisch-partizipativen Charakter ihrer Verfassung begründet. So erscheint manchen die Genossenschaft als Verkörperung der direkten Demokratie. Vor diesem Hintergrund wird den Genossenschaften als Teil der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Emanzipation und Selbstbehauptung gegenüber dem Staat eine wichtige Rolle beim Herausbilden der Demokratie in Europa zugeschrieben. Dies nimmt Gero Erdmann zum Anlaß, sich mit dieser Auffassung auf empirisch historischer Basis kritisch auseinanderzusetzen.

Ländliche Genossenschaften in patriarchalischer Tradition

Erdmann betont die zumeist abstrakte, dogmenlogische, oft spekulative, kaum empirische Auseinandersetzung mit den Genossenschaften im deutschen Sprachraum. Hinzu kommt, daß die meisten Genossenschaftswissenschaftler der Wirtschaftslehre verhaftet sind, während rechtliche und vor allem soziologische Fragestellungen ein Nischendasein fristen. Damit erklärt er, daß ausländische Studien, die den Verlust der demokratischen Substanz beispielsweise in britischen Konsumgenossenschaften feststellen, Mitte der sechziger Jahre kaum Beachtung fanden.

Vor diesem Hintergrund versucht Erdmann, die tatsächliche Entwicklung der Genossenschaften Deutschlands im ländlichen Raum aufzuarbeiten. Das Ergebnis ist ernüchtern: Die Genossenschaften wurden im 19. Jahrhundert nicht durch Bauern, sondern von ländlichen Honoratioren für die Bauern gegründet. Entsprechend waren sie von Anfang an einer patriarchalischen Honoratiorenverwaltung unterworfen, die im 20. Jahrhundert von der Angestelltenverwaltung abgelöst wurde. Zu keiner Zeit kamen die bäuerlichen Mitglieder über eine passivbestätigende Rolle zugunsten des Managements hinaus. Auch zur Beseitigung der ländlichen Massenarmut trugen die Genossenschaften kaum etwas bei. Sie wurden hauptsächlich von Mittel- und Großbauern für ihre Zwecke benutzt. Schließlich erfuhren sie sogar eine Instrumentalisierung im Verdrängungswettbewerb gegen bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe.

Mit seiner Analyse weist Ermann nach, daß Genossenschaften aufgrund ihrer formalen demokratischen Verfassung nicht »wesenhaft gut« sind. Deutlich wird vielmehr, daß diese Organisationsform praktisch wie theoretisch für ganz unterschiedliche Interessen und Zwecke eingesetzt werden kann. Unter diesem Vorzeichen haben auch die ländlichen Fördergenossenschaften nicht die ihnen unterstellte historische Leistung gebracht – nämlich den »Armen« zu helfen. Diesen Mythos zu entlarven, gehört insofern nach Auffassung des Autors zum Kernbestand einer Genossenschaftswissenschaft, die den Anspruch hat, historisch und soziologisch fundiert zu sein.●

WIRTSCHAFT VON UNTEN

Täuscht es, oder gibt es ein neu erwachtes Interesse an Kommunen, selbstverwalteten Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsformen? Die Zahl derer, die sich auf diesen Wegen organisieren und leben wollen, scheint (wieder) zuzunehmen.

Wirtschaft von unten ist aus einer Konferenz im Februar 1997 in Potsdam entstanden. Das Spektrum der AutorInnen in dieser Kongreßdokumentation ist breit. Es reicht von Karl Birkhölzer, dem deutschen Papst der Lokalökonomie über Micha Brumlik (der an anderem Ort forderte »Die Grünen müssen wieder über Kommunismus reden«), über Horst Schmitthenner, den Abteilungsleiter Sozialpolitik der IG Metall bis zum Werttheoretiker Robert Kurz. Kurz sieht zwar wieder einmal die finale Krise des warenproduzierenden Weltsystems heraufziehen, geißelt aber richtig die Fixierung des »Großteils der Restlinken« auf »innerkapitalistische Konfliktkonstellationen«. Die Aufzählung einiger AutorInnen macht schon deutlich, wie breit und widersprüchlich, mitunter auch beliebig die Diskussion und auch die Praxis im Feld der sozialen Ökonomie und der local economy ist. Sehen einige den Kapitalismus schon am Ende oder zumindest soweit, daß ihm die Arbeit ausgehe, betonen andere, daß nur die *bezahlbare* im ersten Arbeitsmarkt ausgehe. Argumentieren einige stark damit, um wieviel problemadäquater und kostensparender alternativökonomische Projekte doch seien, wollen andere das herrschende System zwingen, Arbeit zu schaffen, oder den BürgerInnen nicht genutzten Boden, Gebäude und anderes unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Geht es einigen um den Ausstieg aus dem Kapitalismus und die Abkehr von der persönlichen Orientierung an formaler Arbeit und dem *gesellschaftlichen Ziel der Vollbeschäftigung*, setzen andere auf Lokal- und Selbstverwaltungsökonomie als *andere* Orientierung, die auch Muße einschließt.

Eine richtige Diskussion unter den Positionen gibt es in dem Buch kaum, sie fand auf dem Kongreß, der nicht so »von unten« war, wie sein Titel es andeutet, auch nicht statt. Dort war auch wenig Raum für den Austausch unter den PraktikerInnen, so der Bericht eines Teilnehmers in der Märzausgabe von CONTRASTE. Die richtige politische Zuspitzung und Konfrontation fehlt in diesem Band - leider. Immerhin wird auf einige Defizite und Erfahrungen der bisherigen Selbstverwaltungsbewegung eingegangen, die ja einen Teil ihrer Wurzeln in der Selbstorganisierung der historischen Arbeiterbewegung, etwa in deren Genossenschaften, hat. Einige Aufsätze stellen auch einzelne Projekte vor oder berichten über das Genossenschaftswesen in anderen, durchweg europäischen Ländern.●

Bernd Hüttner

F. Heckmann, E. Spoo (Hg.): Wirtschaft von unten. Selbsthilfe und Kooperation; 222 S., 29,80 DM, Distel Verlag Heilbronn 1997.

CAPITALISM, NATURE, SOCIALISM

CNS ist eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift für Theorie und Politik, die sich vor allem der Diskussion unter Öko-MarxistInnen, Öko-FeministInnen und linken UmwelthistorikerInnen verschrieben hat. Sie will die Debatte zwischen der ökologischen und der feministischen Linken und der zwischen den Bewegungen im Süden und im Norden fördern, und denkt Geschichte und »Natur«, Gesellschaft und »Umwelt« zusammen. Die Zeitschrift ist international verbreitet und erscheint seit 1988, seit 1992 mit vier Ausgaben jährlich. Ihre HerausgeberInnen und AutorInnen kommen zumeist aus den USA, aber auch aus Europa, Australien und den Ländern des Südens.

Inhaltlich verortet sich *CNS* jenseits des in den USA verbreiteten Diskurses der esoterischen »deep ecology«, aber auch jenseits von sustainable development und den klassisch linken Positionen der Regulierung von Natur, des Umbaus und der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft. Theoretischer Hintergrund der Zeitschrift ist der Aufsatz »The Second Contradiction of Capitalism«, von James O'Connor. O'Connor ruft in Erinnerung, daß sich im gesellschaftlichen Naturverhältnis die geschlechtliche und die internationale Arbeitsteilung zwischen Norden und Süden ausdrückt.

Der ökomarxistische Ansatz von O'Connor/*CNS* postuliert weiter, und dies ist mit »Second Contradiction« gemeint und das zentrale inhaltliche Essential, daß heute der Gegensatz Kapital/Arbeit von dem zwischen Kapital und »Natur« abgelöst werde, beziehungsweise ein entscheidender Widerspruch der sei, welchen Preis das Kapital zur Aufrechterhaltung seiner Produktionsbedingungen zahlen müsse. Politische und soziale Kämpfe spielen sich demnach darum ab, wie hoch die Kosten dieser Aufrechterhaltung sind, und wer sie zu tragen hat. Die Kämpfe von ArbeiterInnen, von Frauen und der Ökologiebewegung (um Lohn, gutes, gleichberechtigtes Leben und »gesunde Umwelt«) haben diesen Preis schon in die Höhe getrieben und damit Einfluß auf die Produktionsbedingungen genommen. Dies klingt nach »Abschied von der Arbeiterklasse«. Ist es aber nur sehr eingeschränkt. *CNS* steht für eine emanzipatorisch-politische Perspektive einer Betonung von Kämpfen und Protestformen jenseits der ArbeiterInnenbewegung, ohne diese Bewegungen zu verklären oder sich in einer naturalisierenden Ökologiepolitik zu verlieren. Die in *CNS* vertretene Theorie ist auch offener gegenüber den postmodernen Argumenten des Lokalen, des Alltags, des Geschlechtes, als dies bei den Theorien zur Erklärung des ersten Widerspruches der Fall war (Ein Teil des genannten Textes von O'Connor liegt in *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Heft 28/1996 in deutscher Fassung vor).

Einen Diskurs wie in *CNS* gibt es in Deutschland – leider – nicht. Hier werden vergleichbare Aufsätze, wenn überhaupt, dann sehr verstreut veröffentlicht. Wo findet sich zum Beispiel der Beitrag zur Konstruktion des Bildes von »Natur« bei großen Umweltverbänden (wie BUND, Greenpeace), wie sie in *CNS* für den amerikanischen *Sierra Club* und den *World Wildlife Fund* vorgelegt wurden? Wo findet sich das Äquivalent zu den ungewöhnlichen Essays des Stadtsoziologen Mike Davis, die unter der treffenden Rubrikenbezeichung »Street Ecology« publiziert werden? Bemerkenswert in *CNS* ist die starke Betonung von Fragestellungen der Geschlechterverhältnisse einerseits und der »environmental justice« andererseits. Dies ist vor dem Hintergrund der viel weiter fortgeschrittenen Behandlung dieser Verhältnisse in der wissenschaftlichen Diskussion in anglo-amerikanischen Ländern zu sehen. »Enviromental justice« und die sich so bezeichnende Bewegung geht darauf zurück, daß Armut und Hautfarbe unzertrennlich mit Umweltzerstörung verquickt sind. Dies betrifft zum einen die Stätten und Bedingungen der Produktion, aber auch die Wohnquartiere, sind doch überall dort überproportional viele Arme und Schwarze von krankmachenden Umwelteinflüssen oder von städtischer Umstrukturierung betroffen.

Weitere, in *CNS* von der Gründung der Zeitschrift bis heute zu findende Beiträge sind solche zur Umweltgeschichte. Sehr nützlich können auch die ab und zu unter »Teaching Political Ecology« abgedruckten, aus gehaltenen Universitätsseminaren stammenden Kurspläne mit Themensammlung und Literaturverzeichnis sein.

CNS erscheint in english, dies ist ein Nachteil, sollte eine/n aber nicht abschrecken, zumal die Sprache meist relativ einfach ist. Lesen in english ist zwar mühsamer, dafür oft erkenntnisreicher! Wer/welche Sätze wie »What we call the mainstream environmental movement, the more institutionally established movement, is really not the mainstream« versteht, kann zwar nicht alles, aber den Großteil der Aufsätze in *CNS* lesen.

CNS kostet im Abo 32 US-Dollar im Jahr (ca. 52 DM), ist also billiger als manche vergleichbare deutsche Zeitschrift. Einzelheft- oder Abobestellungen kann einfach das Bargeld beigelegt werden, da es – trotz angeblicher Globalisierung – Unsummen an Gebühren kostet, Geld in die USA zu überweisen.●

Bernd Hüttner

CNS. A Journal of Socialist Ecology. 4 Hefte /Jahr, je 160 Seiten. Guilford Publications, 72 Spring Street, New York, NY 10012, E-Mail: info@guilford.com; Internet: http://cruzio.com/~cns.

Anzeige

BODEN UNTER DIE FÜSSE BEKOMMEN!

Betriebliche Gesundheitsförderung und Bildungsarbeit im gesellschaftlichen Umbruch

Globalisierung, Standortdebatte und Modernisierung sind nicht mehr bloß politische Schlagworte in der derzeitigen gesellschaftspolitischen Diskussion. Unter diesen Überbegriffen finden längst massive Umstrukturierungs- und Reorganisationsprozesse statt: als »Verschlankung«, »Just-in-time-production«, »Flexibilisierung«, »Dezentralisierung«, »Privatisierung« oder »Diversifizierung«. Die konkreten Menschen jedoch, denen der Modernisierungsprozeß so viel Veränderungs- und Anpassungsbereitschaft abverlangt, geraten dabei leicht aus dem Blick. Sie aber sind es, die im Prozeß der derzeitigen sozialen Um- und Abbrüche immer öfter den Boden unter den Füßen und vor lauter Globalisierungsgerede den Horizont aus dem Blick verlieren. Nichts scheint mehr sicher, nichts bleibt, wie es war, alles gerät in den Strudel der permanenten Veränderung.

Die von uns hier dokumentierten Beispiele aus der Praxis der Bildungsarbeit zeigen, wie sich die Sprachlosigkeit und Resignation produktiv wenden lassen: Waldarbeiter finden neue Umgangsformen für ihre Belastungen; Beschäftigte eines kommunalen Amtes für soziale Dienste beginnen, sich über ihre Arbeit auszutauschen, finden Worte und gemeinsame Begriffe für das ihnen täglich begegnende soziale Elend und suchen nach Lösungen für ihre Arbeitsprobleme; Betriebsräte überlegen, welche Formen betrieblicher Arbeit dem zumeist unmerklich in ihre Betriebe einsickernden Modernisierungsprozeß am ehesten entsprechen und lernen dabei nicht nur voneinander, sondern auch viel über sich selbst; Auszubildende und Ausbilder tauschen ihre gegenseitigen Feindbilder aus und beginnen, miteinander, statt nur übereinander zu reden ...

Alle vorgestellten Projekte beschreiben konkrete Versuche, im Prozeß der gesellschaftlichen Umbrüche Boden unter die Füße und den Horizont in den Blick zu bekommen.●

ub

Czock, Horst u. a. (Hrsg.) (1997): Betriebliche Gesundheitsförderung und Bildungsarbeit im gesellschaftlichen Umbruch. Boden unter die Füße bekommen! Berlin. 150 S., br., 25,– DM (incl. Porto und Verpackung). ISBN 3-928099-10-8.

Bestelladresse: Berliner Gesundheitsladen e.V., Gneisenaustr. 2a, D-10691 Berlin, Tel: 030/6932090 (auch Anrufbeantworter), inter-nett: http://www.mind.de/gl

MODELLVERSUCHE ...

...mit sozialpflichtigen Boden und Geld

Das deutsche Grundgesetz fordert die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Aber in der Realität wird der Umgang mit Boden, Geld und Sachvermögen vielfach mehr von Spekulations- und Machtinteressen geleitet als von menschlichen Bedürfnissen. Das trägt nicht unwesentlich zur Verfestigung von Wirtschaftskrisen bei. Diese Krisen zwingen einerseits zum Nachdenken über eine stabilere Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft – andererseits begegnen Zukunftsentwürfe oft dem Vorbehalt, graue Theorie zu sein.

Dem Verständnis für Vorschläge zur Reform der Geld- und Bodenordnung könnte es dienlich sein, sich an konkrete Erfahrungen zu erinnern, die bereits mit kleinen praktischen Schritten in die Richtung einer großen Strukturreform gemacht wurden. Werner Onken berichtet hier über praktische Experimente eines spekulationsfreien Umgangs mit dem Boden in der Eden-Genossenschaft in Oranienburg bei Berlin sowie über frühere Experimente mit einem dienenden Geld in Deutschland, Österreich und einigen anderen Ländern. Sie wurden von den jeweiligen Regierungen verboten, können aber gerade wegen ihrer Anfangserfolge Wegweiser für Schritte auf wirtschaftspolitisches Neuland sein und zur Nachahmung anregen.●

Margrit Bühler

Werner Onken: Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld. 68 S., DM 12,80, Gauke Verlag GmbH, Fachverlag für Sozialökonomie, 1997, Postfach 1320, D-24319 Lütjenburg, ISBN 3-87998-440-9

FC SCHALKE 04

»Entweder dribbelte er sich fest
oder er trickste sie alle aus.«

Das Leben der Schalker Fußballegende Stan Libuda

Die besten Fußballspieler gedeihen in der schlechtesten Luft, im Qualm der Hochöfen, in den tristen Gassen der Arbeitersiedlungen, durch die das Leben wie ein zähes Rinnsal aus Sorgen, Bier, Schweiß und Kleinkrediten fließt, notierte einst Sportjournalist Ulfert Schröder.

Aus genau dieser Umgebung stammt das Schalker Fußballtalent Reinhard Libuda. Mit neun Jahren wird der Sohn eines Bergmanns Mitglied beim FC Schalke 04. Mit 18 Jahren steht er erstmalig für die erste Mannschaft auf dem Platz und ein Jahr später bestreitet er, berufen von Sepp Herberger, sein erstes Spiel im Nationaltrikot. 1970 nahm Libuda an der Fußballweltmeisterschaft in Mexiko teil.

In seiner Jugend nannten sie ihn noch »Köttel«, wegen seiner schmächtigen Figur, doch das änderte sich bald. In Anlehnung an den berühmten englischen Rechtsaußen, Stanley Matthews, der wegen seiner Fußballkünste von der britischen Königin geadelt wurde und noch mit 50 Fußball spielte, erhielt Reinhard Libuda den Beinamen »Stan«.

»Immer wieder kam er mit dem Matthews-Trick«, erinnert sich Jürgen Kurbjuhn, Abwehrspieler des HSV. »Er schien rechts vorbeizuziehen, dann grätschte ich nach rechts und er ging links. Grätschte ich nicht nach rechts und setzte diesen Schritt aus, weil ich seinen Trick zu kennen glaubte, ging er rechts vorbei und ließ mich stehen.« Und Nationalspieler Jürgen Grabowski ergänzt: »Wenn der Libuda angespielt wurde, dann wußte man: Jetzt sieht man den Ball so schnell nicht wieder. Entweder dribbelte er sich fest oder er trickste sie alle aus.« Dazwischen gab es wenig.

Libuda war ein labiler Mensch, sein Selbstbewußtsein war nicht stark ausgeprägt. Biograph Thilo Thielke nennt es Lebensuntauglichkeit. Libuda litt unter den Frotzeleien und Sticheleien seiner Mitspieler. War er deprimiert, spielte er schlecht. Dies erkannte sein Trainer Rudi Gutendorf frühzeitig und versuchte ihn aufzubauen. Er machte Libuda zum Mannschaftskapitän, versuchte ihn aus den Presseschlagzeilen herauszuhalten und setzte sich für seinen Einsatz in der Nationalmannschaft ein. Doch in öffentlichen Situationen außerhalb des Rasens stand sich Libuda oftmals selbst auf den Füßen. Im Vorfeld der Europapokalbegegnung gegen den irischen Pokalsieger Shamrock Rovers büffelte Trainer Gutendorf mit seinen Kickern Vokabeln, um sie auf den Small Talk mit Journalisten vorzubereiten. Auf die Frage nach seiner Position sollte Libuda erwidern: »I'm the right wing.« Als dann tatsächlich die einstudierte Frage an Libuda gerichtet wurde, soll dieser in seiner naiven Schusseligkeit geantwortet haben: »I'm the white ring.«

Die Bundesliga-Bestechungsaffäre, in die er als Schalkes Mannschaftskapitän verwickelt war, beendete Libudas Karriere. Im September 1972 erhielt er vom Deutschen Fußballbund (DFB) eine lebenslange Sperre. Im Januar 1974 hob der DFB diese Sperre zwar wieder auf und Libuda kickte noch in 14 Bundesligaspielen für Schalke, doch an seine alten Zeiten als Flügelflitzer und Dribbelkönig konnte er nicht wieder anknüpfen.

Mit wenig Erfolg führte er achteinhalb Jahre einen Tabakladen. Alkohol- und finanzielle Probleme ließen seine Ehe scheitern. Nachdem er zuvor schon ein Mehrfamilienhaus abgestoßen hatte, mußte er nun auch sein Reihenhaus verkaufen. Nach der Scheidung zog er zu seiner Mutter in ein Zehn-Quadratmeter-Zimmer. Ein Benefizspiel, das sein früherer Mitspieler Rüssmann organisieren wollte, lehnte Libuda aus Stolz ab. Zeitweilig fand er Arbeit in einer Papierfabrik. Mit 52 Jahren starb Stan Libuda 1996 an Herzversagen.

Mit seinem saloppen, journalistischen Stil ist Spiegel-Autor Thielke ein unterhaltsames, locker und zügig lesbares Buch gelungen, in dem viele sportliche und private Wegbegleiter Libudas zu Wort kommen. An einigen Stellen überzieht Thielke jedoch seine süffisanten Bemerkungen, wenn er behauptet, Schalke 04 habe am Klassenbewußtsein und Arbeiterstolz der Bergleute stärkeren Anteil, als die KPD zu ihren besten Zeiten.

Bisweilen entfernt sich Thielke recht weit von seinem Thema und berichtet über Strukturwandel des Ruhrgebiets oder Korruption in der Bundesliga. Doch gerade diese Exkurse geben dem Buch Kolorit und betten das Leben Libudas in einen zeitgeschichtlichen Kontext, den man selten in Sportbüchern findet.●

Kai Böhne

Thilo Thielke: »An Gott kommt keiner vorbei...« Das Leben des Reinhard 'Stan' Libuda; Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1997, 240 Seiten, 34 DM.

POSTMATERIALISMUS UTOPIEFORSCHUNG

Mit »Perestroika« leitete der damals neugewählte Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, einen tiefgreifenden Umbruch der sowjetischen Politik ein. Er selbst sieht darin allerdings nur erste Schritte und notwendige Voraussetzungen für eine weit größere globale Umgestaltung. Dafür gründete er 1991 die »International Foundation for Socio-Economic and Political Studies«.

Im vorliegenden Band beschreibt Gorbatschow und seine zwei Mitautoren, beide Berater in der Gorbatschow-Stiftung. die Grundprinzipien des »Neuen Denkens«. Diese sehen sie einerseits in der Anerkennung der sich immer stärker ausprägenden Ganzheit der Welt bei gleichzeitiger Beachtung ihrer großen Vielfalt, andererseits in der Annahme, daß sich die »Politik der Stärke« grundsätzlich überlebt hat. Allerdings, so die Autoren, treiben sich auf der weltpolitischen Bühne »noch genügend verantwortungslose Politiker (herum), die dazu fähig sind, einen Weltbrand zu entzünden, um sich ein Ei zu braten«.

Spannend liest sich der Rückblick auf die praktische Anwendung des Neuen Denkens Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre. Die Autoren berichten über diplomatische Aktivitäten und zitieren aus bislang unveröffentlichten Gesprächen mit westlichen Spitzenpolitikern. Das Ziel dieser Politik, einen realen Weg zur Beendigung des Kalten Krieges und des Wettrüstens, also einen Ausweg aus dem Teufelskreis von Mißtrauen, Feindseligkeit und Konfrontation zu finden, ist nicht hoch genug zu bewerten, obwohl Rückschläge (Beispiel Jugoslawien) die Praxis kennzeichnen.

Die Intentionen der Autoren gehen aber über diesen Rückblick weit hinaus. Sie fordern grundlegende Veränderungen in der internationalen Politik: Es sei höchste Zeit, von nationalstaatlichem Denken und der Fixierung auf Blöcke Abschied zu nehmen. Die Menschheit muß sich, so der plakative Tenor, den Herausforderungen der Zukunft stellen und Antworten auf die Globalisierung u.a. durch Förderung der Demokratie und allgemein der menschlichen Werte finden. Vorgeschlagen wird z. B. die Schaffung eines weltweiten »Rates der Weisen« bei der UNO. Die Grundorientierung an »Perestroika«, mit ihren demokratischen, humanen, gewaltfreien Ideen und Methoden« braucht jedenfalls dringend eine Fortsetzung nicht nur in Rußland, sondern weltweit.●

A. A.

Gorbatschow, Michail; Sagladin, Vadim; Tschernjajew, Anatoli: Das Neue Denken Politik im Zeitalter der Globalisierung. München: Goldmann, 1997. 220 S, DM / sFr 12,90 / öS 94,–

JOBS

Linke Druckerei sucht Drucker/in.
Arbeitsbeginn: ab sofort oder spätestens ab Oktober '98.
AktivDruck GmbH
Lenglerner Str. 2, D-37070 Göttingen
☎(05 51) 6 70 65, Fax 63 27 65

Vollkornbäckerei (selbstverwalteter Betrieb) in Berlin sucht Bäckerin mit Vollkornerfahrung. Führerschein wäre gut. Wir bieten humane Arbeitszeiten, selbstorganisiertes Chaos und Entfaltungsmöglichkeiten.
Bewerbung an Chiffre: **159**

Wir suchen
freie MitarbeiterInnen

Das Archiv **G.Fälscht** sammelt seit 1991 politische Fälschungen **von unten.** Unsere MitarbeiterInnen haben ein Auge auf **fake's** in ihrer Region und schicken uns mindestens 3 Originale mit den dazugehörigen Zeitungsartikeln, Fotos, Flugis etc...
Mittlerweile liegen uns die vielfältigsten **Fälschungen** von A-Z vor:

Ausweise, Anzeigen, Behördenschreiben, Briefmarken, Drucksachen, Extraausgaben, Fahrausweise, Flugzeugabstürze, Gut- und Geldscheine, Hauswurfsendungen, Informationsbroschüren, Jubelparaden, Karten, Nachrichten, Offizielle Rundschreiben, Plakate, Stempel, Schilder, Scheinbesetztungen, Tageszeitungen, U-Bahnkarten, Wahlpropaganda, Werbezettel und Zug-Begleiter...

Besonders interessiert sind wir an Einsendungen von AuslandskorrespondentInnen über amerikan. **hoax,** englische **fakes,** spanische **falsificasines,** italienische **falsificazione,** französische **falsification,** und unsichtbares Theater aus aller Welt.
Angesprochen fühlen sollen sich nicht nur Leute, die in Ihrem Leben schon einiges **falsch** gemacht haben, sondern auch "Opfer" oder Sympathisanten und Neueinsteiger.
Schickt uns also keinen tabelarischen Lebenslauf, sondern von jeder **Fälschung** mind. 3 Exemplare und Zeitungsartikel über die Aktion.

G. Fälscht
Archiv für ungewöhnliche Maßnahmen
Lagerhaus Schildstraße 12-19 D-28203 Bremen
internet: http://www.underground.de/g_faelscht/
Postbank Hamburg Nr.:547258202 BLZ 20010020

PROJEKTE

STADT-LAND-PROJEKT sucht LandwirtIn/GemüsegärtnerIn mit Interesse an »ganz anderem« Leben & Arbeiten auf einem Biohof in Bremen-Nähe.
☎(04 21) 70 58 07
oder (0 42 52) 18 59

Kommune Meuchefitz in NO-Nieders. (4W, 3M, 5K) suchen Menschen zum gemeinsamen Leben u. Arbeiten (Arbeitsfelder: Tagungshaus, Kneipe). Form des Zusammenlebens ist offen....wir sind auf der Suche.
Meuchefitz 18, D-29482 Küsten
☎(0 58 41) 59 77, Fax 69 76

KATALOGE

1968 – Deutscher Herbst. Antiquariatskataloge: »1968 – Vorläufer, Phantasien, Folgen« sowie »Karl Kraus u. die Fackel« jetzt anfordern – kostenlos: Antiquariat Karla, Karolingerstr. 14, D-40223 Düsseldorf.

Innenstadt. Aktion. Sampler
Gotham City und die Zukunft des öffentlichen Raumes

Hg. vom ASTA FU & JungdemokratInnen - Junge Linke
Bestellungen 6 DM in Briefmarken an ASTA FU Kiebitzweg 23 14195 Berlin

Danny Morrison
Der falsche Mann
unrast roman 7
29.80 DM/sFr – 233 öS
ISBN 3-928300-73-3
Morrison, ehemaliger Sprecher von Sinn Fein, erzählt in seinem dritten Roman die Geschichte von der Freundschaft zweier IRA-Freiwilliger, deren Beziehung durch Mißtrauen und Verrat zerstört wird. Lakonisch und ohne jeden Pathos beschreibt er dabei, wie das vermeintlich sturmsichere Haus der IRA durch die Brutalisierung des Alltags von innen her ausgehöhlt wird, und wie groß in der republikanisch-katholischen Community die Sehnsucht nach einem Ende des Bürgerkriegs ist.

Politische Bücher aus Nordirland

Danny Morrison
Troubles
Eine politische Einführung in die Geschichte Nordirlands
19.80 DM/sFr – 117 öS
ISBN 3-928300-64-4
Danny Morrisons Marathonlauf durch die politische Geschichte Nordirlands beginnt bei der Teilung Irlands 1922 und beschreibt auf eine sehr persönliche Weise die Entstehung der Bürgerrechtsbewegung und deren Entwicklung, die Eskalation der *troubles* in den 70er Jahren, die Reorganisierung der IRA und den darauf folgenden blutigen Krieg. Eine durch viele biografische Details sehr ansprechend geschriebenes Sachbuch.

UNRAST-Verlag, Postfach 8020, 48043 Münster — Gesamtverzeichnis anfordern: 0251/ 666293

Flieger / Nicolaisen / Schwendter (Hg.)

Gemeinsam mehr erreichen

Kooperation und Vernetzung alternativ-ökonomischer Betriebe und Projekte

*530 Seiten * ISBN 3-923126-92-1*

DM 30,–

Dieser umfangreiche Reader gliedert sich in drei Teile: Im ersten Teil führen mehrere theoretische und geschichtliche Aufsätze anschaulich in die Thematik ein. Im zweiten Teil werden anhand von 14 sehr unterschiedlichen Praxisbeispielen die vielfältigen Erfolge, aber auch Schwierigkeiten der Kooperation von selbstverwalteten Betrieben und Projekten deutlich gemacht. Der dritte Teil schließlich gibt praktische Hilfen zur Umsetzung der Beispiele.

Über 30 AutorInnen mit ihren eigenen konkreten Erfahrungen machen das Buch zu einem wichtigen Meilenstein. Die grundlegende Aufbereitung des Themas weist über die Vernetzung der alternativen Ökonomie eine langfristige Perspektive.

AG SPAK
AG SPAK Bücher
Adlzreiterstr. 23
80337 München
Tel. + Fax: (089) 77 45 71

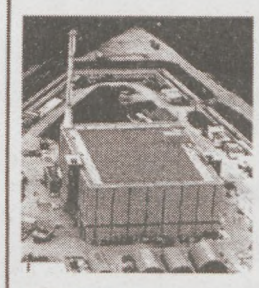
KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

PKA Gorleben
Argumente gegen die Pilotkonditionierungsanlage



In der PKA sollen abgebrannte Brennelemente platzsparend verpackt werden, so daß die vorhandenen Zwischenlagerkapazitäten optimal genutzt werden können. Ziel ist es, möglichst lange das ungelöste Atommüllentsorungsproblem zu vertuschen. Die Broschüre informiert umfassend über politische Bedeutung der PKA, Arbeitsabläufe in der PKA und Gefahren durch die PKA.
Ein Exemplar kostet 5 DM und ab fünf Exemplaren kostet jede Broschüre 4 DM, jeweils zuzüglich Versandkosten.

Format DIN A4,
24 Seiten mit Abbildungen

Tolstefanz
Wendländisches Verlagsprojekt

Tolstefanz, 29439 Jeetzel 41, Tel. + Fax: 05841 / 45 21

Die beiden unabhängigen Umweltzeitungen Berlins erscheinen jetzt gemeinsam.

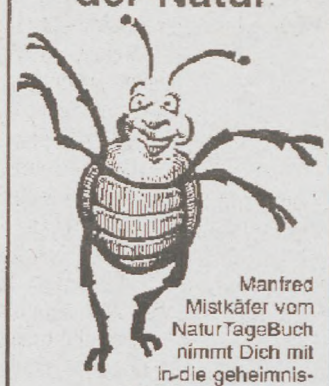
DER RABE RALF
Umweltabhängiges Monatsblatt — Seit 1990

- Anders leben
- *Ökologie - Ökonomie*
- AGENDA 21
- Ohne Auto mobil
- Umwelt-Bibliothek
- Tips-Termine-Infos

Naturschutz * Umweltpolitik * Öko-Tips * Bücher für Kinder
Seit 1984
Berliner Luft-Zeitung

Kostenlos an den einschlägigen Auslageorten in Berlin oder für 4 DM pro Ausgabe per Unterstützungsabo ins Haus. Kostenlose Probenummer: GRÜNE LIGA, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ (030) 44 33 91-0

Abenteuer in der Natur



Manfred Mistkäfer vom NaturTageBuch nimmt Dich mit in die geheimnisvolle Welt der kleinen und großen Tiere.

Mehr Informationen für Kinder, Eltern und BetreuerInnen gegen 1 DM Rückporto beim

BUND JUGEND BADEN WÜRTTEMBERG

NaturTageBuch
Rotebühlstr.86/1 - 70178 Stuttgart

Neu im Filmverleih

Shell und Nigeria -
Ein Jahr nach der Ermordung von Ken Saro-Wiwa

BUSINESS AS USUAL
oder
DIE ARROGANZ DER MACHT

Zum 1. Jahrestag der Hinrichtung von Ken Saro-Wiwa und acht weiterer Ogoni demonstrierten am 10. November 1996 auch in der BRD Tausende von Menschen vor Shell-Einrichtungen gegen die anhaltende Zusammenarbeit des Ölmultis mit einer der brutalsten Militärdiktaturen der Welt.
Die Devise für Shell lautet nach wie vor:
BUSINESS AS USUAL - Kritiker werden eingeschüchtert, die Öffentlichkeit wird getäuscht und dieselben Millionen, die den Ogoni als Wiedergutmachung für die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen nach wie vor verweigert werden, fließen in aufwendige PR-Kampagnen zur Aufpolierung des angeschlagenen Konzern-Images.
Der Film zieht Bilanz, läßt Vertreter der nigerianischen Opposition, AntiShell-DemonstrantInnen, Menschen- und UmweltaktivistInnen zu Wort kommen.

60 Minuten, Farbe/sw, Deutsche Fassung
Produktion: gruppe 2 / AutorInnenkollektiv,
© 1997

Im Verleih als VHS- oder S-VHS-Cassette
14 Tage incl. Vers. DM 50.- (bzw. DM 60.-)
Bestellung: gruppe 2 -
Fasanenstr. 142 82008 Unterhaching
Tel.: 089/6116216, Fax: 089/6116247

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

8. Jahrgang, Nr. 32, Dezember 1997, 264 Seiten

Europäische Union und die Linke
Huffschmid – Risse im Gebälk / Bieling / Steinhilber – EU-Integrationstheorien / Boccara – Frankreich: Währungspolitische Alternative / Carchedi – Italienische Linke und EU / Cezanne – England: New Labour / Michelsen – Schweden: Wohlfahrtsstaat gerettet? / Klöer – Modernisierung auf Finnisch / Fuhrmann – Transformation des dänischen Wohlfahrtsstaats / Holst – Norwegen: Modernisieren in Spendierhosen?

Globalisierung und Dritte Welt
Neelsen – Globalisierung und Entwicklung / Pont – Volkspartizipation / Hiedl – Kuba-Analysen / Schmidt-Soltau – Entwicklungshilfekritik

Und:
Düe – Automobilindustrie / Helms – Cyberspace / Domke – Klassentheorie und Geschlechterverhältnis / Braun – Reproduktionsarbeit / Schweicher – Postmoderne

Berichte: Deutsch-Französischer Dialog / Actuel Marx / Marx-Engels-Stiftung / Lukács-Veröffentlichungen

Rezensionen / Annotationen
Gesellschaftstheorie, Geschichte u.a.

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im Abo: 54,- (4 Hefte/Jahr incl.Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: über den Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934

Die Broschüre zum Thema:

Fördertöpfe
für Selbsthilfeprojekte und kleine Betriebe in Berlin und den neuen Bundesländern.
15 DM + 2 DM Porto, 85 S. DIN A 4
ArbeitsBeschaffungsMaßnahmen, Lohnkostenzuschuß, Hilfe zur Arbeit, Existenzgründungs-Programme, zinsgünstige Kredite, staatsunabhängige Töpfe, Stiftungen, Beratungseinrichtungen

NETZWERK
Bestellung: Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Fax: (030) 691 30 05

Für 36 Mark im Jahr kriegen Sie, was Ihnen in der Tagespresse fehlt, einmal im Monat verabreicht:

Volksblatt!

Monatlich 12 Seiten
Abo jährlich 36 Mark

Melchiorstr. 15, 50670 Köln
Tel/Fax 731798

WNZ

Weddinger Neueste Zeitung Nr. 44 jetzt erschienen, Inhalt u.a.: Konzentrationslager Sachsenhausen, Kein Mensch ist illegal, Buchtip: Uwe Rada, Gesundbrunnen-Center - "unnötiger Aufenthalt" verboten, Gewerkschaften heute (Teil 5), "Lokale Partnerschaft Wedding".
Abo: 18,- DM in Scheinen oder Briefmarken an:
WNZ, Sparrstr. 21, 13353 Berlin

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10997 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎/Fax (0 42 05) 77 99 52; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 50679 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90; 60314 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, Peter Streiff, Schwanenstr. 10, ☎ (0 69) 44 62 47; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68

Fachredaktionen:
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84; Handwerk: 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; Sozialpolitik: 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75; Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎/Fax (06103) 4 27 42
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

20 Jahre Stammheim

Ein Höhepunkt von Widerstand und Repression in der BRD

Interview mit Irmgard Möller: Was geschah in der Nacht zum 18.10.1977 in Stammheim? +++ 1. Mai in Berlin: Vier Monate Knast für ein Lied +++ Benjamin Ramos Vega: Bange Stunden im Glaskasten +++ Repressionsapparat: Große Koalition für den großen Lauschangriff +++ „Unser Todeskampf ist unser Triumph" – Zum 70. Todestag von Sacco und Vanzetti

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,– DM in Briefmarken bei:
Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 75141

DIE ROTE HILFE 4/97

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 10 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn oder Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 6.-8.2.98

»When I'm 64...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet?
Das Seminar entspringt den Auseinandersetzungen und den Erfahrungen der Kommune Niederkaufungen beim Aufbau einer eigenen Altersversorgung.
Schwerpunkte des Seminars sind:

- Altersversorgung durch Schatzbildung oder Solidargemeinschaft?
- Staatliche Altersversorgung, private Lebensversicherung oder betriebliche Altersvorsorge?
- Möglichkeiten der betrieblichen Altervorsorge
  (Direktzusage, Pensionsrückstellungen, Unterstützungskasse, Pensionskasse) und ihre rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Konsequenzen.

Anhand der Situation der TeilnehmerInnen werden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten erläutert und diskutiert werden.
Termin: 24.-26.4.98
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

PROJEKTWERKSTATT

Zeitung machen und Layout
Inhalte: Alles, was wichtig ist, um eine eigene Zeitung zu machen:

- Von der Idee zum ersten Entwurf
- Recherchieren, Stil usw.
- Fotos, Grafiken, Copyright usw.
- Layoutkurs (DTP am Computer)
- Finanzierung einer Zeitung
- Druck und Verteilung
- Die Zeitung als wirtschaftlicher Betrieb
- Die Zeitung als politisches Projekt

Hinweis:
Es ist auch die Teilnahme nur an der Layout-/ DTP-Schulung möglich (Sa 14-18 Uhr).
Referenten:
Markus Klebsch (Red. »Widerhaken«) und Joerg Bergstedt (Red. »Ö-Punkte«)
Veranstalter:
Widerhaken – Das Magazin fuer Umwelt, Politik und Kultur in und um Giessen
Ort: Seminarhaus in Saasen
Zeit: 23.-25. Januar, Fr ab 20 Uhr (Ankunft ab 18 Uhr), So bis 13 Uhr

Leben gegen Chefs und Staat
Inhalte: Alternativ leben, selbstbestimmt arbeiten ... und trotzdem politisch aktiv bleiben. Folgende Themen werden angesprochen:

- Geldbedarf reduzieren (Selbstversorgung, Tauschringe, Organisieren statt Finanzieren)
- Wirtschaften ohne Anpassung/ Staatsknete
- Herrschaftsarme Entscheidungswege
- Ökologischer und solidarischer Alltag
- Die Abwege: Öko-KapitalistInnen, Projektegoismus, Sexismus, Esoterik und rechtes Gedankengut.
- Politische Aktionen, Widerstand usw.
- Vernetzung bundesweit
- Dias aus Kommunen, Projekten, Ökodörfern

Mit dabei: Die WG der Projektwerkstatt
Veranstalterin: Gruppe »Landfriedensbruch«
Ort: Seminarhaus in Saasen
Zeit: 20.-22. Februar, Fr ab 20 Uhr (Ankunft ab 18 Uhr), So bis 13 Uhr
Information & Anmeldung:
Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen
☎(0 64 01) 90 32 83, Fax 90 32 85
eMail: projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de

MOMO e.V.

Anders leben & arbeiten
Die TeilnehmerInnen erhalten in diesem Seminar Informationen zu alternativen Lebensformen und können sich über die eigenen Wünsche und Vorstellungen mit anderen austauschen sowie gemeinsam neue Ideen entwickeln.
Mögliche Inhalte können sein:

- Vorstellung bestehender Projekte
- Finanzierung/gemeinsame Kasse
- Entscheidungsfindung/Konsens
- selbstverwaltetes Arbeiten

Desweiteren steht ein Besuch der Kommune Niederkaufungen auf dem Programm.
Termin: 3.-5.4.98, Raum Kassel
Information & Anmeldung:
Simone Klieber, Kölnische Str. 157, D-34119 Kassel
☎(05 61) 1 26 18

NETZ

Public Relations (PR)
für KMU, Vereine und Verbände
Die zunehmende Medienvielfalt und der ständig wachsende Wettbewerb in nahezu allen Wirtschaftsbereichen erfordern heute ein Umdenken in der Kommunikation zwischen Unternehmen / Verbänden und Kunden / Mitgliedern. Die klassische Werbung verliert zunehmend an Bedeutung und macht Platz für innovative und kostengünstige Kommunikationsinstrumente.
In dem eintägigen Training werden Werkzeuge und Möglichkeiten von PR vorgestellt, Konzeptionstechniken erläutert und auf Wunsch individuelle Tips zur Umsetzung gegeben. Im Vordergrund stehen unkonventionelle und wirkungsvolle Methoden (z.B. die »Guerilla-Taktik«).
Termin: 7.2.98
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

Informationen über Berufe im Handwerk
Wollen Sie Gürtlerin, Ziseleurin oder Posamentiererin werden? Sie wissen gar nicht, was das für Berufe sind? Frauen stehen mehr als 120 Handwerksberufe und 40 handwerksähnliche Berufe zur Auswahl! Die Referentin möchte Sie über verschiedene Handwerksberufe informieren. Berücksichtigt werden insbesondere Berufe, die für Frauen attraktiv sind. Alles, was Sie über Ausbildung, Umschulung und Existenzgründung im Handwerk wissen sollten bzw. erfahren möchten, wird zur Sprache kommen. Besonders wichtig: In welchen Bereichen des Handwerks haben Frauen gute Zukunftschancen, welche Aufstiegsmöglichkeiten existieren und welche Voraussetzungen sind mitzubringen?
Auch Studiengänge bespielsweise in Restauration oder Metallgestaltung sowie Weiterbildungsmöglichkeiten in den verschiedenen Bereichen des Handwerks werden einbezogen.
Termin: 10.2.98, 18.30-21.30 Uhr

Frauenförderung im Betrieb
Zukunftsorientierte Unternehmungen können und wollen es sich nicht leisten, qualifizierten und motivierten Frauen keine Perspektive für den Einstieg zu bieten oder sie gar zu verlieren. Frauenpotentiale vorurteilsfrei zu fördern und effizienter einzubeziehen ist Aufgabe und integrierter Bestandteil weiterdenkender Personalpolitik und -planung.
In diesem Sinne meint Frauenförderung, die eigenen weiblichen Ressourcen nutzen. Wir möchten Ihnen zwei Beispiele für Frauenförderung vorstellen und sie diskutieren: Verein TOTAL E-QUALITY Deutschland e.V., Springer-Modell mit externer Moderation des Prozesses.
TOTAL E-QUALITY zeichnet Unternehmen aus, die in ihrer Personalpolitik die Chancengleichheit von Frau und Mann fördern. Freiwillige und langfristig orientierte systematische Maßnahmen der Unternehmen, bei denen Frauenförderung Bestandteil des modernen Qualitätsmanagements ist, werden nach Checklisten von einer unabhängigen Jury beurteilt. Das Bundesministerium für Bildung, Forschung und Technologie sowie die Europäische Kommission fördern TOTAL E-QUALITY, im Januar 1997 wurden erstmals zwölf Betriebe ausgezeichnet.
Termin: 25.2.98, 19-22 Uhr
Nähere Informationen und das Kursprogramm sind erhältlich bei Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg.
☎(0 40) 450 20 90, Fax 45 12 10

FCS-MÜNCHEN

Spezialausbildung für Frauen:
Fachfrau für Windows-Anwendungen und Teleworkingmanagement
Neu vom Arbeitsamt gefördert wird dieser Kurs für Büro- und Verwaltungsberufe. Sie lernen den professionellen Einsatz der Office97-Programme und der Telekommunikation (Internet-, E-mail, Telebanking, Online-Recherche, Web-Sites-Gestaltung). Der Kurs findet vom 30.3. bis 30.6.98 bei der Frauen-Computer-Schule in München statt.
Informationen erhalten Sie unter
☎(0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25 oder E-Mail: fcs-m@link-m.de

NETZ

Wie verhält frau sich richtig?
Verhandlungstraining für Frauen im Handel und Verkauf.
Viele Probleme von im Handel und Verkauf tätigen Frauen sind geschlechtsspezifisch. Wie in anderen Bereichen sind Frauen auch hier mit männlichen Kommunikationsstilen und Diskriminierungsmustern konfrontiert. In diesem Seminar geht es um die Erarbeitung von typischen geschlechtsspezifischen Problemen, um männliche und weibliche Kommunikationsfallen. Im Mittelpunkt stehen Techniken zur Erkennung und Überwindung diskriminierender Situationen und Möglichkeiten des Alltagstransfers. Dieses Seminar wird in Kooperation mit dem VSF und BNN-Einzelhandel angeboten.
Termin: 7.-8.3.98, Frauenlandhaus Charlottenberg

Frauen und Technikkompetenz
Dieser Computerkurs für Anfängerinnen will Frauen dazu befähigen, selbstbewußt mit dem Computer umzugehen.
Termin: 25.-30.1.98, Frauenbildungshaus Zülpich
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

ÖKODORF-INSTITUT

Seminar zur **Gemeinschaftssuche/ -gründung** in der Delphin-Gemeinschaft Schwarzwald.
Termin: 20.-22.2.98
»Die inneren Fesseln sprengen« (Visionsklärung, Entscheidungsfindung, Konfliktlösung u. Kennenlernen der Delphin-Gemeinschaft). Für CONTRASTE-LeserInnen jeweils 100-200 DM nach Selbsteinschätzung.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Termin: 6.-8.3.98
2. Ökodorf-Festival
Termin: 16.-23.8.98 in Gemeinschaft bei Mainz.
Nähere Information:
Ökodorf-Institut, Goethestr. 21, D-79650 Schopfheim
☎/Fax (0 76 22) 6 53 02

IBPRO

Neues Seminarprogramm
Ende Januar erscheint das neue Seminarprogramm Frühjahr/Sommer 1998 des Münchner Instituts für Beratung und Projektentwicklung.
Bezug: IBPro, Flurstr. 2, D-81675 München
☎(0 89) 47 50 61, Fax 470 59 20

SONSTIGES

Schenken – Stiften – Engagieren
»Das wichtigste Erbe, das Menschen hinterlassen können, ist die Lebbarkeit künftigen Lebens und die Bewohnbarkeit der Erde«, sagt der Schriftsteller Carl Amery. Wie mit Vermögen ein solches Erbe gestaltet werden kann, soll eine Tagung zum Thema »Schenken – Stiften – Engagieren« aufzeigen, die am 6. März 1998 in Köln stattfindet.
Die Tagung möchte Bürgerinnen und Bürger dazu anregen, einen Teil ihres Vermögens zur Lösung sozialer, kultureller und ökologischer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Diskutiert werden neue Wege des Schenkens, Stiftens und anderen Engagements mit Vermögen. Menschen, die solche Wege eingeschlagen haben, berichten über ihr Engagement und ihre Beweggründe. Experten benennen Hindernisse auf dem Weg zum Schenken, Stiften und Engagieren und stellen Lösungsmöglichkeiten vor.
Die Tagung ist Teil einer Kampagne, die von der Heinrich-Böll-Stiftung, der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V., der Aachener Stiftung Kathy Beys und anderen Stiftern und Stifterinnen getragen wird. Für Schenkungs- und Stiftungsinteressierte organisiert die Kampagne Fachtagungen, Diskussionsveranstaltungen und Seminare. Sie veröffentlicht Hinweise und Anregungen zu dem Thema und vermittelt Beratungsmöglichkeiten. Hintergrund der Kampagne ist die »Erbschaftswelle« von voraussichtlich rund zwei Billiarden DM in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren.
Weitere Informationen unter
☎(02 21) 954 567-2, Fax: 954 567-5

Gut leben und selbst tätig werden
Vom 23.-25.1.98 veranstaltet die *anstiftung* gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Tutzing eine Tagung zu diesem Thema.
Im Mittelpunkt steht die Frage nach einer Lebensqualität mit weniger Konsum und mehr »Selbermachen statt machen lassen«. Dazu hatte die *anstiftung* im Vorfeld der Tagung einen Wettbewerb für Jugendliche zwischen 15 und 27 ausgeschrieben. »Mach Dein eigenes Ding!« lautete der Titel und es erreichten uns bis zum Einsendeschluß am 28.11.97 beinahe 50 spannende Einsendungen dazu. Acht der Ideen hat die Jury jetzt ausgewählt und die EinsenderInnen zur Tagung eingeladen, wo ihre Projekte diskutiert und die ersten Preise vergeben werden.
Die acht Ideen sind: ein vertikales Doppel-Hihat als Techno-taugliche Aufrüstung für Schlagzeuge, ein Garten für Kinder in der Stadt Bonn, eine Hobby-Tauschbörse, »Sinnflut« eine Nachrichtenagentur für Jugendliche, ein kollaborativ im Internet entstehenden Hypertextroman, das Café Brutto als Zentrum für SchülerInnen, StudentInnen und Azubis in Wismar und eine Idee für eine Gebrauchtbörse mit »Jetzt-Talern« als Wertgutscheinen. Zum Teil sind die Ideen schon Realität, teilweise existieren sie erst in den Köpfen.
Nähere Information:
anstiftung ggmbh, Daiserstr. 15 Rgb., D-81371 München
☎(0 89) 77 70 31, Fax 747 02 20

Humanzeit:
Ideen für eine neue Zeitpolitik
Werkstattgespräch der *Stiftung Mitarbeit* über Möglichkeiten einer neuen Zeitpolitik.
Während Millionen Menschen aus dem Arbeitsmarkt gdrängt werden, bleibt vielen Berufstätigen immer weniger Zeit für gewünschtes Engagement in Familie und Gesellschaft. Wie kann die gesellschaftliche Arbeitsteilung so organisiert und finanziert werden, daß mehr »Humanzeit« für zwischenmenschliches, soziales und gesellschaftliches Engagement bleibt? Und welchen Beitrag können Konzepte zur Minderung der (Erwerbs-)Arbeitslosigkeit leisten?
Im Rahmen dieses Werkstattgespräches sollen ganz unterschiedliche Ansätze und neue Arbeitszeitmodelle zur Diskussion gestellt werden. Angehört werden Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, aber auch »Zeitpioniere«, die neue Wege ausprobiert haben und von ihren Erfahrungen berichten.
Termin: 23.-25.1.98
Information & Anmeldung:
Evangelische Akademie, Schlößchen Schönburg, Postfach 1205, D-34362 Hofgeismar
☎(0 56 71) 88 10, Fax 88 11 54

ZU DIESER SEITE

Auf dieser Seite werden ausgewählte Seminare und Treffen angekündigt. Die Redaktion behält sich eine Auswahl der Terminmeldungen vor. Ankündigungen für selbstorganisierte Seminare und Treffen sind kostenlos. Wochenendseminare, die mehr als 200 DM kosten, werden nur bei Zahlung des Kleinanzeigenpreises für gewerbliche Anzeigen (siehe Schnipsel auf Seite 15) angekündigt. Einen Preisnachlaß für gemeinnützige VeranstalterInnen gibt es nicht. Wir bitten alle VeranstalterInnen um Beachtung dieses Hinweises.

VIDEO/FILM

Geschwister-Scholl-Str. 33, Dortmund-City: Freitag, 27. Februar 1998, 21.00 Uhr (Einlaß 20.00 Uhr)
Die Internationalen Medientage Dortmund und das Dortmunder Medienzentrum präsentieren
Ton Steine Scherben, Schroeder Roadshow und Eisi Gulp in:
»ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN«
285 Minuten, Christian Wagner, Rolf Schnieders, Loretta Walz, Manfred Förster, BRD 1983
Frühsommer 1983. Rock- und Pop-Musik besteht aus den Resten der »Neuen deutschen Welle«. Alle lieben Nena. Kajagoogoo sind an der Spitze der Hitparaden. Phil Collins bekommt seine erste »Goldene Schallplatte«. CD ist noch ein Begriff für »... und Wasser lasse ich nicht an meine Haut«. Die Politik hat gerade den Wechsel von Schmidt über Genscher zu Kohl vollzogen. Die Friedensbewegung versucht, die Stationierung der Pershings und Cruise Missiles zu verhindern. Die »Hitler-Tagebücher« werden veröffentlicht. Das deutsche Fussball-Pokal-Endspiel lautet tatsächlich Fortuna gegen 1. FC Köln; der HSV gewinnt mit Happel, Kaltz, Hrubesch und Magath den Europacup. Das Fernsehen hat drei Programme. Den »Scheibenwischer« gibts schon; Dallas und Denver bestimmen den Rest. Oscars für E.T., Gandhi, Tootsie. Zwei Bands gehen gemeinsam in Deutschland West auf Tournee, um dem Publikum zu zeigen, daß Rockmusik und intelligente deutsche Texte eine überzeugende Einheit bilden können.
Eine Veranstaltung des Dortmunder Medienzentrums in Kooperation mit dem Fritz-Henssler-Haus
Eintritt: VVK DM 10,--, AK DM 12,-- ermäßigt DM 10,--

Ab April '98 soll der Film auf Tournee gehen. Dabei möchten wir vor allem Interessierte in den Städten der damaligen Live-Tour erreichen, die da waren: Kiel, Kaunitz, Berlin, Bremen, Hamburg, Osnabrück, Aachen, Dortmund, Duisburg, Saarbrücken, Ludwigshafen, Freiburg, Karlsruhe, Tübingen, Giessen, Ulm, Ingolstadt, Wien, Zürich, Lauda-Königshofen, Regensburg, Offenbach, Esslingen, München, Erlangen, Kassel, Hannover, Köln und Bochum. Aber auch neue Zentren in den neuen Bundesländern könnten Interesse haben.
Der Ausleihpreis der VHS-Kopie (andere Formate auf Anfrage) für eine Vorstellung inkl. Material (Plakate, Postkarten, Fotos) für die Öffentlichkeitsarbeit wird ca. DM 200,-- bis 250,--betragen.
Mögliche Veranstalter erhalten weitere Informationen beim:
DMZ Dortmunder Medienzentrum e.V., Internationale Medientage Dortmund, Braunschweiger Str. 22
D-44145 Dortmund
☎(02 31) 83 53 50, Fax: 81 80 31
E-mail: dmz@august.free.de
http: //www.free.de/video/dmz

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.